

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspreis: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Telefon { 905 nur Redaktion  
928 nur Geschäftsstell.



# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 196

Montag, 21. August 1925

32. Jahrgang

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile über deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Werbefammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Telefon { 928 nur Geschäftsstell.  
905 nur Redaktion

## Marseille.

### Der Eröffnungstag.

SPD. Marseille, 22. August.

In dem großen Ausstellungspalast von Marseille, das im vergangenen Jahre die französische Kolonialausstellung beherbergt hat, ist am Sonnabendmorgen der zweite Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu seiner ersten Vollziehung zusammengetreten. Wo noch vor wenigen Monaten nationalistischer Imperialismus die Trophäen seiner überfischen Eroberungen zur Schau gestellt hat, haben sich heute die Delegierten der Arbeiterpartei der gesamten zivilisierten Welt zu gemeinamer Arbeit im Sinne des internationalen Proletariats zusammengefunden. Von der langgestreckten, leuchtend rot dekorierten Halle grüßen die Fahnen von 34 Nationen, deren Arbeiterparteien sich im Jahre 1922 in Hamburg zu der neuen Internationale zusammengeschlossen haben. Das mit purpurnem Sammet ausgeschlagene Rednerpult trägt als einzigen Schmuck das Bild von Karl Marx, während in einem Hain von Palmen die Büste von Jean Jaures über den Vorstandstisch hinweg die Versammlung grüßt.

Den Vorsitz der ersten Sitzung führte Henderson von England, unterstützt von Wade-Franreich und Friedrich Adler-Oesterreich. Nach dem Musikvortrag der Marseiller Arbeiterkapelle betritt Henderson das Rednerpult, und seine ersten Worte gelten dem Gedächtnis der großen Toten, die die zweite Internationale zu betrauern hat. Friedrich Ebert, den ersten Arbeiter, der Staatsoberhaupt der Deutschen Republik war, Branting, den Vorkämpfer der norwegischen Arbeiterbewegung, Matteotti, der Märtyrer, der einer blutigen Intrige des italienischen Faschismus zum Opfer gefallen ist. Henderson gab sodann die am Freitag von dem Exekutivkomitee getroffenen Beschlüsse bekannt. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es nicht möglich gewesen sei, die wertvollen Dienste Thom Shaws der Internationale zu erhalten und machte mit besonderer Genugtuung die Mitteilung, daß Friedrich Adler, dem einstimmigen Wunsch der Internationale sich beugend, seine Demission zurückgezogen hat und künftig als alleiniger Sekretär der Internationale die Geschäfte des Sekretariats weiterführen wird, das Adler zuliebe von London nach Wien verlegt werden soll. In einer großangelegten programmatischen Rede gibt Henderson sodann einen Überblick über die Entwicklung der Internationale in den beiden Jahren seit ihrer Gründung. Mit besonderer Befriedigung dürfte es die Internationale erfüllen, daß in drei Ländern, England, Dänemark und Schweden, reine Arbeiterregierungen bestanden hätten oder noch bestünden und daß in einer ganzen Reihe anderer Länder Genossen auf wichtigen Posten in der Regierung stünden. So groß die Schwierigkeiten seien, die der Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Regierungsform gegenüberstünden, es wäre doch ein Fehler, die Frage der Uebernahme der Mitverantwortung an der Regierung in das Gebiet des Prinzipiellen rücken zu wollen und sie, statt als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit als eine solche der sozialistischen Lehren und Grundzüge zu behandeln. Henderson verweist sich sodann in Anlehnung an den heute verteilten Tätigkeitsbericht des Sekretärs über die Arbeit, die die Internationale auf dem Gebiete der internationalen Politik geleistet hat. Er nimmt für sie als eines ihrer größten Verdienste in Anspruch, den Anstoß dazu gegeben zu haben, daß an das Reparationsproblem endlich vom Standpunkt der Vernunft und nicht vom Standpunkt der Gewalt und des Zwanges herangetreten sei.

Henderson besprach sodann den Sicherheitspakt, wobei er bemerkenswerterweise die ursprüngliche Gegnerschaft der Labour Party deutlich fallen ließ. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Pakt ähnliche Friedensleistungen einleiten werde wie das Genfer Protokoll. Nach einem energischen Appell für die Räumung Kolons, für die allgemeine Entwaffnung und einen allumfassenden Völkerbund sprach Henderson außerordentlich wirkungsvoll gegen die Reaktion, namentlich gegen den Faschismus, der Italien entehrte, während die kämpfende Arbeiterpartei allein die Ehre Italiens rette. Nehulich brandmarkte er die Gewalttaten der reaktionären Machthaber Ungarns, Bulgariens, Rumaniens, nicht zuletzt Sowjetrusslands. Henderson besprach auch die sozialen Probleme. Die Arbeitslosigkeit sei eine der Früchte der kapitalistischen Gesellschaft.

Es gelte, durch internationalen Kampf die Arbeiterklasse zu befreien. (Stürmischer Beifall.)

(Die Anwesenden erhoben sich und sangen die Internationale.) Genosse Braque-Franreich spricht den Dank der französischen Partei aus dafür, daß die Internationale Frankreich für die

Abhaltung ihres ersten Kongresses nach der Wiederaufnahme der internationalen Zusammenarbeit gewählt habe. In einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der sozialistischen Partei in Frankreich feierte er den Sieg der Partei in den Wahlen des letzten Jahres und den Triumph, den sie über die von den Kommunisten gerichtete Spaltung der französischen Arbeiterbewegung errungen hat. War nach dem Kongress von Tours die Mitgliedszahl der Partei so gefallen, daß man sie nicht mehr zu veröffentlichen warte, hat sie bereits wieder die Hunderttausend überschritten. Die Partei des Sozialismus, der die Arbeiter zu Vertretern einer Diktatur mißbrauchen wollte, die sie nicht nur durch Gewalt erhalten könne, lehnt die sozialistische Internationale den Ruf zur Einigung und zum Zusammenschluß im Dienst der Befreiung des Proletariats entgegen. Das auf allen Fronten den Kampf in einer Welt führen muß in der der Frieden noch immer die Form des Kriegszustandes hat. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dann begrüßt Genosse Leon Blum den Kongress. Ihm folgt der Vertreter der Gewerkschafts-Internationale Dudgeon, der auf die Bedeutung hinweist, die die Unterstützung der politischen Partei für die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften hat.

Der mit Begeisterung aufgenommenen Rede des Führers der Gewerkschafts-Internationale folgten kurze Ausführungen Turatis über die gegenwärtigen Verhältnisse in Italien. Aus seinen Worten sprach trotz aller Unterdrückung der italienischen Arbeiterpartei durch die Faschisten das Siegesbewußtsein für die Zukunft. Als er mit den Worten endete,

daß die italienische Arbeiterpartei sich einst selbst wieder von dem Joch befreien werde,

erntete er stürmische Zustimmung.

Mit Worten des Dankes an die englische Arbeiterpartei, deren Gastsfreundschaft er als internationaler Sekretär zwei Jahre hindurch genossen habe, schloß Friedrich Adler die Sitzung. Am Abend traten die einzelnen Landmannschaften zu kurzen Beratungen zusammen. Die linksgerichtete Stadtverwaltung tut alles, was in ihren Kräften steht, um die Arbeiten des Kongresses zu erleichtern und den ausländischen Gästen angenehme Tage zu bereiten. Sie hat die Ausstattung des Tagungslokals auf ihre Kosten übernommen.

### Ringens um das Friedensproblem.

Der zweite Tag.

SPD. Marseille, 23. August. (Sig. Drahtber.)

Der erste eigentliche Arbeitstag des Internationalen Sozialistenkongresses war der Friedensidee gewidmet. Genosse Wells als Vorsitzender des Vortrags Tagesordnung erteilte, wurden mehrere Glückwunschtelegramme bekannter Parteifreunde aus dem Auslande verlesen, denen sich die Trauerbotschaft von dem am Sonnabend erfolgten Tode des holländischen Genossen van Kool angeschlossen. Der Verstorbene war einer der alten Kämpfer, der bereits 1891 der ersten Sektion der Internationale beitrug und bis zu diesen Tagen der holländischen Partei die Treue gehalten hat.

Bei starker Anteilnahme der Delegierten wurde dann vom Engländer Buxton der erste Punkt der Tagesordnung

„Die internationale sozialistische Friedenspolitik“

behandelt. Buxton ist in Uebereinstimmung der englischen Arbeiterpartei mit uns Deutschen in dem großen Ziele einig, den Frieden durch Schiedsgerichtsverträge und eine allgemeine Abrüstung sichern zu helfen. Er sieht aber allein im Genfer Protokoll die Möglichkeit einer ausgeprochenen Verständigungspolitik, während der jetzt zur Debatte stehende Sicherheitsvertrag nach seiner Meinung nur eine beschränkte Verständigung gestattet. Deshalb will die englische Arbeiterpartei an dem Genfer Protokoll festhalten. Das System der beschränkten Garantien soll überhaupt nur dann ihre Zustimmung finden, wenn es begleitet ist von einem Einvernehmen, das eine Revision der Friedensverträge gestattet, wie sie im Art. 19 der Völkerbundakte vorgesehen ist.

Die groß angelegte und wiederholt mit stürmischem Beifall begleitete Rede des Genossen Hilferding zeigte trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten die starke Uebereinstimmung mit dem von allen Parteien der Internationale erstrebten Ziele, der Sehnsucht nach Sicherung des Friedens. Er bezeichnete den Kampf gegen den Krieg als ein Stück Uebereinstimmung der internationalen Arbeiterbewegung. Heute wie früher ist uns dieser Kampf heilig. Was sich geändert hat, ist die Methode des Kampfes. In besonders glücklicher und allgemein verständlicher Form wußte Hilferding das näher darzulegen.

sondern auch darin, daß Großbritannien es für nötig gehalten habe, seine Dominions zu konjunktieren.

### Der Klu-Klu-Klan.

Die amerikanische Form des Faschismus.

SPD. Newyork, 22. August. (Sig. Drahtber.)

Die über ganz Nordamerika verbreitete Organisation Klu-Klu-Klan, die wegen ihrer verbrecherischen Attentate auf Katholiken, Juden und Neger bekannt ist, läßt durch ihre Führer öffentlich bekannt machen, daß sie ihre Hege von jetzt ab auf alle eingewanderten Fremden ausdehne. Bei nächster Gelegenheit wolle der Klub „unerwünschten Fremden“ aus den Vereinigten Staaten abgeschoben werden sollen.

## Der große Humbug.

Erst Hochschuhzoll — dann Preissenkungsaktion.

Die Sommerpause im politischen Leben ist jäh unterbrochen. In den Ministerien jagt eine Konferenz die andere. Referentenzusammenkünfte, Besprechungen mit den allgewaltigen Herren der Industrie, des Reichsverbandes und der Großgutarier werden von Kabinettsitzungen abgewechselt. Die Welle der Preissteigerung schlägt bedrohlich bis zu den höchsten Spitzen der Regierung hinauf. Als Zollvorlage und Steuergesetze dem Reichstag vor Monaten vorgelegt wurden, war es die Sozialdemokratie, die darauf hinwies, daß dieses „Reformwerk“ von katastrophalen Folgen für die Wirtschaft sein müsse. Die Sozialdemokratie war es, die die kommende Preissteigerung, die Verschärfung der inneren Gegensätze, die unausbleiblichen Lohnkämpfe und die starke krisenmäßige Erschütterung der Wirtschaft vorausah. Die Rechtsparteien und die Regierung haben damals auf diese Mahnung nicht gehört. Sie haben im Interesse der sogenannten „Wirtschaft“, in Wirklichkeit im Interesse der großen Kartelle, der Schwerindustrie und der Großgutarier abstrichlich die Zollranken um Deutschland gezogen, die starke steuerliche Belastung entgegen allen Mahnungen einschüchtert aufrecht erhalten, um ihre besonderen Interessen sicherzustellen. Jetzt treten die vorausgesagten Wirkungen ein. Heute schon, bevor die Zolltarife endgültig in Kraft getreten sind, wird ihre Wirkung in der Preisbildung voll ausgeschöpft. Der Druck auf den Reallohn der Arbeiterpartei erzeugt den Gegenruck immer größerer Lohnkämpfe und eine immer größere Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens.

Die Rechtsregierung erschrickt unter diesen Wirkungen der von ihr selbst bewirkt herbeigeführten Wirtschaftssituation. Eine Ankündigung jagt die andere. Die große Aktion des Reichskanzlers, die Preissenkung, die er per 1. Oktober ankündigt, soll sofort in die Tat umgesetzt werden. Viel zu oft sind solche Ankündigungen erfolgt, als daß man ihnen nicht von allen Seiten mit Mißtrauen gegenübersteht. Liegt man aufmerksam die Sammlung von Gemeinplätzen, die als Kommunikation über die ersten Besprechungen der Rechtsregierung mit der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände herausgegeben ist, dann fällt man sofort über den Satz, in dem offenbar das Kernstück der Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung enthalten ist:

„Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jeden Versuch eines Preisabbaues von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß allgemein werden, daß eine Steigerung des Reallohnes und Produktionsverbilligung und Preissenkung wertvoller ist als weitere nominelle Lohnerhöhungen.“

Selbstverständlich fügt sich daran die bei den Industriellen immer sehr beliebte Forderung auf Sparamkeit bei den anderen, in der Verwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden, eine Forderung, die niemals sich zu konkreten und annehmbaren Vorschlägen verdrängt, nach denen wirklich der Verwaltungswirrwarr der deutschen Kleinstaaterei vereinfacht und verbilligt werden könnte. Der Satz gegen weitere Lohnsteigerungen ist aber als Kernstück der Publikation zu betrachten. Die Preise steigen ununterbrochen, der Reallohn sinkt; um Gotteswillen, macht keine Lohnbewegungen, wir, die Regierung des Herrn Dr. Luther, die Regierung der Kartelle, der Unternehmer, der Erbpächter aller volkswirtschaftlichen Einrichtungen, wir werden schon eine Preissenkung durchführen. Die Frage drängt sich sofort auf, weswegen die wirtschaftlich so einsichtsvoollen Kreise, in deren Hand sich die Regierung zurzeit befindet, nicht von vornherein eine Politik betrieben haben, die den preissteigernden Tendenzen radikal entgegenwirken. Eine solche Politik konnte und wollte diese Regierung nicht betreiben. Sie war gebildet unter dem Schläger der Notwendigkeit beschleunigter Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft, auf Kosten der Gesamtheit. Sie sollte gerade die Gesetzgebung so handhaben, daß alle preissteigernden Tendenzen der freien Wirtschaft durch gesetzgeberische Maßnahmen zugunsten der Kartellrente künstlich ausgeglichen wurden.

Die reklamehafte Ankündigung der Preissenkungsaktion charakterisiert sich sehr scharf von vornherein als Demagogie der Lutherregierung, die von der wirtschaftlichen Verantwortung für die katastrophale Entwicklung der deutschen Wirtschaft ablenken soll. Was sie selber gewollt haben, wollen sie jetzt nicht wahr haben. Dem Volk soll mal wieder, wie schon so oft, Sand in die Augen gestreut werden. Umso notwendiger ist es, auf die alleinige Verantwortung der Rechtsregierung hinzuweisen. In den Wahlkämpfen vor den Dezemberwahlen ist von den bürgerlichen Parteien, von Stresemann und anderen maßgebenden Führern des Großbürgerblods stets betont worden, daß die Erledigung der wirtschaftlichen Fragen, der Zoll- und Steuergesetze mit der Sozialdemokratie nicht möglich sei. Der sozialistische Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung müsse unter allen Umständen ausgeschaltet werden. Er ist gründlich und radikal ausgeschaltet, und die Folge sind da. Noch nicht ein Monat ist seit der Verabschiedung der im schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie durchgeführten Gesetze verlossen, und schon spürt alle Welt

## Heute Ueberreichung der französischen Antwort auf die Sicherheitsnote.

Paris, 22. August. (Sig. Drahtber.)

Es wird hier von zuständiger Seite bestätigt, daß die Ueberreichung der französischen Antwortnote in der Sicherheitsfrage endgültig für Montag festgelegt sei. Die Note werde der deutschen Regierung von dem französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, in Anwesenheit der Vertreter Großbritanniens, Italiens und Belgiens überreicht werden. Die Verzögerung in der Uebergabe der französischen Antwort, die bereits seit einigen Tagen in Berlin eingetroffen sei, habe ihren Grund nicht nur darin, daß die französische Regierung auf die Zustimmung von Belgien, Japan, Italien, der Tschechoslowakei und Polen gewartet habe,

Das Nahen einer Katastrophe, schon werden alle möglichen Doktoren in Bewegung gesetzt, um an den Krankheits-symptomen herumzukurieren.

Die Arbeiterchaft hat gar keine Veranlassung, voller Vertrauen den Erfolg der angekündigten Taten abzuwarten. Sie wird der Regierung der Kartelle und Großunternehmer keine Schwierigkeiten bereiten, wenn sie die Absicht äußert, gegen die Kartelle vorzugehen. Früher nannte man solche Absichten sozialistische Utopien und „marxistischen“ Wahnsinn, und es wird sich zeigen, ob das, was früher Utopie gescholten wurde, erfolgreiche Maßnahmen wird, wenn die Rechtsregierung sich an die Verwirklichung macht. Die Arbeiterchaft kann sich nur auf ihre eigene Kraft und ihre eigene Geschlossenheit stützen. Ihr wird nur so viel geholfen werden, wie sie sich selber hilft. Wenn jetzt die Unternehmer angesichts des allgemeinen Unwillens über die ununterbrochenen Preistreiberien nur den einen Ratsschlag wissen: Um Gottes willen, nur keine Lohnbewegungen, dann kann die Arbeiterchaft darauf nur antworten, daß sie die jetzt unvermeidlich gewordenen Kämpfe nicht gewollt hat, daß sie ihnen aber auch nicht ausweichen kann, weil ihnen ausgerechnet Herr Dr. Luther per 1. Oktober eine Preislenkung verspricht und im übrigen Mietssteigerung und einen unerträglichem Steuerdruck garantiert.

Im Kampfe gegen die Republik und gegen die Gleichberechtigung der Arbeiterchaft im politischen und wirtschaftlichen Leben hat die vom Großkapital ausgehende Presse jahrelang das Märchen von der alleinigen Wirtschaftseinkunft der Unternehmer und ihrer Verbände verbreitet. Ein Hugenberg, ein Stinnes wurde zu einer Art Nationalheiligen gestempelt, und wenn z. B. Hugenberg in seiner Presse höchstselbst zu wirtschaftlichen Fragen das Wort zu ergreifen geruhte, dann fanden sich tausend Federn, die diesen Herrschaften päpstliche Unwissenheit anzudichten sich bestrehten. Der Göhe Stinnes ist zusammengebrochen, und der Nimbus, der um ihn und seinesgleichen verbreitet wurde, ist arg lädiert. Die Unternehmerorganisationen haben sich bemüht, einen ähnlichen Nimbus um die Rechtsregierung zu verbreiten. Es hat nicht lange gedauert, bis auch dieser Nimbus jetzt schwer erschüttert wird. Der Großbürgerblock wird in den kommenden Wochen erst zeigen müssen, ob er, im Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterchaft stehend, die Dinge zu meistern versteht. Daß das Monopol auf Wirtschaftseinkunft nicht auf seiner Seite ist, ist heute schon klar.

Wer heute nach Maßnahmen gegen einen stumpfsinnigen und beschränkten Gruppen- und Interessentegoismus ruft, wird bewiesen müssen, daß er stark genug ist, diese Maßnahmen durchzuführen. Wer kann glauben, daß ausgerechnet die Großbürgerblockregierung dazu imstande und willens sei? Aber sie hat die Verantwortung übernommen, möge sie zeigen, ob sie dieser Verantwortung gewachsen ist.

## Die neue Zeppelinspende.

Der Aufruf.

Im Anschluß an die Jubiläumfeier des Zeppelin-Luftschiffbaus wird der bereits angekündigte Aufruf zu einer Volksspende für den Bau eines neuen Zeppelin-Luftschiffes verbreitet, das der Erforschung des Nordpolgebietes dienen soll. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Deutsche! Schon einmal hat ganz Deutschland von der Memel bis zum Bodensee in einmütiger Begeisterung das Werk Zeppelins, das ein Wahrzeichen des Willens, der Sehnsucht und der Größe des Menschengeistes ist, getragen und als Nation fortgeführt. Damals nach Schiedingen. Wieder ergeht der Ruf, dieses Werk, das Gemeingut des deutschen Volkes, nicht untergehen zu lassen und die Schöpfung Zeppelins der wissenschaftlichen Forschung dauernd zu erhalten.

Wir alle wissen, wie es vor einem Jahre war, als Nr. 3, „das glückliche Schiff“, über Deutschland flog und wie dann eine Welt voll Spannung und Bewunderung die Fahrt nach Amerika durchlebte. Aus dem armen, bedrängten und gescheiterten Deutschland stieg eine der größten Kulturthaten frei und leuchtend empor. Wir haben es erlebt. Das Echo der ungeheuren brüderlichen Begeisterung Amerikas, als Nr. 3 über New York erschien, flog nach Deutschland zurück. Der Zeppelin und sein Führer, Dr. Edener, hatten eine große, kollektive Kulturleistung erfüllt. Zum erstenmal nach trüben und bitteren Jahren erwarb sich der deutsche Name wieder Geltung und Ruhm. Deutschland hatte eine Weltleistung vollbracht, die klar und unbestechlich für seinen Willen zum Aufstieg und zur friedlichen Kulturarbeit sprach.

Die Tat hat der Luftschiffbau Zeppelin, Dr. Edener und die tapfere Besatzung vollbracht. An uns ist es zu danken.

Die Welt in Friedrichshafen will

ein neues Luftschiff bauen,

des gewaltige wissenschaftliche Probleme lösen soll: Aufsuchen des Nordpols. Erforschung der Arktis. Das Schiff soll aber auch den Widerstrebenden den Beweis bringen, den wir alle beim Flug des Nr. 3 schon empfunden und genusst haben, daß diese deutsche Erfindung das großartigste Verkehrsmittel unserer Zeit ist. Länder werden nähergerückt, Meere sind überbrückt, Zukunftsräume der Menschheit werden Wahrheit.

Wenn wir die Energie aufbringen, das Werk in Friedrichshafen fortzuführen, werden deutsche Technik und deutscher Wagemut wieder Weltgeltung erringen. Eine

„Zeppelin-Edener-Spende des deutschen Volkes“

muß die erforderlichen Mittel schaffen! Es handelt sich um eine Angelegenheit Deutschlands ohne Unterschied der Partei oder der sozialen Stellung; es geht den geistigen Arbeiter ebenso an, wie den Mann am Amboss und Pfing. Wir wissen, daß Deutschland gegenwärtig schwere Zeiten durchlebt. Aber das Vertrauen auf den Idealismus des deutschen Volkes gibt uns die Zuversicht, daß kein Volksgenosse abwärts stehen wird, wenn der Ruf an ihn ergeht. Gerade der Gedanke, daß jeder sein Scherlein gibt, muß die Bedeutung dieser Volksspende ausmachen. Wirklich arm ist nur ein Volk, das keinen Pfennig mehr für ideale und kulturelle Zwecke übrig hat, seine geistigen und technischen Kräfte verfallen läßt. Wir haben den Willen und das Recht, als Kulturnation zu leben. Die Volksspende soll diesen Willen und das Bewußtsein unserer geistigen Freiheit neu beleben.

Es geht um das Erbe von Zeppelin, um eine große, leuchtende, deutsche Idee.

Der Aufruf trägt unter vielen anderen die Unterschriften des Gewerkschaftsleiters für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, des Reichstagspräsidenten, Gewerkschaftsleiter, und anderer Parteivorsitzenden, Gewerkschaftsleiter, Kähler, Franke.

# Der Eisenbahnkonflikt.

Die Eisenbahnorganisationen haben sich, wie bereits gemeldet, am Sonnabend an den Reichsarbeitsminister gewandt und von ihm gefordert, daß er in den Konflikt zwischen Reichsbahn und Eisenbahnern eingreife und den Weg zu einer für die Arbeiter erträglichen Lösung freimache. Dieser Appell ist ein letzter Versuch der Organisationen, auf friedlichem Wege zu einer Verständigung zu gelangen.

Hoffentlich benutzen die verantwortlichen Stellen der Reichsregierung, vor allem das Reichsarbeitsministerium, die Pause bis zum letzten Einigungsversuch, um sich ein möglichst klares Bild über die ungeheure Notlage der Eisenbahner zu machen. Die Berichte der Finanzabteilung der Reichsbahngesellschaft sind dazu nicht geeignet. Man wird im Reichsarbeitsministerium von neuem mit der Androhung einer Erhöhung der Eisenbahntarife kommen, wenn der Forderung auf Lohnerhöhung für die Arbeiter stattgegeben wird. Bei der letzten Lohnbewegung erklärte die Reichsbahnverwaltung, die bewilligte Lohnerhöhung von drei Pfennigen sei ohne eine Erhöhung der Tarife nicht zu tragen und eine Steigerung der Personentarife um 10 Proz sei unbedingt notwendig. Dieser Einwand ist damals gegenüber dem Schlichter und der Reichsregierung geltend gemacht worden. Jetzt haben die Organisationsvertreter nachgewiesen, daß von der damals bewilligten 10prozentigen Tarifierhöhung nur ein ganz kleiner Teil für die geringe Lohnerhöhung verwandt worden ist und daß infolge dessen für eine weitere Lohnaufbesserung genügend Spielraum vorhanden sein muß. Heute erklärt die Reichsbahnverwaltung, die damalige Tarifierhöhung habe gar nicht der Befreiung der Mehrausgaben an Lohn gebiebt. Sie leugnet also ihre eigene Erklärung aus dem März ab. Heute behauptet sie, sich bei der Einnahmestellung für das laufende Rechnungsjahr um rund 180 Millionen verdeckt zu haben — deswegen sei die Tarifierhöhung nötig gewesen. Dieses Versteckspiel und das dauernde Durcheinanderwerfen ganz verschiedener Argumente ist bezeichnend dafür, wie die Deffektivität von der Reichsbahnverwaltung unterrichtet wird.

## Ein aufsehenerregendes Zeitungsgeschäft.

Stinnes verkauft die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ an die Textilindustrie.

Wie das Wolff-Bureau von unterrichteter Seite erfährt, ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die Norddeutsche Druckerei und Verlagsanstalt A.-G. in Berlin aus dem Besitz der Buch- und Zeitschriftgewerbe Hugo Stinnes G. m. b. H. in die Hände eines Konsortiums übergegangen, das unter Führung des bekannten Papierindustriellen Walter Salinger und des Herrn Dr. August Weber-Berlin die Zeitung in der bisherigen Richtung fortzuführen gedenkt. Der Kaufpreis beträgt drei Millionen Mark und ist in bar bezahlt worden.

Mit diesem Besitzwechsel ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die bisher die Interessen des Stinnes-Konzerns im besonderen und die Interessen der Schwerindustrie im allgemeinen vertrat, in die Hände der verarbeitenden Industrie übergegangen. Herr Dr. August Weber ist der Vertreter zahlreicher Textilinteressen, sowie von Papierinteressen und Interessen der graphischen Maschinenindustrie. Er ist einer der Führer des Deutschen Futuristenbunds. Die Textilindustrie hat zum ersten Male eine große politische Tageszeitung aufgekauft. Man wird erleben, daß hinfort in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht mehr die Interessen der Schwerindustrie, sondern der Textilindustrie vertreten werden. Es ist notwendig, auf diese Tatsache hinzuweisen, da die Interessensvertretung in Zeitungen von der Art der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in der Regel unter einer allgemeinen politischen Phraseologie verborgen wird, die die Deffektivität darüber hinwegtäuschen soll, daß es sich um reine Interessentenorgane handelt.

Es wird vermerkt, daß sich in der Zusammenlegung der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nichts ändern werde. Das ist möglich, wenn die Herren mit demselben Eifer künftig die Interessen der Textilindustrie vertreten, mit dem sie bisher die Interessen des Hauses Stinnes und der Schwerindustrie vertreten haben. Auf die Haltung der Zeitung wird der Besitzwechsel ebensowenig ohne Einfluß bleiben, wie jenseit der Uebergang der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ an das Haus Stinnes, oder um auf ein anderes naheliegendes Beispiel hinzuweisen, der Uebergang der „Zeit“ an Litwin.

\*

Dazu wird uns weiter aus Berlin geschrieben: Der Uebergang der D.A.Z. an ein Konsortium unter Führung des Papierindustriellen Walter Salinger und des demokratischen Reichstagsabgeordneten, des früheren nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber erregt auch aus politischen Gründen allergrößte Aufmerksamkeit. In der gesamten Reichspresse kommt übereinstimmend die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch den Verkauf der D.A.Z. die Macht über dieses wichtige Organ den „nationalen“ Kreisen genommen werden könnte. Die Redaktion der D.A.Z. veröffentlichte in ihrer Sonnabendmorgenausgabe an der Spitze des Blattes „in eigener Sache“ eine etwas kriegerisch gehaltene Erklärung, nach der sie für den Fall einer Kursänderung so etwas wie eine Palastrevolution anfünde. Am Abend haben sich die Weller schon gelegt, und jetzt teilt die Redaktion der D.A.Z. mit, daß auch die neuen Inhaber des Blattes ihr gegenüber die Versicherung abgegeben hätten, daß die Beibehaltung der bisherigen politischen Richtung der D.A.Z. beabsichtigt sei. Die Ueberzeugungstreue der unter Paul Lensch und Bernhard Rau in den Räumen der D.A.Z. versammelten Redaktion in allen Ehren. Kein Mensch konnte annehmen, daß die neuen Herren im Hause so untätig sein würden, mit der Ankündigung eines Kurswechsels am ersten Tage des Erwerbs aufzutreten. Bisher war es aber immer noch so, daß Kapitalisten eine Zeitung erwarben, um mit ihr nicht nur ein Zeitungsgeschäft zu betreiben, sondern auch sonstige politische Geschäfte zu machen. Die D.A.Z. hatte außerdem immer eine ungewöhnlich entwickelte Fähigkeit, die verschiedenen Stimmungen des Inhabers im Blatt widerspiegeln. Diese Fähigkeit wird sie kaum mit einem Male verloren haben.

Das Haus Stinnes hat übrigens noch vor kurzem behauptet, daß es sich niemals von der D.A.Z. trennen werde, und daß die D.A.Z. das allerletzte Objekt sei, das zur Veräußerung kommen könnte. Aus den Versicherungen des Hauses Stinnes ist nicht viel geworden. Herr Jakob Goldschmidt bestimmt dort nach seinem Willen.

## Rückkehr zu den freien Gewerkschaften.

Die Bergarbeiterunion sucht Anstich.

Sachum, 22. August. (Eig. Drahtber.)

Der Bergarbeiterverband teilt mit: Auf Wunsch der „Union“, Industriegruppe Bergbau, fand am 19. August eine Besprechung zwischen einer Delegation der „Union“ und einigen Vertretern des Bergarbeiterverbandes statt über die von der Reichskonferenz der „Union“ gewünschte Verschmelzung mit dem Bergarbeiterverband. Weil es sich nur um eine unverbindliche Vorbesprechung handelte über eine Frage, zu der am 23. August eine Gesamtkonferenz des Bergarbeiterverbandes einberufen werden wird, hat der Verband über diese Vorbesprechung keine Mitteilung an die Presse gehen lassen. Frehemeldungen, wonach der Bergarbeiterverband nicht daran denke, mit dieser linksradikalen Gruppe in Verhandlungen zu treten, werden fälschlich als vom Bergarbeiterverband ausgehend bezeichnet. Dieser hat keinen

Grund, solche Besprechungen abzulehnen. Er besteht nach wie vor darauf, daß alle zu ihm übergetretenen Bergarbeiter seine Statuten und Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Amsterdamer und der Bergarbeiter-Internationale als gültig anerkennen. Wer unter diesen Bedingungen dem Verband beitreten und in diesem Sinne mit ihm arbeiten will, dem wird das nicht verwehrt werden. Eine Antwort auf das Schreiben der „Union“ wird durch die Vorstandssitzung am 23. August erteilt werden. Falsch sind die Frehemeldungen, wonach sich Funktionärsitzungen des Bergarbeiterverbandes oder gemeinsame Konferenzen mit Funktionären der „Union“ mit der Frage des Uebertretens der „Union“ beschäftigen.

Jetzt wird jammern behauptet, daß die Verwaltung nicht nur die Reparationslasten einsparen müsse — die in voller Höhe erst in zwei Jahren fällig werden — sondern daß auch mit Härteren Sach- und Materialkosten zu rechnen sei. Die Reichsbahnverwaltung hat seinerzeit Eisenbahnarbeiter, die für Oberbauarbeiten in Betracht kamen, entlassen und ist jetzt gezwungen, diese Reparaturen an Privatunternehmer zu vergeben, die mit weniger geschultem Personal bei höheren Löhnen, als wie den Eisenbahnarbeitern gezahlt werden, den Oberbau wieder in Stand setzen. Die Bahnverwaltung ist also selber an einem Teil dieser Verteuerung schuld.

Die unverantwortlich niedrigen Löhne, die die Reichsbahnverwaltung zahlt, lassen sich durch Rechenkünste nicht aus der Welt schaffen. Nach einwandfreien statistischen Feststellungen (s. „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 14) liegt der Eisenbahnhandwerkerlohn 11 Pfg. und der Eisenbahnarbeiterlohn 13 Pfg. pro Stunde im Reichsdurchschnitt unter dem Stand der vergleichbaren Löhne in der Privatindustrie. Dabei ist in der Berechnung auch die Textilindustrie als vergleichbar angenommen, die überwiegend mit weiblichen Arbeitern arbeitet und dadurch in der Statistik den Reichsdurchschnitt wesentlich herabdrückt. Wenn ein Unternehmen sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, so haben die Arbeiter noch immer darauf Rücksicht genommen. Wenn aber die Arbeiter sehen müssen, daß der Mangel an Verständnis für ihre Notlage unendlich viel größer ist als die Schwierigkeiten des Unternehmens, dann braucht man sich nicht über ihren Mißmut zu wundern. Hoffentlich täuschen sich die Reichsstellen nicht über diesen tiefen Mißmut in den Reihen der Eisenbahner. Vielleicht bedenken sie auch, daß ein Kampf im Eisenbahnbetrieb bedeutend mehr kostet als eine Lohnzulage, die die Eisenbahnarbeiterschaft einigermaßen zufriedensetzt. Vom Reichsarbeitsminister darf erwartet werden, daß er besser als die Reichsbahnverwaltung begreift und würdigt, was auf dem Spiele steht.

## Protest gegen den Polizeiknäuel!

Der „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ veröffentlicht folgenden Protest gegen die sinn- und kulturwidrige Verfolgung revolutionärer Dichter.

Johannes R. Becher wurde soeben vom Oberreichsanwalt wegen der Veröffentlichung eines Gedichtbuchs verhaftet, der Revisor Gärner verfiel wegen des Vortrags radikaler Verse schwerer Gefängnisstrafe, eine Reihe von Büchern sind eben erst um der Genugtuung ihrer Verfasser willen beschlagnahmt worden. Der S.D.S. sieht in diesen Ereignissen Vorzeichen einer neu herausziehenden Aera, in der die deutsche Republik geistige Angriffe mit ungeistiger Härte niederschlägt.

Ohne den Schutzverband Deutscher Schriftsteller im einzelnen sowohl auf den literarischen Wert wie auf die Tendenz der Schriften festlegen zu wollen, appelliert er an die maßgebenden Behörden, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen; er ruft die Deffektivität zur Wachsamkeit und Gegenwehr auf. Der Schutzverband stellt den betreffenden Autoren seinen Beistand zur Verfügung; er hat in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium und den Oberreichsanwalt energischen Einspruch erhoben und um sofortige Einstellung der anhängigen Verfahren ersucht.

Unterzeichnet ist dieser Protest von dem bekannten demokratischen Abgeordneten Dr. Heuß. Wir haben zu dieser Schandprozedur schon in weit schärferer Weise Stellung genommen. Aber ganz gleich — wenn's nur hilft!

## Die völkischen Banden in Mecklenburg.

Zu unserem Artikel über die geplante Befreiung der völkischen Wörder erfahren wir, daß weder den Caspar-Werken, Aktiengesellschaft, in Travemünde, noch deren Flugzeugführern etwas davon bekannt ist, daß die Entführung der Flüchtlinge im Flugzeug erfolgen soll; die Caspar-Werke und deren Piloten stehen der Angelegenheit vollständig fern.

## Der lettische Außenminister tödlich verunglückt.

Riga, 23. August. (Eig. Drahtber.)

Außenminister Meyerowitsch, der noch vor einigen Wochen zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung in Berlin weilte, ist auf einer Automobilfahrt, die er zu Wahlagitationszwecken auf das Land unternahm, verunglückt. Bald darauf ist er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Ueber das Unglück, dem Meyerowitsch zum Opfer fiel, sind folgende Einzelheiten bekanntgeworden: Der Außenminister hatte gestern mit seiner Gemahlin und Kindern von Tulum aus eine Fahrt im Automobil unternommen. Am der Biegung der Straße, die hier steil abfällt, kam der Wagen aus der Fahrbahn, rutschte über den Abhang und schlug um. Während der Minister mit schweren Verletzungen an Kopf und Genick bewußtlos liegen blieb, kamen seine Frau und die Kinder mit leichten Verletzungen davon. Der Wagenlenker, der nur leicht verletzt wurde, machte sich sofort auf den Weg, um Hilfe herbeizuholen. Aus der nächsten Ortschaft — etwa zwei Kilometer von der Unglücksstelle — kamen alsbald Vertreter der örtlichen Behörden und Aerzte, die aber nur den Tod des Außenministers feststellen konnten. Der Leichnam wurde nach Riga übergeführt.

## Die Bewegung in China.

Tientsin, 23. August.

Infolge der Unruhen nimmt die Unsicherheit in China wieder überhand. Der Expresszug wurde in der Nähe von Loyang von Räubern überfallen, die ihn mit Waffengewalt zum Stehen brachten und ausplünderten. Fünf Passagiere wurden getötet, 20 verwundet.

Paris, 23. August.

Wie die „Information“ aus Shanghai meldet, hat die Kantoner Regierung den amerikanischen Firmen der Schiffahrtslinie, die ihre Bureaus in Shanghai haben, amtlich mitgeteilt, daß alle für Kanton bestimmten amerikanischen Waren in Shanghai gelöst und auf chinesischen oder russischen Schiffen nach Kanton weiterbefördert werden müßten.

Zwanzigtausend Arbeiter der Handelsdruckerei in Shanghai, des größten chinesischen Verlagsunternehmens, traten in den Lohnstreik.

# Vergebliches Warten auf Rentenerhöhung.

Von Aug. Karsten, M. d. R.

Die Witwen und Waisen, die aus der Invalidenversicherung Rente beziehen, rechnen immer noch damit, daß auch sie die Steigerungsbeträge zu ihren Renten erhalten, die seit dem 1. April 1925 in Kraft getreten sind. Die Witwen und Waisen warten leider vergebens. Das Gesetz, das im März d. J. im Reichstage zur Beratung stand, erhielt seine Fassung durch einen Antrag der Regierungsparteien. Dieser Antrag berücksichtigte nur in ganz vorwiegendem Maße die Forderungen der Sozialdemokraten, die den Wünschen der Invalidenrentner Rechnung tragen wollten. Das von den Regierungsparteien gemachte Gesetz sieht Steigerungsanträge zu den Renten vor für die Beträge, die bis zum 30. September 1921 und nach dem 31. Dezember 1923 festgestellt sind. Die Regierungsparteien haben aber dabei gesagt, daß nur bis am 1. April d. J. laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten die Steigerungsbeträge bekommen. Damit haben sie die Witwen und Waisen, deren Renten am 1. April d. J. liefen, von dem Bezüge der Steigerungsbeträge ausgeschlossen. Bezüglich der Witwen und Waisen, deren Renten ab 1. April 1925 festgestellt werden, haben ein Anrecht auf Steigerungsbeträge für Beiträge, die der Verstorbene in früheren Jahren geleistet hat. Die Witwen und Waisen, deren Renten vor dem 1. April 1925 festgestellt sind, erhalten lediglich den Grundbetrag. Dieser beträgt unter Berücksichtigung der Rentenänderung ab 1. August 1925 für die Witwen 8,40 + 6 Mt. Reichszuschuß = 14,40 Mark und für die Waisen 7 + 3 Mt. Reichszuschuß = 10 Mt. pro Monat. Durch dieses Gesetz ist eine völlig ungerechte Trennung eingeführt. Die Witwen, deren Rente am 31. März 1925 festgestellt ist, erhalten keine Steigerungsbeträge, die beispielsweise bei 1000 Wochenbeiträgen in der höchsten Klasse für die Witwen 4,20 Mt. monatlich betragen würden. Die Witwen aber, deren Rente am 1. April 1925, also einen Tag später, festgestellt ist, würden diese Steigerungsbeträge erhalten. Als mit der Schaffung der Reichsversicherungsordnung die Witwen- und Waisenrente eingeführt wurde, wurden diejenigen Witwen und Waisen vom Rentenbezüge ausgeschlossen, deren Mann resp. Vater nach dem Jahre 1911 keinen Beitrag mehr geleistet hat, weil er entweder bereits gestorben oder schon Invalide gewesen ist. Noch heute gibt es eine ganze Anzahl Witwen, die wegen dieser Bestimmung nicht in den Genuss einer Rente kommen. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde wiederholt dieser Zustand als ungerecht bezeichnet. Diese Witwen wurden dann in der Fürsorge dadurch bevorzugt, daß man sie zu den Kleinrentnern zählte. Jetzt ist nun für einen weit größeren Kreis als damals ein neues Anrecht geschaffen.

Ein weiterer Fall krasser Ungerechtigkeit ist bei der letzten Änderung der Invalidenversicherung eingetreten. Bekanntlich sind die Renten ab 1. August d. J. auf Grund von Anträgen der Sozialdemokraten erhöht. Die Erhöhung beträgt 4 Mt. für die Invalidenrente, 2,40 Mt. für die Witwenrente und 2 Mt. für die Waisenrente monatlich, außerdem 20 Proz. statt 10 Proz. Steigerungsbetrag für Beiträge nach dem 31. Dezember 1923 und 4,50 Mt. (von 3 Mt. auf 7,50 Mt.) für das Kindergeld. Diese Rentenerhöhung kam dadurch zustande, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung der Angestelltenversicherung verlangten, in dieses Gesetz auch gleichzeitig die Invalidenrente mit einzubeziehen. Bei der sehr überhasteten Beratung im Ausschuss wurde die Schaffung einer Bestimmung außer acht gelassen über das Inkrafttreten der neuen Bezüge aus der Invalidenversicherung. Als im Sozialpolitischen Ausschuss der schließlich vorliegende Bericht festgestellt wurde, wurde der Fehler entdeckt. Die Regierung hatte dann auch bereits einen Antrag zur Hand. Dieser Antrag lag den Parteien nicht vor. Die Parteivertreter hatten lediglich die Gelegenheit, sich den Antrag von der Regierung zum Durchlesen auszubitten. Bei den vorher stattgefundenen Verhandlungen waren die entscheidenden Änderungen festgelegt, und es war nicht anzunehmen, daß durch Inkraftsetzungen die vorher festgestellten Beschlüsse wieder aufgehoben werden. Das ist aber bezüglich des Kindergeldes geschehen. Nach der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung erhalten das erhöhte Kindergeld nur diejenigen Rentenempfänger, deren Rente nach dem 31. Juli 1925 festgestellt wird. Dadurch ist die große Masse der Invalidenrentner, die heute Rente beziehen, einfach um diese Erhöhung geprellt. Im Untersuchungsausschuss des Reichstagsausschusses, in dem über die Rentenänderung beraten wurde, erklärte der Regierungsvorredner Dr. Grieser, daß das Reichsarbeitsministerium mit dem sozialdemokratischen Antrage einverstanden sei, der das Kindergeld in der Invalidenversicherung in gleicher Höhe festsetzt wie in der Angestelltenversicherung, weil er keinen Unterschied machen wolle zwischen Arbeiterkindern und Kindern der Angestellten. Die Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung bekommen aber nach dem neuen Gesetz die erhöhte Kinderzulage, auch wenn die Rente vor dem 1. August

1925 festgesetzt ist. Dr. Grieser erklärte weiter im Ausschuss, daß die Erhöhung des Kindergeldes etwa 27 Millionen Mark im Jahre betragen würde. Dabei konnte er nur von der Tatsache ausgehen, daß alle Rentenempfänger die erhöhte Kinderzulage erhalten. Er rechnete, daß auf 3 Renten eine Kinderzulage entfällt. Diese Rechnung konnte er nur aufmachen, wenn er 1 500 000 Rentenempfänger, das ist die tatsächlich vorhandene Zahl, annahm. Wenn er nur Renten, die nach dem 31. Juli 1925 festgesetzt werden, annahm, konnte er niemals zu der Zahl von 27 Millionen Mark kommen, dann hätte er nicht einmal eine Million Mark herausrechnen können. Durch diese Bestimmung ist jetzt auch hier eine Differenzierung geschaffen, die geradezu skandalös wirkt. Wenn ein Arbeiter mit vier Kindern ab 31. 7. 25 Invalide geworden ist, erhält er unter Außerachtlassung etwaiger Steigerungsbeträge 22 Mt. monatliche Rente. Ist er aber einen Tag später Invalide geworden, so erhält er unter Außerachtlassung etwaiger Steigerungsbeträge 50 Mt. monatliche Rente. Mehr als 500 000 Invaliden sind durch diese in das Gesetz hineingeschmuggelte Bestimmung um die erhöhte Kinderzulage gebracht.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei diese skandalösen Ungerechtigkeiten zu beseitigen versuchen wird. Die erste sich bietende Gelegenheit im Reichstage wird dazu benutzt werden müssen, wenn nicht die Regierung schon vorher Mittel und Wege findet und diese vom Reichstage nicht gewollte Bestimmung beseitigt.

## Die Königsberger Ostmesse.

Starker Abzug an die Landwirtschaft. — Schwaches Auslandsgeschäft.

Unser Königsberger Mitarbeiter schreibt uns: Der Verkauf der Königsberger Messe hat allgemein bedrückt. Gegenüber der Frühjahrsmesse 1925 und der Herbstmesse 1924 kann man sogar von guten und großen Geschäften reden, die auf der 11. Deutschen Ostmesse abgewickelt worden sind. Insbesondere herrschte Nachfrage nach Textilien mittlerer Qualität, nach Schuwaren, Haushaltsartikeln usw. Hier sind sehr gute Abschlüsse zustandgekommen. Auch die Schokoladen- und Konfektindustrie kann im allgemeinen gute Abschlüsse konstatieren. Selbstverständlich gingen, wie immer in Königsberg, Spirituosen.

Das gute Bild, das die 11. Ostdeutsche Messe in Königsberg hat, gibt aber kaum einen Anhaltspunkt für die Beurteilung des Marktes. Insbesondere darf man Voraussetzungen, die für Königsberg ausschlaggebend waren, nicht für die kommenden großen Messen in Leipzig und am Rhein gelten lassen. Ostpreußen, das vor allem in Königsberg läuft, hat eine ausgesprochene Agrarbevölkerung, die unter dem Einfluß der neuen Zollgesetzgebung und nach einer außerordentlich guten Ernte eine Steigerung der Kaufkraft aufzuweisen hat, wie das wohl kaum in diesem Maße für andere Gebiete zutrifft. Daß die Kauf-

kraft der Agrarbevölkerung eine bedeutende Steigerung erfahren hat, beweisen die großen Abschlässe, die im „Haus der deutschen Technik im Osten“ zu verzeichnen sind. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, i. T. auch nach schweren Maschinen war sehr lebhaft und die Umsätze sind ganz bedeutend; teilweise mußten die Firmen sich weitgehende Lieferungsstermine absprechen.

Ganz anders erscheint auch das im allgemeinen günstige Bild von Königsberg, wenn man die Geschäfte betrachtet, die nach dem Ausland gemacht bzw. nicht gemacht worden sind. Das Ausland, besonders die Handelsstaaten, war ja in Königsberg zahlreich vertreten, wenn auch infolge des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges die Interessenten aus Polen fast völlig ausblieben. Von einem größeren Umfang der abgewickelten Käufe läßt sich aber kaum sprechen. Das ist vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß die deutschen Preise immer noch über Weltmarktpreise liegen. Hier macht sich wieder die Erhöhung der Preisobergrenze bemerkbar, die ja das Auslandsgeschäft auf den letzten Frühjahrs- und Herbstmessen 1924 völlig unterbunden hat. Weiter schätzten die Käufer daran, daß die deutschen Verkäufer Zahlungsfristen nicht in dem Maße gewähren konnten, wie sie von den Industrien anderer Länder eingeräumt werden.

## Die Stilllegungsmanie im Westen.

Eine rentierende Zechen soll geschlossen werden.

SPD. Bochum, 21. August. (Eig. Drahtber.)

Die Verhandlungen vor dem Vertreter des Demobilisierungskommissars über die beantragte Stilllegung der Zechen „General“ nahmen einen bewegten Verlauf. Direktor Kuffel erklärte, die Zechen müßte wegen Abnahmangel in Aachen stillgelegt werden. Auch eine verlängerte Arbeitszeit würde daran nichts ändern. Die Arbeitervertreter lehrten die Notwendigkeit der Stilllegung und behaupteten, die Zechen arbeite sogar mit Gewinn. Die Förderungsleistung pro Kopf der Belegschaft mit 1,04 T. sei höher als im Revier und auch höher als im Jahre 1923. Beigeordneter König erklärte, daß die Zechen im Jahre 1924 an Gewerbesteuer nicht mehr als 11 Proz. pro Mann und Schicht zu bezahlen brauchte. Er wolle einen Käufer, der die Zechen „General“ sofort übernehme. Es kam zu keiner Einigung. Die Arbeitervertreter haben sich nun beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten gewandt, da ihrer Ansicht nach der Verhandlungsleiter seiner Aufgabe nicht gerecht geworden sei. Der Ausgang der neuen Verhandlungen ist nicht allein für hunderte von Arbeitern und Angehörigen, sondern auch für die Gemeinden außerordentlich wichtig. Die Zechen „General“ ist in den letzten Jahren ganz modernisiert und erheblich erweitert worden. Auch sind viele Wohnungsbauten ausgeführt worden.

## Das Programm des neuen Danziger Senats.

Verhütung mit Voten.

Danzig, 21. August.

Der neugebildete Senat gab in der Freitagsung des Volkstages die Richtlinien seiner Politik bekannt. Der Schwerpunkt des umfangreichen Programms liegt in der angekündigten Veränderung der außenpolitischen Beziehungen, besonders zum Nachbarstaat Polen. Ausgehend von der wirtschaftlichen Depression im Freistaat wird die Notwendigkeit betont, zu der Republik Polen ein Verhältnis herzustellen, das den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Staaten gerecht wird. Die durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Verhältnisse und die zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträge werden anerkannt. Die kritischen Punkte sollen durch in freundschaftlichen Geiste geführte Verhandlungen geregelt werden. Genies wird von der politischen Regierung erwartet, daß sie die Verträge sowie die staatliche Selbständigkeit und den deutschen Charakter Danzigs achtet. In der Frage der Zollunion mit Polen wird Stetigkeit und Verhandlung gefordert. Vom Völkerbund erhofft man, daß er und seine Instanzen seine schützende und entscheidende Tätigkeit unparteiisch und gerecht gegenüber Danzig ausüben wird. Die neue Regierung tritt für die Wahrung des deutschen Kulturbesitzes ein und will innige kulturelle Beziehungen zu dem deutschen Volk pflegen. Die Rechte der nationalen, politischen und religiösen Minderheiten sollen gewahrt und keine Behinderung ihrer Tätigkeit gebildet werden. Jeder nationalistischen Verheerung aber will man entgegen treten. Eine Vereinfachung der Verwaltung wird angestrebt. In arbeitsrechtlicher Beziehung soll die längst fällige Einführung von Betriebsausschüssen erfolgen und eine Arbeiter- und Angestelltenkammer gebildet werden. Der großen Arbeitslosigkeit soll durch eine produktive Fürsorge entgegengetreten werden. Für den Wohnungsbau wird die Aufnahme einer Auslandsanleihe angestrebt. — Zum Schluß richtete der Senat einen Appell zur Mitarbeit an alle Kreise zur Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Freistaates.

## Sturm im Bürgerhause.



„Das haben wir Deinem politischen Verstande zu verdanken, daß der Prof kleiner geworden ist — Du Idiot — auf Dein Geheiß hatten wir ja alle deuschnational gewählt!“

## Der Spieler

Roman von F. M. Dostojewski.

47. Fortsetzung.

Mister Astley hörte mich einigermaßen verwundert an. Er hatte wohl gedacht, mich in trüber, niedergedrückter Stimmung zu finden.

„Nun, ich freue mich sehr zu sehen, daß Sie sich Ihre ganze seelische Festigkeit, ja Heiterkeit bewahrt haben,“ sagte er mit ziemlich unzufriedener Miene.

„Das heißt, innerlich kriechen Sie vor Aerger darüber, daß ich nicht geknickt und niedergeschlagen bin,“ sagte ich lachend.

Er verstand nicht gleich; aber als er es dann verstanden hatte, lächelte er.

„Ihre Bemerkung gefällt mir. Ich erkenne in diesen Worten meinen früheren verständigen, idealgefinnten und dabei zugleich kynischen Freund wieder; nur die Küssen bringen es fertig, solche Gegensätze in sich gleichzeitig zu vereinigen. In der Tat, der Mensch sieht gern auch seinen besten Freund im Zustande der Erniedrigung vor sich; die Freundschaft bahnt größtenteils auf der Erniedrigung des einen und der Ueberlegenheit des andern; das ist eine alte, allen klugen Leuten bekannte Wahrheit. Aber im vorliegenden Falle kann ich Sie versichern, ich freue mich aufrichtig darüber, daß Sie nicht niedergeschlagen sind. Sagen Sie, Sie beschäftigen wohl nicht, das Spiel aufzugeben?“

„Ach, hol das ganze Spiel der Teufel! Ich will es sofort aufgeben, ich möchte nur...“

„Sie möchten nur erst das Verlorene wiedergewinnen? Das habe ich mir wohl gedacht; Sie brauchen nicht weiterzureden, ich weiß schon; das kam Ihnen ganz unwillkürlich heraus, also ist es Ihre wahre Meinung. Sagen Sie, außer dem Spiel beschäftigen Sie sich mit nichts?“

„Nein, mit nichts.“

Er fragte mich nach allerlei Dingen. Ich wußte nichts; ich hatte fast gar nicht in die Zeitungen gesehen und faktisch die ganze Zeit über kein Buch aufgeschlagen.

„Sie sind gegen alle Klump! und gleichgültig geworden,“ bemerkte er. „Sie haben sich vom fröhlich pulsierenden Leben losgelöst, sich losgelöst von Ihren eigenen Interessen und von denen der Welt. Sie sind Ihre Pflicht als Bürger und Mensch, von Ihren Freunden (und Sie hatten doch solche), von dem Streben nach irgendwelchem Ziele mit Ausnahme des Gewinnes im Spiel, was noch mehr ist. Sie haben sich sogar von Ihren Erinnerungen losgelöst. Sie stehen mit noch vor der Seele, wie Sie damals waren, als in Ihnen Gut und Kraft lebten; aber ich bin überzeugt, Sie haben all Ihre damaligen guten und schönen

Empfindungen vergessen; Ihre Zukunftspläne, Ihre Wünsche für jeden Tag gehen jetzt nicht hinaus über gleich, ungleich, rot, schwarz, die zwölf mittleren Zahlen usw. usw.; das ist meine Ueberzeugung!“

„Hören Sie auf, Mister Astley; bitte, erinnern Sie mich nicht daran!“ rief ich ärgerlich und benehme grimmig. „Glauben Sie: ich habe nichts davon vergessen; nur zeitweilig habe ich das alles aus meinem Kopfe verbannt, sogar die Erinnerungen, nur solange bis ich meine Verhältnisse gründlich geordnet haben werde; dann... dann (das sollen Sie sehen!) werde ich von den Toten auferstehen!“

„Sie werden noch nach zehn Jahren hier sein,“ erwiderte er. „Ich biete Ihnen eine Wette an, daß ich Sie daran erinnern werde, wenn ich solange lebe, hier auf dieser Bank.“

„Na, nun hören Sie auf!“ unterbrach ich ihn ungeduldig; „und um Ihnen zu beweisen, daß ich die Vergangenheit doch nicht so ganz vergessen habe, gestatten Sie mir die Frage: wo ist jetzt Miß Polina? Wenn Sie es nicht gewesen sind, der mich damals loskaufte, dann war es wahrscheinlich sie. Seit unserer Trennung habe ich nicht das geringste von ihr gehört.“

„Nein, o nein! Ich glaube nicht, daß sie Sie losgekauft hat. Sie ist jetzt in der Schweiz, und Sie werden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie mich nicht weiter nach Miß Polina fragen.“ sagte er in energischem und sogar zornigen Ton.

„Danach scheint es, daß sie auch Ihrem Herzen bereits eine schwere Wunde beigebracht hat!“ erwiderte ich und mußte unwillkürlich lachen.

„Miß Polina ist das höchste, hochachtungswürdigste Wesen, das es auf der Welt gibt; aber ich wiederhole es Ihnen, Sie werden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie mich nicht weiter nach Miß Polina fragen. Sie haben sie nie gekannt, und wenn Sie ihren Namen in den Mund nehmen, so empfinde ich das als eine Beleidigung meines sittlichen Gewissens.“

„Nun sehen Sie mal! Uebrigens, was das Kennen betrifft, haben Sie unrecht. Und wovon könnte ich denn auch mit Ihnen reden, wenn nicht davon? Sagen Sie selbst! Eben darin bestehen ja unsere ganzen gemeinsamen Erinnerungen. Aber seien Sie unbeforgt: ich habe kein Verlangen, die Geheimnisse Ihres Seelenlebens zu erfahren. Ich interessiere mich nur für Miß Polinas äußere Lebenslage für das Milieu, in dem sie sich jetzt befindet. Das läßt sich doch in wenigen Worten sagen.“

„Meinetwegen, aber unter der Bedingung, daß mit diesen wenigen Worten die Sache abgetan ist. Miß Polina war lange krank, und sie ist es auch jetzt noch; eine Zeitlang lebte sie bei meiner Mutter und meiner Schwester im nördlichen England. Vor einem halben Jahre ist ihre Großtante gestorben (Sie erinnern sich wohl: jenes verrückte Weib) und hat ihr persönliches Vermögen von hunderttausend Pfund hinterlassen. Jetzt ist Miß Polina mit der Familie meiner verheirateten Schwester zu-

sammen auf Reisen. Ihr kleiner Vetter und ihre kleine Schwester sind gleichfalls durch das Testament der Großtante versorgt und besuchen in London die Schule. Der General, ihr Stiefvater, ist vor einem Monat in Paris an einem Schlaganfall gestorben. Mademoiselle Blanche hat ihn gut behandelt, hat aber alles, was er von seiner Tante geerbt hatte, logisch auf sich übertragen lassen... Das ist wohl alles.“

„Und de Griex? Reist der auch in der Schweiz?“

„Nein, de Griex reist nicht in der Schweiz, und ich weiß nicht, wo de Griex ist; außerdem erzeuge ich Sie ein für allemal, dergleichen Andeutungen und ungehörige Zusammenstellungen zu unterlassen; andernfalls werden Sie es ganz sicher mit mir zu tun bekommen.“

„Wie? Trotz unserer früheren freundschaftlichen Beziehungen?“

„Ja, trotz unserer früheren freundschaftlichen Beziehungen.“

„Ich bitte tausendmal um Verzeihung, Mister Astley. Aber gestatten Sie die Bemerkung: in dem, was ich sagte, liegt nichts Beleidigendes und Ungehöriges; ich mache ja Miß Polina in keiner Weise einen Vorwurf. Außerdem, ganz allgemein gesagt: ein Franzose und eine junge russische Dame, das ist eine Kombination Mister Astley, bei der wir beide, Sie und ich, die Gründe für ihr Zustandekommen nicht vollständig zu erkennen und zu begreifen vermögen.“

„Wenn Sie es vermeiden wollen, den Namen de Griex zusammen mit dem andern Namen zu erwähnen, so würde ich Sie bitten, mir zu erklären, was Sie unter dem Ausdruck, ein Franzose und eine junge russische Dame verstehen. Was ist das für eine Kombination? Warum reden Sie gerade von einem Franzosen und gerade von einer jungen russischen Dame?“

„Sehen Sie, nun haben Sie doch Interesse dafür bekommen. Aber das ist ein Thema, das sich nicht so kurz abtun läßt, Mister Astley. Man muß sich vorher über mancherlei Voraussetzungen klar werden. Uebrigens ist es eine wichtige Frage, wie lächerlich das alles auch auf den ersten Blick aussehens mag. Der Franzose, Mister Astley, gilt als die vollendet schönste Form. Sie, als Briet, können es bestreiten, und ich, als Russe, tue es ebenfalls, man mag meinetwegen sagen: aus Neid; aber unsere jungen Damen sind anderer Meinung als wir. Sie können Racine edig und verrent und parfümiert finden, und Sie werden ihn wahrscheinlich nicht einmal lesen. Ich finde ihn gleichfalls verflüchtelt und verrent und parfümiert und in gewisser Hinsicht geradezu lächerlich; aber nach allgemeiner Anschauung ist er entgegen, Mister Astley, und vor allen Dingen ein großer Dichter, ob Sie und ich das nun zugeben wollen oder nicht. Der nationale Typus des Franzosen, d. h. des Parfiers, hat sich zu einer eleganten Form herausgebildet, als wir noch Bären waren.“

(Schluß folgt.)

# 3 billige Tage!

Am Montag, Dienstag und Mittwoch verkaufen wir aus unseren sämtlichen Lägern **Damen- u. Mädchen-Konfektion** die noch vorhandenen Sommerwaren, sowie die bereits zahlreich eingegangenen **Herbstneuheiten** Mäntel und Kostüme in glatten und neuartigen Velour-Geweben, mit Pelz besetzt, Plüsch-Mäntel, Kleider, Blusen und Kinder-Konfektion mit einem Rabatt von

# 20%

welcher vom Kassenzettel in Abrechnung gebracht wird.

Wir bieten hiermit eine nie wiederkehrende Kaufgelegenheit für den Herbstbedarf.

# Daetz & Strahl

## Selbstwaren

Einzelverkauf in reizvoller Auswahl, vom einfachsten bis zum feinsten Modellmäßig. Durch **Großfabrikation** in eigenen Werkstätten zu niedrigsten

**Fabrikpreisen**

**Garantie für beste Qualitäten**

**Bequeme Teilzahlungen**

## S. Frankenthal

Breite Straße 71, 1. Esg. Ecke Fleischhauerstr. 1  
Fernsprecher 192 (2232) (Schwabenhaus Süder)

## Herrn- u. Damen-Kleidung

nach Maß

EG-Bekleidungs-  
werkstätten  
Engelsgrube Nr. 44

## Srik Renters

Ausgewählte Werke  
3 Bände Ganzleinen  
11,25 RM

Verhandlung  
„Lüb. Volksbote“  
Johannisstr. 45

## Adresskarten

werden angefertigt bei

Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

## Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Invaliden-, Witwen-  
und Waisenrentner

am Dienstag, dem 25. August, abends 6 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
**Die soziale Fürsorge.**  
Referent: **Gustav Kirsch, Hamburg.**  
Alle Sozialrentner, die vom Wohlfahrtsamt unter-  
stützt werden, werden dringend ersucht, zu erscheinen.  
Der Vorstand (2235)  
des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen  
Deutschlands, Sitz Berlin, Ortsgruppe Lübeck.

## Biochemischer Verein Lübeck

gegr. 1920

## 2. Gesellschaftsabend

am Sonnabend, dem 29. August 1925  
abends 8 Uhr beginnend  
in sämtlichen Räumen der

**Forsthalle in Israelsdorf**

Besondere Ueberraschungen

Wir bitten die Mitglieder, die Einlaß-  
karten frühzeitig an den bekannten  
Stellen zu entnehmen. Gäste können  
in beschränktem Maße eingeführt werden

Das Bundesabzeichen ist anzulegen  
**Geschlossene Gesellschaft**  
(2230) Der Vorstand

## Luisenlust

Mittwoch: Gr. Tanztränchen Eintritt n.  
Tanz frei

## Theater-Klause

Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal  
Velbegehrter Mittagsstisch  
Im Abonnement bedeut. billiger

## Gartenbau-Ausstellung

Bergedorf 1925

vom 29. August bis 6. September  
im ehemals Meißner'schen Park  
in Bergedorf, Eingang Wentorfer Str.  
veranstaltet

vom Bezirksverband Bergedorf des  
Reichsverbandes der Kleingartenvereine  
Deutschlands, und der Berufsgärtner-  
schaft von Bergedorf und Umgegend.

## Eröffnung

Sonnabend, 29. August, mittags 1 Uhr.

**Große Sonderschau**  
auf allen Gebieten der Gartenkunst und  
des Kleingartenbaues; starke Vertretung  
der Industrie.

Sonntag, 30. August, mittags 1.30 Uhr:

## Festzug

„Die vier Jahreszeiten“  
800 Mitwirkende.

An allen Tagen ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Marinekapelle der  
Küstenwehr-Abteilung 4, Cuxhaven.

Abends:  
**Künstlerische Veranstaltungen.**  
Mitwirkende: Sämtliche Bergedorfer  
Gesang- und Turnvereine, Hamburger  
Kammerspiele und Tanzgruppen.

Eintritt am Eröffnungstage 2 Mark  
an allen andern Tagen 1 Mark  
(2222) Kinder die Hälfte.



333  
4 M. an  
585  
8 M. an  
Garantie-Wecker 4 Mk.  
800 Silber - 90 gest. 10  
Alpaka-Bestecke.  
H. Schults, Uhrmacher,  
20 Johannestraße 20

## Mit Blicklicht und Bücher

von G. O. Schilling's  
Volks- und Jugend-  
ausgabe  
Preis geb. M. 4.50.

Buchhandlung  
„Lüb. Volksbote“  
Johannisstraße 46.

## Stadttheater Lübeck.

Montag, 24. August  
8 Uhr  
**Fidelio**  
Dienstag, 25. August  
8 Uhr Abon.-Vorst.  
**Rigoletto**  
Mittwoch, 26. August  
8 Uhr Abon.-Vorst.  
**Der Raub der Sabinerinnen**  
Donnerstag, 27. Aug.  
7.30 Uhr Abon.-Vorst.  
**Die heilige Johanna**

**GEBR. STEDER-LÜBECK**  
HEIZ-  
STRASSE 95

**GLAS PORZELLAN STEINGUT**  
Haus- und  
Küchengeräte  
Große Auswahl  
in Geschenck-  
Artikeln  
Solide Preise

**FAHRRAD-SPORTHAUS**  
**HANS GRABOWSKI**  
Simpdahl - Engländer 57 - Klein-Schloß 111

**Akkumulatoren-Haus**  
**WALDEMAR LANGE**  
Königsstr. 65-67  
Fernruf: 8350  
Batterie-Ladung & Reparatur

**RADIO**  
**Waldemar Lange**  
Königsstr. 65-67  
Fernruf: 8350

## Anträge zum Parteitag in Heidelberg.

### Zur Tagesordnung.

**Emden.** Als fünfter Punkt wird auf die Tagesordnung gesetzt „Stellungnahme zur Währungsfrage“.

### Zum Bericht des Parteivorstandes.

**Bezirk Brandenburg.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verbindung mit dem Bureau des Parteivorstandes ein besonderes Sekretariat für Agrarpolitik einzurichten, unverzüglich die Herausgabe einer Monats- oder Vierteljahrszeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft in die Wege zu leiten und eine für die Tagespresse bestimmte Agrarcorrespondenz herauszugeben.

**Gera (Kauß).** Der Parteivorstand wird ersucht, wie früher zusammengefasstes Material für die Funktionäre, das laufend ergänzt, herauszugeben.

**Hamburg.** Der Parteitag beschließt, alljährlich, wie früher, eine Altersstatistik vorzunehmen.

**Burgsteinfurt (Wesff.).** Der Parteitag wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, baldigst einen Reichsbeirat für Landwirtschaft und Agrarreform (landwirtschaftlichen Beirat) zu bilden, zu welchem aus dem ganzen Reich zwecks planmäßiger Bearbeitung laufender und anderer Fragen parteigenössliche Mitglieder der Organisationen der Kleinbauern, Pächter und Heuerlinge hinzugezogen werden. Gleichzeitig soll die Einrichtung einer besonderen Abteilung innerhalb des Parteivorstandes für diese Fragen in Erwägung gezogen werden.

**Frankfurt.** Der Parteivorstand wird ersucht, statt der Neben einzelner Parteigenossen in den Parlamenten Broschüren, enthaltend die Kerngedanken sozialistischer Weltanschauung und sozialistischer Wirtschaftsbetrachtung, herauszugeben und möglichst jedem Parteigenossen unentgeltlich zu verabfolgen und durch ein Preisausstreuen für Filialdrittel Hefen mit sozialistischer Grundanschauung zu schaffen.

**Groß-Deipzig.** Die sozialistischen Frauen verlangen, neben der als Organ zur Gewinnung politisch indifferenten Frauen dienenden „Frauenwerk“ eine Frauenzeitung, die den Charakter der „Kämpferin“ oder der „Gleichheit“ trägt. Außerdem verlangen wir zur Gewinnung und politischen Schulung der Massen leicht fassliches Agitationsmaterial in Form von kleinen Broschüren und Flug-schriften, die eine schnelle Verflärung über alle aktuellen Tagesfragen ermöglichen und die Wählermassen ständig über die Volkswirtschaft und insbesondere mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und anderer Parlamente in Verbindung hält.

**Göppingen.** Der Parteivorstand wird ersucht, zur Förderung der Bildungsarbeit Wandertouristen anzustellen und Wandertouren abzuhalten.

**Chemnitz.** Der Reichsparteitag wolle beschließen, wieder die „Neue Zeit“ als wissenschaftliche Zeitung der Partei herauszugeben.

**Burgsteinfurt (Wesff.).** Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, dahin zu wirken, daß die Parlamentsberichte des Sozialdemokratischen Reichstages, die für die Provinzpresse der Partei herausgegeben werden, ausführlicher gestaltet werden. Es soll auch mehr Wert darauf gelegt werden, die Ausführungen der Abgeordneten aus der Provinz in den Ausschüssen und im Plenum ausführlicher zu bringen, da in den Wahlkreisen dieser Abgeordneten dafür naturgemäß ein verstärktes Interesse vorliegt.

**Bezirk Berlin.** Der Parteivorstand wird ersucht, sich mehr als bisher mit den Zielen und der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen, die in letzter Zeit mehrfach den Parteiorganisationen zu schärferer Kritik Anlaß bot.

**Berlin.** Bei Aufstellung der Reichs- und Landeslisten ist der Parteivorstand gehalten, gegen den ausgesprochenen Willen der Bezirksorganisation keine Entscheidung zu treffen.

**Berlin.** Bei Wahlen zum Reichs- und Landtag ist die beabsichtigte Reichs- und Landesliste so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß den Bezirksorganisationen Gelegenheit zum Einspruch gegeben ist. Erst nach Prüfung etwaiger Einsprüche sind die Listen endgültig festzustellen und dem Wahlleiter einzurichten.

**Bezirk Berlin.** Der Parteivorstand soll im Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften die Möglichkeiten einer gezielten Vereinigung und Vereinfachung der Vermögensverhältnisse aller Sozialversicherungsträger und ihre Zusammenlegung auf bankmäßiger Grundlage untersuchen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereiten.

**Jwickau.** Der Parteitag beauftragt alle in überparteilichen Organisationen vertretenen Parteimitglieder, die Zusammenarbeit mit denjenigen Parteien, die in den letzten Kämpfen ihre republikanische und soziale Inkompetenz erwiesen haben, zu lösen. Das Reichsbanner ist zu einer sozialistisch-republikanischen Schutztruppe auszubauen.

**Göppingen.** Das vom Parteivorstand herausgegebene SBD-Material soll in höherer Auflage als bisher erscheinen, damit dasselbe einem größeren Kreis tätiger Genossen, insbesondere den Betriebsorganisationen zugestellt werden kann.

**Breslau.** Alle Parteinstanzen und die gesamte Parteigenossenschaft werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zugunsten des entscheidenden Hausbesitzes zur Wehr zu setzen.

**Köln.** Die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten privatwirtschaftlicher Unternehmungen, sofern es sich nicht um gesetzliche oder parlamentarische Funktionen und Vertretungen von Organisationen handelt, ist unvereinbar mit der Bekleidung parlamentarischer Ämter.

**Uffenburg i. Thür.** Es ist den Mitgliedern der SPD jedes private Wirken in Vorständen und Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmungen verboten, mit Ausnahme der Betriebsräte. Soweit Parteimitglieder als Vertreter von Staaten und Gemeinden in den genannten Institutionen tätig sind, haben sie eventuelle Funktionen reiflos den in Frage kommenden öffentlichen Stellen zu überweisen.

**Bezirk Berlin.** Genossen, die höhere politische Stellungen bekleiden, wie Reichs-, Landtagsabgeordnete, Minister usw. dürfen in rein privatkapitalistischen Betrieben ohne Genehmigung der zuständigen Parteiorganisation keine Aufsichtsratsposten einnehmen.

**Unterbezirk Hagen-Schwelm.** Der Parteitag wolle beschließen, die zuständigen Instanzen zu beauftragen, in der Frage des Wahlstimmenscheins einen Volksentscheid zu erzwingen.

**Hannover.** Der Parteivorstand wird für den Fall der Annahme der Zollvorlage im Reichstag beauftragt, den Volksentscheid über die Frage der Zollserhöhung auf Lebensmittel und notwendige Rohstoffe für die Industrie herbeizuführen.

**Bad Salzungen.** Zur Bekämpfung der Agrarzölle sind die Vorarbeiten zu einem Volksentscheid zu treffen.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich mit dem Bundesvorstand des ADGB ins Benehmen zu setzen zwecks sofortiger Einleitung des zum letzten Parteitag von zahlreichen Parteimitgliedern geforderten und vom Parteivorstand an den Bundesvorstand des ADGB weitergeleiteten Volksentscheides zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages bzw. der Ratifizierung des sogenannten Washingtoner Abkommens.

**Groß-Deipzig.** Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zur Unterstützung unserer Reichstagsforderung auf Reform der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches eine einheitliche außerparlamentarische Aktion einzuleiten, durch welche die öffentliche Meinung nachdrücklich beeinflusst werden kann.

**Unterbezirk Groß-Deipzig.** Der Parteitag möge beschließen, daß der Forderung eines internationalen Frauentages entsprechend in Deutschland ein Frauentag abgehalten wird, an dem für die Interessen der werktätigen Frauen demonstriert werden soll.

**Münster.** Der Parteivorstand wird ersucht, mit allem Nachdruck und mit aller erforderlichen Schärfe auf Beendigung des sächsischen Parteistütztes zu drängen.

**Bauhen.** Die Ortsgruppe Bauhen der SPD verlangt vom Parteitag, daß die 23 Genossen, die im sächsischen Landtag vertreten sind, wegen ihres disziplinarischen und parteischädigenden Verhaltens endgültig von der Parteiliste als Mitglieder gestrichen werden.

**Jwickau.** Der Parteivorstand bestätigt den Ausschluß der 23 sächsischen Landtagsabgeordneten aus der Partei, nachdem diese dem ausdrücklichen Willen des Parteivorstandes entgegengehandelt haben.

**Breslau.** Die 23 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen, die zu wiederholten Malen die Parteidisziplin durchbrochen und proletarische Interessen schwer gefährdet haben, sind aus der Partei auszuschließen.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag mißbilligt das Verhalten der 23 Abgeordneten des sächsischen Landtags, die entgegen dem Beschluß ihrer eigenen Landesinstanzen als auch des Parteivorstandes gehandelt haben.

**Bauhen.** Der Parteitag heißt den Ausschluß der 23 sächsischen Landtagsabgeordneten aus der Partei gut.

**Breslau.** Der Parteitag möge feststellen, aus welchen Gründen Genosse Bauer aus der Partei ausgeschlossen und später wieder aufgenommen wurde.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, für die Folge diejenigen sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die an wichtigen Abstimmungen (Mißtrauensvotum usw.) aus wichtigen Gründen nicht teilnehmen, in der Parteipresse zu veröffentlichen.

**Groß-Deipzig.** Der Parteitag möge beschließen, die Reichsfrauentourenen zugunsten vor dem Parteitag abgehalten. Die tätigen Genossinnen betrachten es im Interesse der Frauenbewegung für wesentlich, daß die auf der Frauentourenen geleistete Arbeit auf dem Parteitag besprochen und erledigt werden kann.

**Bauhen.** Die Frauentourenen künftig vor dem Reichsparteitag stattfinden zu lassen.

**Stettin.** Die Generalversammlung des Parteivereins Groß-Stein ist grundfalsch auf dem Standpunkt, daß die mit dem Parteitag parallel laufenden Frauentourenen nicht notwendig sind. Sollte der Parteitag sich diesem Antrage nicht anschließen können, dann muß diese Konferenz vor dem Parteitag abgehalten werden, wenn sie ihren Zweck nicht ganz verfehlen soll.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste, die früher bewährte und siegkrönende, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Gegenentmens an die jetzt bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen Taktik der Partei wäre, daß aus ihr eine Partei würde, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Verfassung begnügt, während sie im Sinne ihrer Gründer und ihres Ursprünglichen und bewährten Programms auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische hinarbeiten soll.

Der Parteitag ist der Überzeugung, daß die Klassenverhältnisse sich nicht abschwächen, sondern sich stetig verschärfen, und erklärt: daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände; daß die Partei deshalb einen Anteil an der Regierungsgewalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht voraussetzungslos erstreben kann; daß Presse und Auffklärungsorgane der Partei auf die vorhandenen und stets wachsenden Klassenverhältnisse hinzuweisen haben, um den Kampfesgeist der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung zu stärken.

**Berlin.** Die seit der Umwälzung des November 1918 verflochtenen sieben Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bekräftigt.

Der am 2. August tagende Parteitag des Bezirksverbandes Berlin bedeutet deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und zu den Gemeindeparlamenten dieser Tatsache nicht überall Rechnung getragen wurde. Er fordert die Genossinnen auf, durch regie Mitarbeit im politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch stärkeren Eintritt der Frauen in die parlamentarische Tätigkeit die Interessen von Mann und Frau und damit des Volksganzen gewahrt werden.

Der Bezirksparteitag protestiert gegen die Aufrechterhaltung des § 14 der Beamtenabbaugesetzgebung, der die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten und Angestellten aufhebt. Er ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestrebungen, die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Der Bezirksparteitag fordert von der Partei, daß sie ihrem alten programmatischen Grundsatz „Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit“ theoretisch und praktisch energisch zum Durchbruch verhilft.

Unsere Aufgabe als Kulturpartei liegt in der Förderung der Volkswirtschaft wie der Bekämpfung aller Volksschäden, unter denen der Alkoholismus in Deutschland mit an erster Stelle steht. Es ist eine der sozialen Aufgaben der Frauen, ihren Einfluß gegen das verheerende Volksgift einzusetzen und deshalb Aufgabe aller Parteimitglieder, alle Kräfte einzusetzen, um den Alkoholismus zum Wohle des arbeitenden Volkes zu bekämpfen.

**Bremen.** Die Parteiversammlung mißbilligt die Art der Vorbereitung zur Präsidentenwahl durch den Parteivorstand, besonders die Nichtberücksichtigung der Parteimitglieder durch Versammlung oder einen Parteitag für den zweiten Wahlgang.

**Bremen.** Die Parteiversammlung hält die erste Stellung des Parteivorstandes im Sachienentscheid nicht für geeignet, die Partei zu fördern.

**München.** Der Parteitag wolle beschließen, nachdem die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bis heute nicht vollzogen hat, wird der Parteitag beauftragt, unverzüglich mit dem ADGB und den übrigen Spitzenorganisationen der Angestellten und Beamten die Schritte einzuleiten, um über die Frage des Achtstundentages den Volksentscheid herbeizuführen.

**München.** Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der gegenwärtigen und bereits stattgefundenen Verhandlungen im Reichstag über Aufwertung, Steuer-, Schutzölle usw. soll, um dem gesamten Volke Aufklärung über das Arbeiten und Wirken der Sozialdemokratischen Fraktion im Gegensatz zu den Deutschnationalen zu geben, ein ausführliches Flugblatt vom Parteivorstand herausgegeben werden. Es soll besonders auf das Verhalten des neuen Reichspräsidenten in diesen wichtigen Fragen hingewiesen, und das Gebot desselben im Gegensatz zu Friedrich Ebert nicht vergessen werden.

**München.** Die Wahrung und Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeitnehmer, soweit sie sich

zur sozialistischen Weltanschauung bekennen, ist vornehmlichste Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Das Ziel, die Umwandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in das sozialistische und damit die Befreiung der Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung, kann nur mit Hilfe massiver Arbeiterbewegung erreicht werden. Deshalb ist der Arbeiter und die Stärkung derselben erstes Gebot für jeden Klassenkämpfer. Arbeitnehmers. Diese Stärkung wird jedoch zugleich vielfach ungenutzt be-einflusst durch die vielen Arbeiterorganisationen, die für verschiedene Zwecke in den letzten Jahren innerhalb der modernen Arbeiterbewegung entstanden sind.

Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, als Mitglied mit den Spitzen der verschiedenen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten, um eine bessere Einwirkung der gesamten modernen Arbeiterbewegung herbeizuführen und womöglich alle überflüssigen Arbeiterorganisationen auf das für die Arbeiterklasse erträgliche Maß zurückzuführen und damit die eigenartige Schlingelast der Arbeitnehmerschaft für ihren obersten Zweck zu beseitigen.

**Unterbezirk Nordhausen.** Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu beauftragen, die Gesetzgebung über Unfall- und Invalidenversicherung, sowie die Gesetzgebung über Arbeiter- und Säuglingsfürsorge mit kurzen Kommentaren in Broschürenform in Kürze herauszugeben.

### Zum Organisationsstatut.

**Gera-Kauß.** Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiaussschuß das Statut einer Nachprüfung zu unterziehen, in dem Sinne, daß die Grundzüge der inneren Parteidemokratie weitgehender als bisher berücksichtigt werden.

**Bezirk Franken.** Zur Partei darf nur aufgenommen werden, wer nicht Mitglied eines Veteranen- oder Kriegervereins ist.

**Chemnitz.** Alle bei uns organisierten Mitglieder dürfen keinen bürgerlichen Vereinen angehören.

**Dortmund-West.** Mitglieder der Partei dürfen nicht auch zugleich Mitglieder eines Kriegervereins oder sonst eines politischen Vereins sein.

**Hamburg.** Der Parteitag möge beschließen, daß alle Ortsvereine mit Energie dafür zu wirken haben, daß alle Parteimitglieder gleichzeitig auch Mitglieder der Konsumgenossenschaft werden.

**Uffenburg-Kauerndorf.** Die parteigenösslichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sind von allen Parteinstanzen zum Beitritt in eine freigewerkschaftliche Berufsorganisation angehalten. Parteigenössliche Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte in führenden Parteistellungen müssen unbedingt freigewerkschaftlich organisiert sein.

**Chemnitz.** Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, welche Mitglieder der Partei sind, haben die Verpflichtung, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, sofern solche für ihren Beruf gebildet sind. Als freigewerkschaftliche Organisationen kommen nur solche Gewerkschaften in Betracht, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind.

Die Parteiversammlung des 16. Unterbezirks erwartet vom Parteitag in Heidelberg, daß er in dieser Frage eine klare Entscheidung fällt.

**Bezirk Berlin.** Parteigenossen, die als Lohn- und Gehaltsempfänger arbeiten (alle Arbeitnehmer), müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft sein.

**Bauhen.** Der Parteitag wolle beschließen, daß die Beamten, die der SPD angehören, sich freigewerkschaftlich organisieren.

**Odenburg.** Der Parteitag wolle beschließen, § 3 des Organisationsstatuts zu ändern durch Hinzufügung des Satzes: „Den Unterbezirken kann seitens des Bezirksverbandes eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit durch Gewährung eines bestimmten Anteils an den eingehenden Beiträgen zur Förderung der Agitation eingeräumt werden.“ (Hinter „in Unterbezirke zusammengefaßt werden können“.)

**Bezirk Franken.** Das Organisationsstatut der Partei soll dahin abgeändert werden, daß für die Behörden keine Möglichkeit besteht, die § 1 des Vereinsgesetzes auf die Ortsvereine der Partei anzuwenden. Anstatt „Ortsverein“ soll es künftig „Ortsgruppe“ heißen.

**Rheinhausen.** Die Bezirks- und Unterbezirksleiter der Partei haben sich auf ihr Tätigkeitsgebiet zu beschränken. In den Fällen, wo sie Inhaber von parlamentarischen Mandaten sind, müssen sie für Erlaß sorgen.

**Emden.** Parteivorstand und Bezirksvorstand haben in schärferer Weise wie bisher darauf zu achten, daß die Häufung öffentlicher Ämter bei Genossen, insbesondere bei Parlamentariern, vermieden wird.

**Hagen-Schwelm.** Der Parteitag möge beschließen, daß im Parteistatut festgelegt wird, daß in Zukunft die Aufstellung des Reichspräsidentenkandidaten nur auf einem Parteitag zu erfolgen hat.

**Nagden.** Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe von zwei Wochenbeiträgen.

**Bezirk Niederrhein.** Das Eintrittsgeld für Männer und Frauen ist gleichmäßig auf 0,50 M. festzusetzen.

**Köln.** Der § 7 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf.

**Göppingen.** Die Höhe des Eintrittsgeldes, das voll den Bezirken verbleibt, wird von den Bezirksvorständen festgelegt.

**Hannau.** Die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Hannau beantragt: Der Parteitag möge beschließen, in ländlichen Gegenden mit besonders geringen Löhnen ist der Parteibeitrag auf die Hälfte des jeweils geltenden Beitrages herabzusetzen.

**Hemelingen.** Der Parteitag wolle beschließen: Der monatliche Beitrag wird von den Bezirken festgelegt, derselbe muß den Stundenlöhnen in den Unterbezirken angepasst sein.

**Parteivorstand.** § 8 letzter Absatz soll lauten: Zur Deckung der Verwaltungs- und zentralen Einrichtungen haben alle Parteiu-nternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteiliste abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgelegt wird.

**Parteivorstand.** Dem § 8 zweiter Absatz ist anzufügen: „wovon 10 Pf. pro Karte und Mitglied an die Parteiliste abzuführen sind.“

**Köln.** Im Organisationsstatut der SPD ist im § 8 hinter Absatz 3 folgender Satz einzufügen: „Erwerbslose sind während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit vom Beitrag befreit.“

**Hannover, Stettin, Magdeburg, Bezirk Franken, Göppingen, Bezirk Württemberg.** Das Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.

**Hagen.** Die Wahl der Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahl zu erfolgen.

**Frankfurt a. Main.** Die Delegierten zu den Kongressen der Internationale sind künftig in jedem Bezirk durch Urwahlen zu wählen.

**Groß-Deipzig.** Es wird beantragt, den § 22 des Parteistatuts in der Weise zu ändern, daß anstatt auf 10.000 weibliche Mitglieder auf 5000 Frauen eines Bezirks ein weibliches Mitglied in den Parteiaussschuß gewählt wird.

**Bezirk Niederrhein.** Der Parteivorstand wird verpflichtet, vom Beginn des neuen Geschäftsjahres ab für alle Bezirke und Ortsvereine einheitliche Abrechnungsformulare, Kontrabücher, Berichts-

formuliert über Organisation und Agitation und sonstiges Verwaltungsmaterial herauszugeben und Ortsvereine und Bezirke zu verpflichten, dieses Material zu benutzen.

**Grünstadt.** Zu § 28. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, welche sich in einer monarchistisch-patriotischen Sportorganisation als Mitglieder befinden, oder sich betätigen und dieses ganz besonders an Orten, wo Gelegenheit gegeben ist, sich in einer eigenen Ständesorganisation des Sports betätigen zu können, schließen sich aus der Sozialdemokratischen Partei aus. Bei Annahme dieses Entschlusses ist sofort eine entsprechende Bestimmung in das Parteistatut einzufügen.

**Zwickau.** Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind wegen ihrer parteischädlichen Wirkung (im Sinne des § 28 des Organisationsstatuts) verboten.

**Koburg.** Der Parteitag wolle beschließen, daß für gewisse wirtschaftliche Notstandsgebiete, wie z. B. den Spielwarenbezirk Neustadt-Sonneberg, den Rorbacherbezirk Vichtenfels-Michelau, u. a. durch den Parteivorstand für die Dauer eines solchen Notstandes der Parteibeitrag auf die Hälfte ermäßigt wird.

Für die in erträglichem Lohnverhältnis sich befindlichen Mitglieder unserer Partei dieser Notstandsbestimmungen ist es selbstverständliche Pflicht, von dieser Vergünstigung keinen Gebrauch zu machen.

**Darmstadt.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Berliner Parteitag, 1924, der jedes Mitglied verpflichtet, vierteljährlich eine internationale Marke zu 15 Pf. zu kleben, wird aufgehoben. Der Beitrag, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an die Sozialistische Arbeiterinternationale abzugeben hat, wird wieder wie früher aus dem Beitragsanteil, der dem Parteivorstand aus den Bezirken zufließt, entnommen.

**Bezirk Hamburg-Nordwest, Unterbezirk Altona-Verden-Rosenburg, Heven und Hemelingen.** Der Parteitag wolle beschließen: Der monatliche Beitrag wird von den Bezirken festgesetzt, derselbe muß den Stundenlöhnen in den Unterbezirken angepaßt sein.

**St. Gangloff (Thüringen).** Die Ortsgruppe St. Gangloff hält die Beiträge für zu hoch und ersucht den Parteitag, dieselben zu reduzieren.

## Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

**Hamburg.** Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß das Washingtoner Abkommen über den achttündigen Arbeitstag von Deutschland ratifiziert wird.

Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß die Technische Rothhilfe durch Gesetz aufgehoben wird.

Da in absehbarer Zeit die Verabschiedung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in einer Form zu erwarten ist, die den Landesregierungen freier Spielraum bei der Durchführung des Gesetzes läßt, wird der Parteivorstand ersucht, schon jetzt ein einheitliches Vorgehen der Partei in den einzelnen Ländern vorzubereiten. Es sind Richtlinien herauszugeben, nach denen die Genossen in Ländern, Städten und Gemeinden zu handeln haben. Nur so wird es möglich sein, die grundsätzliche Ablehnung der polizeilichen Reglementierung, Kasernierung und Verbot der Prostitution, die das Reichsgesetz vorsieht, tatsächlich durchzuführen und zu verhindern, daß reaktionäre Oberbeamte im Polizei- und Gesundheitswesen die icktschrittliche Forderungen des Reichsgesetzes sabotieren.

**Hannover-Stadt.** Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden ersucht, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achttundentag erfolgt. Bei etwaigen Widerständen der Regierung ist in Verbindung mit den Gewerkschaften der geplante Volksentscheid baldmöglichst durchzuführen.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort einen Gesetzesantrag einzubringen zwecks gesetzlicher Festlegung der Ferien für alle Arbeitnehmer. Nichtsahnur für diese gesetzliche Regelung soll sein eine Feriendauer von mindestens 14 Tagen für alle Arbeitnehmer unter 30 Jahren und 3 Wochen für alle über 30 Jahre.

**Offenburg.** Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist auch in seiner neuen Fassung für die Partei und die gesamte Arbeitnehmerschaft unannehmbar. Seine Annahme würde die arbeitsrechtliche Rechtsprechung in die Hände von dafür in keiner Weise vorgebildeten Richtern legen, die noch dazu in ihrer großen Mehrzahl eine dem Grundgedanken unserer arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ausgesetzene feindselige Haltung einnehmen. Die Durchführung des Entwurfes würde die für die Arbeitnehmerschaft günstigen Bestimmungen unseres Arbeitsrechts praktisch auf absehbare Zeit außer Kraft setzen. Die SPD. fordert darum die Beibehaltung und den Ausbau der kommunalen Arbeitsgerichte und ist entschlossen, den Regierungsentwurf aufs äußerste zu bekämpfen.

**Hamburg.** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion des Reiches und die der Länder auf, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die verfassungsmäßige Gleichstellung der Geschlechter überall ausnahmslos verwirklicht werde, insbesondere die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Angestellte und Beamte (siehe Artikel 14 der Reichsverfassung) abgeschafft werden.

**Frankfurt a. M.** Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, binnen kürzester Frist eine entscheidende Erklärung der Reichsregierung zu einem Arbeitsgesetz zu verlangen. Ein die Regierung nicht bereit, bis zu einem bestimmten Termin eine Entscheidung zu treffen, ist ein positives Herausstellen der sozialistischen Kulturforderungen in einer großzügigen Agitation und in dem Einbringen entsprechender Anträge und Gesetzentwürfe in den Parlamenten.

**Byzanz.** Der Parteitag fordert von Reichs- und Landtagsfraktionen, daß die lokale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien ausgegeben wird und an deren Stelle eine selbstbewusste Politik, stützend auf dem Boden des alten traditionellen Nationalismus tritt.

**Wien.** Der Parteitag wolle beschließen: Es wird den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des bayerischen Landtages zur Pflicht gemacht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das verfassungswidrige und kulturzerstörende bayerische Konkordat zu beseitigen.

**Breslau.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, energig dafür einzutreten, daß das verabschiedete Reichsgesetz zum Verbot der Veräußerung von Grundbesitz, damit die bestehenden weltlichen Schulen die notwendige gesetzliche Grundlage erhalten und die Möglichkeiten ihres großzügigen Ausbaus, ihrer Erweiterung nach dem Wunsch zahlloser Parteigenossen geschaffen wird.

Bei der Schaffung des Gesetzes ist vor allem darauf zu achten, daß

1. in den weltlichen Schulen auf keinen Fall konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden darf,
2. daß Lehrer oder Lehrerinnen, welche erweislich nicht auf dem Boden der weltlichen Schule stehen, an solchen Schulen nicht unterrichten dürfen,
3. gemäß dem Größten Parteiprogramm, in Ermangelung eines offiziellen Programms der Gesamtpartei, hat die Partei die Gemeinschaftsschule, die Volksschule und die Berufsschule zu entwickeln. Der Reichstagsfraktion wird empfohlen, dem Gesetzentwurf betr. weltliche Schulen, der vom Bundes der freien Schulgesellschaften beim Reichstag des Jahres eingereicht wurde und der Fraktion übergeben ist, zuzustimmen.

**Breslau.** Der Parteitag beauftragt die preussische Landtagsfraktion, gegen die vom preussischen Kabinett beschlossenen Konfessionellen Lehrakademien Stellung zu nehmen.

Wir vernichten die Berücksichtigung der Interessen der weltlichen Schulen und erblicken in der Neuordnung der Verfassung der Reichsverfassung, welche die weltliche Schule festlegt.

**Breslau.** Der Parteitag beauftragt die Abgeordneten aller Landtage, besonders die preussische Landtagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum § 137 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 geschaffen werden. Alle Verträge zwischen Religionsgemeinschaften jeder Art und den einzelnen Ländern müssen abgelehnt werden.

**Hamburg.** Der Parteitag verlangt für die Lehrerbildung eine konfessionelle Gestaltung der Lehrerbildung und fordert besonders die preussische Landtagsfraktion auf, mit aller Energie zu verhindern, daß in Preußen konfessionelle pädagogische Akademien errichtet werden.

**Hamburg.** Der Parteitag fordert nach wie vor eine mindestens vierjährige Dauer der Grundschule. Da durch das neue Grundschulgesetz ein Uebertritt in die höhere Schule nach drei Jahren ermöglicht wird, so fordert der Parteitag die Parteigenossen in den Parlamenten und in den Schulverwaltungen auf, dafür zu wirken, daß dieser Uebertritt nach drei Jahren nur als Ausnahme zugelassen wird. Dieser Grundgedanke muß auch bei den Vereinbarungen der Länder untereinander Geltung haben.

**Breslau.** Der Parteitag wolle beschließen, die preussische Landtagsfraktion hat für die Änderung des Feuerbestattungsgesetzes zu sorgen, dergestalt, daß

- a) § 3 Abs. 7 betreffende Mehrheitsverhältnisse Erleichterungen zu bringen hat,
- b) § 6 beseitigt wird,
- c) § 7 Abs. 1 betreffend die Genehmigung der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsortes fallengelassen wird.

**Stolzennau.** Die Reichstagsfraktion möge darauf hinwirken, daß durch Reichsgesetz in allen Schulklassen die Reichsfarben in Bannerform zur Aufstellung kommen. Täglich vor Beginn des Unterrichts soll ihre Bedeutung den Schülern nahegebracht werden.

**Hamburg-Nordwest.** Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigenmächtigen Rücksichten diktierten Widerstand der Reichsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

**Hamburg-Nordwest.** Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung baldigst eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundeigentums im Deutschen Reich vornehmen müsse.

**Breslau.** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wohnungswirtschaftsgesetze über den 30. Juni 1926 hinaus verlängert werden.

**Breslau.** Die Fraktionen in Reich und Ländern werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Erträge aus der Hauszinssteuer nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern ausschließlich für die Neubautätigkeit verwendet werden.

**Berlin.** Der Parteitag hat von dem neuesten Angriff der arbeitfeindlichen Parteien auf die wirtschaftliche und sittliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch maßlose Erhöhung der Miete und Härteren Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit Empörung Kenntnis genommen. Er ist sich bewußt, daß die Sozialdemokratische Partei die Führerin im Kampfe gegen diese erneute Bemüherung der lebendigen Arbeitskraft der Arbeitnehmer ist. Er ersucht daher den Parteitag, folgenden Antrag an den Parteitag zu beschließen:

1. Die Reichstagsfraktion anzufordern, unter Ausnutzung der ganzen Macht einer 8-Millionen-Partei den Kampf gegen Wohnungswucher und Wohnungselend, gegen Wohnungslosigkeit und für eine soziale Wohnungspolitik zu führen.

2. Den Parteivorstand aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß auch die parteigenösslichen Fraktionen in den Ländern und Gemeinden sich geschlossen dieser Parole fügen, und zu diesem Zwecke dafür Sorge zu tragen, daß in allen Parteibezirken, insbesondere in den großen Städten, die Mieterbewegung tatkräftig unterstützt wird, erforderlichenfalls durch Schaffung von parteigenösslichen Mieterausschüssen nach dem Vorbilde des Groß-Berliner Bezirks.

**Hannover.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion als auch die Fraktionen der Länder, mit aller Entschiedenheit dagegen einzutreten, daß die Mietrechtsveränderung in irgendeiner Beziehung gelockert wird, noch Mietverträge auf Grund des Reichsmietengesetzes aufgehoben werden, die nicht dazu dienen, die Verwaltung des Hauses zu gewährleisten, sondern den Eigentümern eine ungewollte Rente zuzusprechen. Der Parteitag beauftragt ferner die Reichstagsfraktion, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der Artikel 155 der Reichsverfassung in der Weise berichtigt wird, daß endlich eine den sozialen Verhältnissen gerecht werdende Wohnungswirtschaft geschaffen wird, die spätestens zu dem Zeitpunkt in Kraft zu treten hat, an dem die Mietrechtsveränderung infolge Befristung automatisch außer Kraft tritt. Ferner richtet der Parteitag an die Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden das Ersuchen, dem Siedlungswesen ihre besondere Beachtung zu schenken. Insbesondere erwartet der Parteitag, daß der Verschleuderung von Grundeigentum dadurch vorgebeugt wird, daß das Erbbaurecht den Vorrang genießt vor allen denjenigen Verträgen von Grundeigentum, welches der Behauptung freigegeben ist. Erforderlichenfalls hat die Reichstagsfraktion, gegebenenfalls haben die Fraktionen der einzelnen Länder dafür einzutreten, daß, soweit die Landesgesetzgebung nicht zuständig sein sollte, auf dem Wege der Landesgesetzgebung alles geschieht, der Verschleuderung des Deutschen Grundeigentums entgegenzuwirken. Die Vertreter der Gemeinden fordern der Parteitag auf, alles Denkbare zu unternehmen, um in der Wohnungsfrage die Mittel zur Verfügung zu stellen, die einmal zur Behauptung der Wohnungswirtschaft, andererseits aber auch zur rationellen Bauweise und Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms erforderlich sind.

**Hannover.** Unseren Reichstagsabgeordneten wird anheimgegeben, soweit es in ihrer Macht steht, für den gesetzlich festgelegten Mieterchutz noch mehr als bisher einzutreten; denn die Anzeichen beginnen sich zu mehren, daß der Einsturz alles daran geht, die Bestimmungen der Wohnungsmangelsverordnungen, der Zwangswirtschaft, die zum Schutze der Mieter dienen, bis zur Bedeutungslosigkeit zu lockern, das Kündigungsrecht noch vor Ablauf des Jahres 1925 wieder einzuführen. Um ihre Hausrechte wiederzugewinnen, werden die Hausgärtner nichts unversucht lassen, den wenigen Schutz für die Mieter ganz zu beseitigen.

**Sulzbürg.** Die Reichstagsfraktion soll darauf hinwirken, daß so schnell wie möglich ein Gesetz geschaffen wird, nach dem Staat und Großgrundbesitz, gleichmäßig verteilt, soviel Holz undenklich abzugeben haben, als zum Wohnungsbau der minderbemittelten Bevölkerung nötig ist.

**Bad Salzungen.** Der Reichstagsfraktion beauftragt die Reichstagsfraktion: Mit allen Mitteln zu wirken, um die Reichstagsfraktion zur Aufhebung des Impfwanges herbeizuführen.

Der Reichstagsfraktion stellt sich auf dem Standpunkt, daß der Impfwang einem Gemisenszwang gleichkommt und dieserhalb die Aufhebung des Impfwanges herbeizuführen werden muß.

**Bausen.** Um die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern, ist die notwendige Stimmenzahl auf 30 000 zu erhöhen; für die Parlamente der einzelnen Länder ist die Zahl der Abgeordneten um ein Drittel zu vermindern.

Eingetragene Anträge sind in den einzelnen Parlamenten einzubringen.

**Breslau.** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, in der Stellungnahme zur Hauszinssteuerpolitik und auch zu den be-

stehenden Zwangskarten die Wünsche einzelner Arbeitergruppen nach Sicherung von Mindestpreisen für ihre Erzeugnisse unbedingt abzulehnen, da ihre Erfüllung die Gesamtheit der Arbeiterklasse schädigen und letzten Endes nur Monopolprofite einzelner Unternehmerrgruppen zugute kommen kann.

**Kaiserslautern.** Für eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen, sowie aller wegen Streikvergehens abgeurteilten ist einzutreten, soweit es sich um Streikvergehen gegen die bei Aufgabe des Ruhrkampfes zutage getretene Willkür des Arbeitgeberturns, gegen den Bruch von Tarifverträgen handelt und soweit ihre Vergehen im direkten Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aktionen standen oder besonderer Notlage entsprungen sind.

**Zwickau.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, für die völlige Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen einzutreten.

**Kaiserslautern.** Die beschleunigte Vorlegung eines neuen Strafgesetzbuches ist zu verlangen und bei der Neugestaltung des Strafgesetzbuches ganz besonders für die Beseitigung der sogenannten Abtreibungsparagrafen einzutreten.

**Zwickau.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit größter Energie auf eine freiheitliche Neugestaltung des Strafgesetzbuches Einfluß zu nehmen, um insbesondere alle diejenigen Paragraphen auszumergen, die die freie Willensbestimmung des Menschen über seinen Körper ausschalten (Abtreibungsparagrafen usw.).

**Hannover.** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die Gefängnisreform und Gefängnisfürsorge in Angriff zu nehmen.

**Hamburg.** Im Interesse einer dem Willen des Volkes entsprechenden Rechtspflege fordert die Sozialdemokratie die Möglichkeit, Richter abzusetzen durch Organe, die dem Parlament verantwortlich sind.

**Kaiserslautern.** Alle Mittel für Reichswehr und Reichsmarine sind abzulehnen und für die völlige Abschaffung der Reichsmarine einzutreten.

**Zwickau.** Der Parteitag beschließt, daß die Reichstagsfraktion für die Abschaffung der Reichswehr einzutreten und demgemäß alle Mittel für Reichswehr- und Reichsmarine abzugeben hat.

**Frankfurt a. M.** Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, solange die Reichswehr in ihrer heutigen Form besteht, den Etat des Reichswehraministeriums vollkommen abzulehnen. Es genügt nicht, den Etat des Ministers abzulehnen.

**Bezirk Thüringen.** Der Etat der Reichswehr ist abzulehnen.

**Breslau.** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, den Haushaltsplan für Reichswehr und Reichsmarine abzulehnen.

**Frankfurt a. M.** Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt den Sicherheitsakt, wie er von dem Außenminister Stresemann geplant wird, ab und verlangt gemeinsam mit den Führern der englischen Arbeiterpartei die Durchführung des Genfer Paktes, der alle Völker umschließt, nicht nur Frankreich und Deutschland. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und alle Instanzen sind verpflichtet, jeder Außenpolitik ihre Unterstützung zu verweigern, die die deutsche Republik in die Gefahr bringt, sei es für englische Interessen einerseits, sich mit Frankreich oder dessen Verbündeten oder französischen andererseits gegen Rußland und Polen, in kriegerische Unternehmungen verwickelt zu werden.

**Groß-Leipzig.** Wir sozialistischen Frauen sehen in der Prostitution eine verabscheuenswürdigste Kulturverderber, die einen Teil der Frauen der niedrigsten Schichten und der Ausbeutung ausliefert. Die gewerbmäßige Unzucht mit ihren demoralisierenden und gesundheitsschädlichen Folgen kann nur durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems im sozialistischen Sinne und durch eine Erziehung der Jugend im Geiste höherer Menschlichkeit beseitigt werden. Inzwischen erwarten wir tatkräftiges Eintreten aller Genossen in den härtesten Kampf gegen die Kasernierung der Prostituierten und die einseitige Reglementierung, die wir ersicht wissen wollen durch wirkungsvolle, für beide Geschlechter geltende gesetzliche Maßnahmen gegen die Geschlechtskrankheiten.

Zur Bekämpfung der Prostitution schlagen wir vor, daß jeder örtlichen Wohlfahrtsbehörde eine Abteilung weiblicher Beamten angegliedert wird, die die ersten Hilfsmassnahmen für die sittlich Gefährdeten übernimmt. In England und Amerika besteht bereits seit langem eine derartige Einrichtung, wobei die Beamtinnen sich durch Tatkraft und Verständnis für ihre schwierige Aufgabe die volle Anerkennung der Behörden und des Publikums erworben haben.

**Kemnitz-Emnepp.** Die von der Partei geleitete Bündnispolitik mit den Parteien der Weimarer Koalition, ohne die notwendige Rücksicht auf den eigenen Charakter der Partei als Klassenkampforganisation, hat sich bisher immer mehr als ein großer politischer Fehler erwiesen. Es daraus entsprungene rückwärtige Unterstützung der Reichspräsidentenwahlkandidatur Marx war für die Mitgliedschaft eine derartige Belastung, daß die Werbekraft stark in Mitleidenhaft gezogen wurde. Die Niederlage im Wahlkampf trotz unserer größten Anstrengungen soll für uns die erste Mahnung sein, uns auf unsere ureigenen Klasseninteressen zu bestimmen.

Die Mitgliedschaft des Unterbezirks verlangt, daß die Politik der Partei sich ausschließlich und eindeutig nach den berechtigten sozialen Interessen der Arbeiterschaft orientiert, in der Erkenntnis, daß das proletarische Klasseninteresse die orientierende Kraft ist und die Auslösung dieser Kräfte die Voraussetzung jedes weiteren Aufstiegs und politischen Erfolges ist. Die Befreiung der Arbeiterklasse von politischer Reaktion und kapitalistischer Ausbeutung kann auch in der deutschen Republik nur durch die Sozialdemokraten allein erreicht werden!

**Kemnitz.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, ein Reichsgesetz zu beantragen, das die gleichzeitige Ausübung von Abgeordneten bzw. Ministerfunktionen und der Funktion als Aufsichtsrat in privatrechtlichen Unternehmungen aller Art für unvereinbar erklärt und deshalb grundsätzlich verbietet.

**Kemnitz.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Energie die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu betreiben. Lehnen Regierung und Reichstagsmehrheit ab, so wird die Partei im Verein mit den Gewerkschaften einen Volksentscheid herbeizuführen.

**Hannover.** 1. Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigenmächtigen Rücksichten diktierten Widerstand der Reichsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

2. Die Vertreter der Partei haben in den Parlamenten aller Länder darauf hinzuwirken, daß

a) die verheirateten Landarbeiter auf den staatlichen Domänen, die 10 Jahre als Landarbeiter tätig gewesen sind, unabhängig vom Arbeitsverhältnis eine Arbeiterstelle in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RSH) vom 10. Mai 1920 — RSHG. S. 962 — erhalten, die ihnen die Ruhhaltung ermöglicht.

b) den vorgenannten Landarbeitern der Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den ihnen überlassenen Stellen durch staatliche Tilgungsanleihen bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

3. Die Reichstagsfraktion der SPD. ist zu ersuchen, im Reichstag ein Reichsgesetz zu beantragen, wonach

a) den Landarbeitern, die in Betrieben von mehr als 20 Hektar länger als 10 Jahre tätig gewesen sind, einen Rechtsanspruch auf Erwerb einer Arbeiterstelle, unabhängig vom Arbeitsverhältnis, in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RSH) vom 20. Mai 1920 — RSHG. S. 962 — verliehen wird, die ihnen die Haltung einer Kuh ermöglicht.

b) Der Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den vorgenannten Stellen durch die Gewährung von ausreichenden Bauanleihen aus den Erträgen der nach der dritten Steuernotverordnung zu erhebenden besonderen Abgabe zum Ausgleich der Bewertung (in Preußen Hauszinssteuer) bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

4. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung baldigst eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundeigentums im Deutschen Reich vornehmen müsse.

**München.** Die Sozialdemokratische Partei hält fest an der Gegnerhaltung gegen die Kasernierung der Prostituierten und begrüßt, daß der neue Strafgesetzentwurf die Bordenlierung strafrechtlich erfasst.

**München.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zu §§ 218 und 219 ist unbeschadet der kommenden Strafrechtsreform zur gesetzlichen Wirksamkeit zu bringen.

**München.** Die verschiedenen großen und kleinen Prozesse, welche in letzter Zeit unter der Anklage, Verbrechen wider das feimende Leben, basierend auf §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches durchgeführt wurden, haben in der Urteilsprechung die Härten dieser Paragraphen wieder klar bewiesen. Die Angeklagten waren meistens Angehörige der unteren Volksschichten. Der Sozialdemokratie als Vertreterin des schaffenden Volkes erwächst hiermit die Aufgabe, die Ungeheuerlichkeiten dieser Gesetzesparagraphen zu beseitigen. Der Parteitag beauftragt deshalb die Reichstagsfraktion erneut, im Reichstag auf Beseitigung der Härten dieser Paragraphen zu dringen und nichts unversucht zu lassen, bei der kommenden Neugestaltung dieser Gesetzesparagraphen diese ungeheuren Härten aus dem Gesetze zu streichen.

**München.** Die gesetzliche Regelung der Ausführungsbestimmungen des § 48 der Reichsverfassung steht bis heute noch aus. Die jetzige Reichsregierung, in welcher die Deutschnationalen tonangebend sind, birgt eine ungeheure Gefahr in sich, bei einer eventuellen Handhabung des § 48 der Reichsverfassung ohne gesetzliche Ausführungsbestimmungen. Der Parteitag der SPD. wolle deshalb beschließen: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist erneut zu beauftragen, baldmöglichst dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, in der die Ausführungsbestimmungen klar festzulegen sind.

**Schleswig.** Der Anschluß Groß-Oesterreichs an Deutschland ist mit allen Mitteln zu erstreben.

**Schleswig.** Herunterziehung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Ausbau einer vernünftigen Erwerbslosenversicherung.

**Schleswig.** Die Beseitigung der Paragraphen 218 und 219 ist mit aller Macht zu erstreben.

**St. Gangloff (Thüringen).** Der Reichsparteitag wird beauftragt, darauf hin zu wirken, daß die Mietsteuer für Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibenden genau in derselben Weise wie für die Landwirtschaft ermäßigt wird.

Der Parteitag der SPD. erkennt die Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege dem Recht zum Siege zu verhelfen, weil im jetzigen Parlament die Parteien in der Mehrzahl vertreten sind, welche die Vererbung des Volkes entweder direkt begünstigt oder geduldet haben. Auch in einem späteren Reichstag wird das nicht viel anders sein, denn die volksfeindlichen Parteien werden es abermals versuchen, durch allerlei Betrugsmanöver, durch Verwendung von monarchistischen, nationalen und religiösen Aushängeschildern Millionen von Dummen einzufangen. Als einzig aussichtsreichen Weg sehen wir daher den Volksentscheid oder das Volksbegehren an, weil hierbei die vorerwähnten Momente nicht zur Irreführung benutzt werden können.

Wir verlangen die Generalabrechnung mit Kriegs- und Inflationsgewinnen. In einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen Gut, Blut und Leben fürs Vaterland eingeleistet haben, darf es keine Menschen geben, die ihr Vermögen ins Ungeheure vermehren und als Belohnung für ihre Skrupellosigkeit heute aufgerufen werden, sich weiter zu bereichern, damit neues Kapital gebildet wird. Wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen Kapitalneubildung stattfinden muß, so soll es gemeinnütziges Kapital sein, das nicht der Ausbeutung, sondern dem Volksganzen dient und das durch die Art seiner Verwendung nicht wieder neue imperialistische Katastrophen heraufbeschwört.

Wir verlangen:

1. Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft bis zum 1. Januar 1935 unter Begrenzung der Miete auf Vorkriegeshöhe und an Stelle der Mietzinssteuer die Belastung sämtlicher Miethausgrundstücke mit einer Reichshypothek in Höhe von 50 Proz. des Wertes vom 1. Januar 1914 bei einer Verzinsung von 6 Proz.

2. Aller Landbesitz über 1000 Morgen, der sich in den Händen einer Familie befindet, wird von Reichs wegen enteignet. Die prozentual auf die abgetretenen Geländeteile entfallende hypothekarische Belastung wird vom Reich übernommen, soweit sie vor dem 1. Januar 1926 eingetragen war. Für den übrigen Boden Annahme des Bodenreformgesetzentwurfes des Bundes Deutscher Bodenreformer und Durchführung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, beschleunigte und preiswerte Beschaffung von Siedlungsland, verbesserter Pachtzins, Eindämmung der Bodenspekulation, Grundrentensteuer nach dem nackten Bodenwert mit Staffelung wie in Anhalt, Schonung der kleinen und mittleren Besitzer, scharfe Erfassung des Großgrundbesitzes. Einziehung aller Schloßer und größeren Landhäuser, soweit sich mehr als eins im Besitze einer Familie befindet. Heberweisung derselben an die Träger der deutschen Sozialversicherung zur Errichtung von Kinder-Erholungs- und Bäderheimen.

Für Preußen außerdem Einziehung des gesamten hohenzollernbesitzes einschließlich des Lebens Dels und Zahlung einer mäßigen Rente bis zum Ableben der heute lebenden Hohenzollern.

3. Alle von industriellen Betrieben, Banken, Versicherungs- und anderen Gesellschaften durch Selbstenwertung gemachten Gewinne werden für das Reich erfasst. Von dem gesamten Wert aller Aktien-Gesellschaften werden 25 Proz. dem Reich durch Ausschüttung von neuen Aktien übertragen, die mit den älteren gleichwertig sind. Bei neuen Neugründungen und Kapitalvermehrungen sind dem Reich 25 Proz. zum Kaufe anzubieten einschließlich aller Vorzugsaktien. Sinngemäß gleichartige Bestimmungen für Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einzelunternehmen mit größerem Kapital usw. Erforderlichenfalls Zwang zur Körperschaftsbildung.

**Vermögensabgabe.**

Alle Personen, welche nach Durchführung obiger Maßnahmen noch über ein Vermögen von mehr als 30 000 Goldmark verfügen, reichen eine genaue Aufstellung ihres gesamten Vermögens ein, in der restlos alle Vermögensgegenstände aufzuführen sind. Im Auslande angelegtes Vermögen und der gesamte Besitz an ausländischen Effekten, Wertpapieren und Geldern sind getrennt aufzuführen. Wir verlangen müssen alle Gegenstände zum selbst eingeschätzten Wert abgegeben werden.

Da die Mehrheit des deutschen Volkes ungenügend Opfer gebracht hat und weiter bringt, sollen diejenigen, die verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, durch eine Ausgleichsabgabe herangezogen werden.

Die Vermögenssteuer bis zu 40 000 Goldmark bleiben abgabefrei. Von dem überschüssigen Teil verbleibt dem Besitzer ein bestimmter Hundertsatz des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens. Als solches werden auch die Vermögenssteuer behandelt, die seit diesem Tage eracht werden, vom Erblasser aber am 1. Januar 1914 versteuert worden sind, wenn dieselben zur Erbschaftsteuer angemeldet waren.

Von dem Vermögenssteil von 40 000 bis 200 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 50 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Von dem Vermögenssteil von 200 000 bis 1 000 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 10 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Personen, die am 1. Januar 1914 mehr als 1 000 000 Mark versteuerten, bezahlten 20 Proz. des damals versteuerten Betrages.

Der überschüssige Teil muß innerhalb eines Jahres an das Reich abgeführt werden. Können Vermögenssteile, die auf Grund dieses Gesetzes abzuleisten sind, zur Weiterführung eines Gewerbes oder Berufes nicht entbehrt werden, so verbleiben sie dem bisherigen Eigentümer auf Antrag und nach Prüfung als ein Darlehen des Reiches, das mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu amortisieren ist. Nach dem Tode des Schuldners kann die Restsumme des Erben nötigenfalls zur Weiterführung eines Betriebes als Dar-

lehen überlassen werden, jedoch nur gegen eine Verzinsung und Amortisation von je 5 Proz.

**Wohlfahrtspflege und Sozialversicherung.**

Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird mit Erwerbslosenfürsorge, Kriegsoptimerversorgung und der zu vereinheitlichenden Sozialversicherung zusammengefaßt. Alle Personen mit weniger als 3000 Goldmark Jahreseinkommen zahlen an Stelle der bisherigen Einkommensteuer und der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge eine Sozialsteuer, die 10 Proz. vom gesamten Einkommen des Arbeitnehmers beträgt. Der Arbeitgeberbeitrag ist ebenso hoch, dafür fallen die Beiträge zur Unfallversicherung fort, mit Ausnahme eines Zuschlages für Betriebe mit besonders hohen Unfallrisiken. Personen mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen, die der Sozialversicherung nicht freiwillig als berechtigte Mitglieder beitreten, zahlen 5 Proz. ihres Einkommens als Sozialsteuer ohne Gegenleistungen.

**Verwendung der jährlich einfließenden Gelder.**

1. Zur Zahlung von Renten an diejenigen Anstaltsoptimier, die bei der bisherigen Aufwertung so wenig erhielten, daß sie davon nicht ein menschenwürdiges Dasein führen können.

2. Zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. 100 000 neue Wohnungen im Jahre 1927, steigend um jährlich 10 000 bis zu 200 000 im Jahre 1937. Familien mit zwei und mehr Kindern und mit weniger als 300 Mark Monats-einkommen erhalten für Heimstättenbauten Tilgungshypotheken in Höhe von 10 000 Mark, die bei regelmäßiger monatlicher Rückzahlung zinsfrei sind. Das gleiche gilt für Familien mit einem Kind bei weniger als 250 Mark Monats-einkommen und bei kinderlosen Eheleuten mit weniger als 200 Mark Einkommen.

3. Produktionskredite für Landwirtschaft und Industrie zu billigen Zinssätzen. Genossenschaften bevorzugt. Vergabung an Private statthaft, wenn angemessene Löhne gezahlt werden und der Nachweis niedrigerer Preisbildung ohne Kartellbeeinflussung erbracht wird.

4. Später große Urbarmachungen von Dieldand, Eindeichungen, Kanalanlagen, Ausbau von Wasserkraftwerken, planmäßige Elektrifizierung Deutschlands, Uebernahme oder Finanzierung gemeinnütziger Werke usw.

5. Durch ihre Gewerkschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Verbände erhalten diejenigen Arbeitnehmer, welche durch lange Arbeitslosigkeit oder schlechte Entlohnung heruntergekommen sind, zinslose Darlehen in Form von Gutscheinen auf Bekleidungs- und Wirtschaftsgegenstände. Das gleiche gilt für bedürftige Kriegs- und Anstaltsoptimier. Die Gutscheine werden vom Reich eingekauft. Annahmefähig sind solche Genossenschaften, gemeinnützige Geschäfte und Firmen, die den verlangten Nachweis erbracht haben. Derselbe Grundsatz ist allgemeine Kreditverbilligung und Preisherabsetzung.

Durch Arbeit aller Volksgenossen hebt sich die natürliche Kaufkraft und der Nationalreichtum nimmt zu. Dadurch wird dann dauernde Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Vorläufig aber müssen die bisher Erwerbslosen so ernährt und bekledet werden, daß sie produktive Arbeit leisten können. Ergebnis: erweiterter Produktionsprozess, größerer Umsatz und größere Stabilität der Wirtschaft. Das Reich, das schon durch die Besitzübertragung wirtschaftlich erstarbt ist, wird durch dauernde Neuschaffung von Werten wirtschaftlich immer mächtiger. Die Kontrolle über Aufkommen und Verwendung der Zinsen und Abzahlungen der Reichshypotheken wird von einer Körperschaft ausgeübt, die von den Mietern nebst wahlberechtigten Angehörigen gewählt wird, die durch Zahlung der Friedensmiete die Verzinsung aufbringen. Dieser Körperschaft obliegt auch die Durchführung des Wohnungsbauprogramms. Sie hat das Recht, bei Sabotage und Preisüberhöhung der Unternehmerricht Entscheidungen von Ziegeleien, Steinbrüchen und ähnlichen Betrieben vorzunehmen, wenn das zur ungehinderten Durchführung des Programms erforderlich ist.

Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um baldige Einbringung eines Gesetzesentwurfes mit vorstehenden Forderungen und um sofortige Volksbefragung nach erfolgter Ablehnung im Parlament.

## Das Parteiprogramm.

**Moscow.** Der Parteitag wolle an Stelle des von der Programmkommission ausgearbeiteten Programmtextes das folgende Programm als Parteiprogramm beschließen und dieses so ausarbeiten, daß es dem Sinne nach leicht und unzweideutig zu erkennen ist.

**Programm der SPD.**

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet als das Ziel ihrer Politik die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Die Partei wird die Verwirklichung derselben durchführen, wenn drei Viertel der Wähler ihre Stimme für die SPD. abgeben und 90 Proz. der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben.

2. In der sozialistischen Gesellschaft ist jeder Mensch verpflichtet, zur Erhaltung oder zum Genießen des Lebens beizutragen.

3. Er erhält dafür eine von der Regierung festgesetzte Summe, die nicht übertragbar und an eine bestimmte Zeit gebunden ist.

4. Die Höhe dieser Summe richtet sich nach dem Wohlstand der Gesellschaft, nach dem Lebensalter des Betreffenden, und für die ersten dreißig Jahre nach dem Beschluß der sozialistischen Gesellschaft nach der letzten Einkommensteuerleistung. Zur Berücksichtigung der Einkommensteuerleistung werden Einkommensstufen festgelegt, in die die Familien oder Einzelpersonen eingruppiert werden. Die Unterschiede der einzelnen Stufen sind vom vierten Jahre an in jedem Jahre so zu verringern, daß mit Ablauf von 30 Jahren (einer Generation) die finanzielle Gleichstellung aller erreicht ist.

5. Alljährlich erhält jeder einen Erholungsurlaub von gleicher Dauer.

6. Berufskleidung wird von der Gesellschaft geliefert und gereinigt, ebenso Werkzeuge und Apparate zur Ausübung des Berufs und Arbeitsräume.

7. Die Arbeitszeit ist gleichmäßig festzusetzen. Bei Berufsgruppen, die besonders anstrengende, gefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeiten auszuführen haben, ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Sonntags- und Nachtarbeit ist etwas kürzer zu bemessen und, wenn möglich, abzuschaffen.

8. Die Ausbildungskosten der Jugend vom Kindergarten bis zum vollendeten Studium übernimmt die Gesellschaft und liefert die Lehrmittel.

9. Der Grund und Boden, einschließlich aller auf ihm befindlichen Gebäude und Anlagen und in ihm befindlichen Anlagen und Werte, sowie der dazugehörigen Produktionsmittel und Konsumtionsartikel sind auf Beschluß der sozialistischen Gesellschaft als Eigentum der Gesellschaft zu erklären.

10. Eine Zentralfstelle regelt die Produktion und setzt die Preise für jeden Umsatz fest. Diese sind in jedem Orte gleich.

11. Die Wohnungen und Gärten werden vermietet. Das Wohnen in Gartenstädten wird ermöglicht werden. Dazu wird jedem die freie Fahrt nach seiner Arbeitsstätte bei Entfernungen von über 3 Kilometer gewährt.

12. Wer arbeitsunfähig wird, ein bestimmtes Alter erreicht hat oder krank wird, erhält eine Rente.

13. Geburtshilfe, ärztliche Behandlung und Medikamente sind frei. Bei Krankenhaus- oder Anstaltsbehandlung tritt eine entsprechende Kürzung der Rente ein.

14. Die Beerbigung oder Feuerbestattung übernimmt die Gesellschaft.

15. Wer seine Pflicht gegen die Allgemeinheit vernachlässigt oder sich ein Vergehen gegen die Allgemeinheit oder einzelne zuschulden kommen läßt, wird während einer nach der Größe des Vergehens festgesetzten Zeit nach einem zweiten oder, wenn nötig, nach einem dritten vor der Regierung festgesetzten niedrigeren Tarif verurteilt.

**Genf (Kampf).** Vom Schweizer Parteitag wird erwartet, daß hinsichtlich der Schaffung eines neuen Parteiprogramms schneller gearbeitet wird, wobei besonders die Frage der Stellung der Partei zum Staat geklärt werden muß.

**Hamburg.** Unter Finanzen und Steuern im Parteiprogramm Entwurf ist einzufügen der Absatz:

Möglichste Vereinfachung und Beschleunigung des Einziehungs- und Veranlagungsverfahrens.

Die Sozialdemokratie verlangt auf Grund § 165 der Reichsverfassung paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den Handelskammern, Gewerbe- und Industrie-Kammern sowie Landwirtschaftskammern.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Schulzeit der Jugendlichen (Berufsschule) in die Arbeitszeit verlegt wird und vom Arbeitgeber beim Lohn nicht abgezogen werden darf.

Abchnitt Kultur- und Schulpolitik: Förderung der freien Jugendbewegung.

Abatz 7 ist „Genossenschaften“ einzufügen.

Verwaltung: Ist zu setzen statt Initiative „Volksbegehrt“. Justiz: Zusatz nach ebendiesen „vor allem im Erbrecht“.

Nach „Todesstrafe“ ist einzufügen: Am Untersuchungsverfahren stärksten Schutz des Inhaftierten gegen Uebergriffe der Untersuchungsrichter, Staatsanwälte, ihrer Hilfsorgane sowie mit der Ueberwachung betrauter Beamter und Angestellten. Erlass eines Lebergesetzes, das dieses Gebiet allgemein regelt.

Dem letzten Absatz hinzuzufügen: Beitreibung der Haftkosten nur im Vermögensfalle des Verurteilten.

Sozialpolitik: Nach „Volksfürsorge“ hinzuzufügen: „in der Richtung, daß allen gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ausreichende Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert ist.“

Nach „Arbeitsunfähige“ sowie Erwerbslose ausreichende Versicherung.

Unter Wirtschaftspolitik ist speziell die Wohnungsfrage aufzunehmen.

Unter Wirtschaftspolitik ist das Wort „Bodenreform“ aufzunehmen.

Finanzen und Steuern: nach „Buchführung“ hinzuzufügen: „und angemessene Besteuerung“.

Internationale Politik: Nach „Abrüstung“ zu setzen: „Sie fordert daher Erlass der Heere durch nationale und internationale Polizeitruppen“.

Im Parteiprogramm muß der Gedanke des Klassenkampfes scharfer ausgeprägt werden.

In das Parteiprogramm ist ein Abschnitt über das Agrarprogramm aufzunehmen.

Nach Sozialpolitik ist folgender Abschnitt unter Gesundheitspolitik einzufügen:

Die Folgen des Krieges, des Wohnungsmanckes, der außerordentlich starken Erwerbslosigkeit bedingen eine planmäßige Gesundheitsfürsorge. Ausgehend von dem Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein geistiger Geist wohnen kann und die Arbeitskraft das wertvollste Vermögen darstellt, fordern wir:

Erlaß von Reichsgesetzen, die den Gemeinheitschutz und die Fürsorge von früherer Kindheit an regeln. Mutterschaftsfürsorge, Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge, ärztliche Ueberwachung der Schulen und Fortbildungsschulen durch beamtete Ärzte.

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Beseitigung der Abtreibungsstrafen, die die Frau unter ein Ausnahmegesetz stellen. Erlass dieser durch Rechtsbestimmungen, die sowohl die Frau schützen, als auch der Gesellschaft genügend und gesunden Nachwuchs sichern.

Reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für beide Geschlechter, der Prostitution für Mann und Weib.

Verbot der Kasernierung und Bordenlierung in irgend einer Form.

Aufhebung der Bestimmungen, die die homosexuelle Betätigung zwischen Erwachsenen unter Strafe stellen.

Einführung des gemeinnützigen Beistandswesens auf reichsgesetzlicher Grundlage mit dem Ziele, diesen Zweig der Gesundheitspflege zu öffentlich-rechtlicher Angelegenheit zu machen.

**Stettin.** In dem Entwurf des Parteiprogramms wird das klare Bekenntnis zum Klassenkampf vermisst. Es fehlt die klare Klassen-scheidung. Im Göttinger Programm wurde noch gesagt, der Kapitalismus mache den Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung. Wir fordern, daß dieses Bekenntnis nachgeholt wird.

**Chemnitz.** Absatz 5 der Gruppe Verfassung ist umzuwandeln in die Forderung „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung“.

**Chemnitz.** In die Gruppen Justiz ist die Forderung nach Aufhebung des Landesverratsparagraphen aufzunehmen.

**Chemnitz.** In die Gruppen Justiz ist der Satz des Erfurter Programms aufzunehmen: Unbedingte Entschädigung unehelich Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter.

**Chemnitz.** In die Gruppen Sozialpolitik ist zu Abs. 12 der Satz des Erfurter Programms einzufügen: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

**Chemnitz.** In der Gruppe Internationale Politik ist hinter Absatz 10 einzufügen: Sie wird jeder Kriegserklärung der nationalen Staatsgewalten durch Aufruf zur Arbeitsverweigerung in der Kriegsindustrie bzw. durch Profanierung des Generalstreiks im Verein mit den Gewerkschaften entgegen wirken.

**Chemnitz.** Der grundsätzliche Teil des Parteiprogramms hat die Feststellung der Klassen-scheidung und ein klares Bekenntnis zur Idee des Klassenkampfes zu enthalten.

**Chemnitz.** Der letzte Absatz der Gruppe Finanzen und Steuern ist hinter den dritten Absatz der Gruppe Wirtschaftspolitik zu stellen und zwar in folgender umgeänderter Fassung:

Beilegung des Reichs an allen privatkapitalistischen Groß- unternehmungen, einschließlich der agrarischen durch Uebertragung eines bestimmten unabschließlichen Besitzanteils, der das Mitbestimmungsrecht des Reichs bei der Führung der Unternehmungen sichert.

**Frankfurt a. M.** Nach Absatz 1 wird eingefügt: Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer größer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Der in dem Entwurf als Absatz 2 vorgegebene Passus erhält folgende Fassung: „Mit dem Vordringen der Großbetriebe in die Wirtschaft, mit der Zunahme der Verwaltungs- und Erziehungs-tätigkeit im Staat und in der Gemeinde wächst Zahl und Bedeutung der Angestellten und Beamten jeder Art. Längst verloren sie mit Ausnahme einer winzigen Minderheit werdender Kapitalisten ihre einseitige privilegierte Stellung; ihre Interessen stimmen mit denen der übrigen Arbeiterklasse daher überein.“

Der in dem Entwurf als Absatz 10 vorgegebene Passus erhält folgende Fassung: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken. In

dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

**Königsberg i. Pr.** Absatz 4 Satz 2 soll nach „Erniedrigung“ eingeleitet werden „und Ausbeutung“.

**Königsberg i. Pr.** Absatz 8 Satz 2 soll nach „Produktionsträfte“ eingeleitet werden: „aus einer Quelle des Glüdes und der Unterdrückung“.

**Königsberg i. Pr.** Im Absatz 8 soll der Satz „L u f s a h“ gestrichen werden.

**Königsberg i. Pr.** Absatz 9 Satz 2 soll nach „kann“ eingeleitet werden: „ihre ökonomischen Kräfte nicht führen und“.

**Königsberg i. Pr.** Es soll ein Abschnitt „Gesundheitspflege“ (vergl. Beschluß des Augsburger Parteitages) eingefügt werden.

„Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb nach reichsgesetzlicher Vorchrift. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksschichten. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenkassen und aller anderen gesamtgesellschaftlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Erwerberrückstellungen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gebildeten Nachwuchses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Säulen der Herstellung, des Handels und des Verkehrs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchreichende Gewerbehygiene und Unfallversicherung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Frauen- und Minderernährerfürsorge. Sorgfältiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Gipfelung des gesamten Gesundheitsdienstes in einer Reichszentralbehörde für Volksgesundheit, soziale Versicherung und Bevölkerungspolitik.“

**Königsberg i. Pr.** Verwaltung: a) Zu Ziffer 2 soll nach Satz 3 eingefügt werden: „Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf Beamtenstellungen ungeschlichter Verwaltungsakte. Befestigung des staatlichen Befähigungsrechts für Gemeindeorgane.“

b) In Ziffer 4 soll das Wort „unbeschränkte“ gestrichen werden.

**Königsberg i. Pr.** Kultur- und Schulpolitik: In Absatz 3 sollen die Worte „Trennung von Staat und Kirche“ gestrichen werden und als Schlußsatz zugesetzt werden: „Trennung von Staat und Kirche. Keine öffentlichen Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke.“

**Königsberg i. Pr.** Finanzen und Steuern: Im vorletzten Absatz soll der Satz gestrichen werden: „Wohnungssteuern“ (Hauszinssteuer) nur für Wohnungszwecke.“

**Königsberg i. Pr.** Wirtschaftspolitik: Im letzten Absatz soll der Zusatz gemacht werden: „Mieterschutz“.

**Königsberg i. Pr.** Der Parteitag solle dafür sorgen, daß das Parteiprogramm auch sprachlich einwandfrei gestaltet wird und Fremdwörter möglichst vermieden werden.

**Schwerin in Mecklenburg.** In das Agrarprogramm ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben.

Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegerbedeutung ist vom privaten Großgrundbesitzer zu nehmen.

Die Parteigenossen haben in den Ländern darauf hinzuwirken, daß der Grund und Boden, der sich in Händen des Großgrundbesitzes befindet, als Staatsprogramm übergeführt wird. Bedürfnisse der kleinen Landwirte zur Schaffung einer eigenen Ackerbauverwaltung hat der Staat dadurch zu befriedigen, daß er Land langfristige zu billigen Bedingungen (Kontingenzland, Erbpacht) zur Verfügung stellt.

Ortsverein Ostbra, Unterbezirk Groß-Spitzig. Klare Entscheidung über Religionsfragen, daß Religion keine Privatsache mehr sein darf.

**Altenburg in Thüringen.** Der Satz des Parteiprogramms: „Religion ist Privatsache“ ist zu streichen.

**Breslau.** Die Breslauer Parteivorstellung mißbilligt die Begleitung des Wortes „Klassenkampf“ im ersten prinzipiellen Teil des Parteiprogramms und wünscht seine Wiedereinführung.

Im Programmentwurf wird unter den Verfassungsforderungen eingefügt: „Abkündigung der Reichsmarine“.

**Burgsteinfurt (Westfalen).** Wir beantragen, in den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm im grundsätzlichen (theoretischen) Teil in dem Satz: „Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen hilflosen Proletariat verwandelt“ — die Worte „der Siegeszug“ zu streichen und dafür zu setzen: „der ins Ungeheure gewachsene Einfluß“, oder „der gemaltige Ausschlag der kapitalistischen Kräfte“ oder „die ständig gestiegene Macht des Kapitals“ oder einen ähnlichen Ausdruck.

**Zwickau.** In das Programm ist unter „Internationale Politik“ aufzunehmen, daß die Partei im Falle eines Krieges den Generalstreik gegen den Krieg proklamieren werde und das Proletariat aller Länder zu gleichem Aufruf.

**Rheinhausen.** Unter Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist einzufügen: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ (Erfurter Programm).

**Rheinhausen.** 10. Absatz, den internationalen Charakter der Partei betreffend:

Der Satz: „Diese Pflichten sind aufs innigste verknüpft“ bis „gegenüber dem eigenen Volke“.

Hierfür ist zu setzen:

„In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ (Erfurter Programm).

**Kaiserslautern.** Befestigung der Absätze 2 bis 5 des Artikels 8 der Reichsverfassung ist zu fordern.

**Kaiserslautern.** Für die Wahl aller Richter durch das Volk und die Befestigung des Einzelrichtertums in den erkennenden Strafgerichten ist einzutreten.

**Schmalldorf.** In den theoretischen Teil des Parteiprogramms sind aus dem Erfurter Programm die Absätze 3, 4 und 6 wörtlich zu übernehmen.

Im Kapitel Verfassung erhält Absatz 3 die folgende Fassung: „Auf dem Unterbau von nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßten Gemeinden und Wirtschaftsprövinzen erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung alle staatlichen Befugnisse besitzt.“

Im Kapitel Recht ist zu fordern:

„Unverletzlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes, Wahl der Richter durch das Volk.“

Im Kapitel Kultur und Schulpolitik ist zu fordern:

„Abkündigung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

Im Kapitel Finanzen und Steuern ist der Satz zu streichen: „Stärkste Schonung des Massenverbrauchs.“

Es ist hier zu fordern.

„Abkündigung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche den Massenverbrauch belasten.“

**Frankfurt a. M.** In den Einzelforderungen zur Verfassung sind die Worte zu streichen: „Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen.“ An Stelle der Worte: „Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgezeichneten Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Vollzugsorgane nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf“ ist zu setzen: „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung.“ Den Forderungen zur Verfassung ist hinzuzufügen: Recht des Volkes zur Auflösung des Reichstags.

**Frankfurt a. M.** Beim Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist hinzuzufügen: „Abkündigung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

**Frankfurt a. M.** Bei den Forderungen zur Verwaltung ist unter Nr. 2 vor dem letzten Satz einzufügen: „Das allgemeine Wahlrecht unter Fortfall jeder Aufenthaltsklausel ist einzuführen, jedes Befähigungsrecht für kommunale Ämter ist aufzuheben.“

**Frankfurt a. M.** Dem ersten Satz in den Forderungen zur Justiz ist anzufügen: „Die Schöffen und Geschworenen sind unmittelbar vom Volk zu wählen.“ Dem Absatz, der im Entwurf mit den Worten „Im Strafprozeß“ beginnt, ist hinzuzufügen: „Entlassung aller Staatsanwälte, die Klassenjustiz treiben.“

**Frankfurt a. M.** Bei den Forderungen zu den Finanzen und Steuern ist nach den Worten „Sie fordert deshalb“ einzufügen: „Unmittelbare und unablässbare Beteiligung des Reiches an den industriellen Großbetrieben; unablässbare Beteiligung des Reiches an Großgrundbesitz.“

**Bausen.** In dem Kapitel „Sozialpolitik“ ist als Forderung aufzustellen:

Das Reich führt für alle Personen über 60 Jahre, die produktiv für die Gesellschaft waren, ein Reichspensionsrecht ein.

**Bremen.** In dem Programmentwurf ist die Kommunalpolitik in ihrer Bedeutung zur Gesamtpolitik zu würdigen und die Forderungen der Partei gefordert darzustellen.

**Bremen.** Die Parteigenossenschaft Bremens fordert für das Parteiprogramm eine stärkere Betonung der ökonomischen Entwicklungstendenzen des Hochkapitalismus. Sie verlangt eine bessere Zusammenfassung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, die die ökonomische Vergänglichkeit des kapitalistischen Systems nachweisen und dem Proletariat die Gewißheit geben, daß es sich zum Träger des Sozialismus macht.

Die Verfassung fordert weiter, daß das Programm sich in eindeutiger Klarheit über den Begriff des Klassenkampfes ausdrückt.

**Demmerhorst.** Zum neuen Parteiprogramm wird beantragt:

1. Schaffung eines Mindestlohngesetzes.

2. Schaffung einer Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung nach gleichen Rechte. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, den Satz: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Verwirklichung der Weimarer Verfassung“ in das Parteiprogramm mit aufzunehmen.

**Heidelberg.** Die Sozialdemokratische Partei hält sich für verpflichtet, die Kleinbauern vor der Übermacht der Großgrundbesitzer zu schützen und sich in der Bildung kleinbäuerlicher Produktionsgenossenschaften das beste Mittel, den kleinbäuerlichen Stand zu erhalten.

**Unterbezirk Zwickau.** Zum Parteiprogramm wird beantragt: Absatz 7 soll lauten: „Mit Zunahme seines Einflusses benützt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Produktionsprozesses selbst, durch die stete Arbeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratischen Partei geschildert und vereint wird, und an Schutzpolitik, wachsendem Steuerdruck und zunehmender politischer Enttötung die Verderblichkeit imperialistischer Politik erkennt. Die demokratische Republik ist kein Schutz gegen diese Gefahren; sie ist nur der Boden, auf dem das Proletariat machtvoller sich zum Kampf gegen jene Politik organisieren kann.“

Abatz 9 soll lauten: „Vor den Worten „ihre ökonomische Organisation“ einfügen die Worte: „ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und“.“

Abatz 10 soll lauten: Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern die gleichen. Mit dem Umschwung des Weltverkehrs, mit der fortschreitenden Kapitalisierung der Produktion in allen Ländern, mit der Steigerung der imperialistischen Kriegsgefahr sind die Arbeiter aller Länder in steigendem Maße bedroht von kapitalistischer Unterdrückung und Enttötung, und so immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Welt, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Arbeitern aller Länder und sie ist sich bewußt, daß die vereinigte Aktion des Proletariats aller Länder gegen Ausbeutung und imperialistische Kriege eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung ist.

Zwischen Absatz 11 und 12 einschalten: „Indem die Arbeiterklasse so für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Der Imperialismus, anfangs von allen anderen Klassen als der proletarischen unterstützt, schlägt schließlich seine eigenen Anhänger in die Flucht und treibt sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Je gewaltiger und brutaler der Kapitalismus zu neuen Kriegen treibt, je eifriger er mit Schutzgöllen, mit Steuerraub sich vorbereitet, mit Gassen und mit anderen technischen Mitteln, mit neuartigen Organisationen sich rüstet, um so machtvoller stellt sich die Arbeiterklasse, erstickt durch die opferreiche Arbeit von Generationen, geschult durch die grausamen Lehren des letzten Krieges dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. — Die von der Arbeiterklasse zu erkämpfende gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern der gesamten Menschheit, die unter den gegenwärtigen Zuständen leidet. Sie kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessentretigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.“

Der letzte Absatz lautet: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann diese Ziele nicht erreichen ohne Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ausgehend von diesen Grundlagen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

## Das Problem der europäischen Politik.

**Münster i. W.** Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen, die darauf hingingen, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu erreichen. Er billigt die seitens

der Partei auf diesem Gebiet unternommenen Schritte. Der Parteitag muß es aber ablehnen, jene Versuche gutzuheißen, die mit dem Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund Deutschland veranlassen sollen, für die kapitalistischen Interessen der westeuropäischen Länder Vorkampfdienste gegen Rußland und den fernen Osten zu leisten. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund muß sein, zu verhindern, daß er ein Bund der Kapitalisten aller Länder gegen Rußland und Asien wird. Dagegen muß die friedliche politische und wirtschaftliche Verständigung mit dem Osten angebahnt werden im Sinne einer wahren Gemeinschaft der Völker zum Austausch ihrer Güter und Erzeugnisse.

Der Parteitag erwartet von der Partei, daß sie sowohl innenpolitisch, als auf dem Wege über die Sozialistische Arbeiterinternationale auch außenpolitisch alles tut, was diesen Forderungen vorantreiben kann. Er bedauert die Entgeisungen, die in der deutschen Presse, auch im „Vorwärts“, sowie in der französischen sozialistischen Partei in letzter Zeit vorgekommen sind, und sieht darin letzten Endes die Anfänge der Vorbereitung einer außenpolitischen Atmosphäre, die geeignet ist, Europa und die übrige Welt erneut in schwere Erschütterungen zu bringen. Der Frieden der Welt ruht in den Händen der Proletarier aller Länder. Sie haben die Verpflichtung, einzig und geschlossen allen auf kriegerische Verwicklungen hindeutenden kapitalistischen Gelüsten entgegenzutreten und damit die Basis für eine friedliche politische und wirtschaftliche Zukunft zu legen.

**Chemnitz.** Der Parteitag bekräftigt erneut den Willen der sozialdemokratischen Partei, mit aller Energie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu betreiben.

**Osnabrück.** Intensive Auffklärungsarbeit für die Friedensziele und den Völkerbund. Gemeinsame Veranstaltung eines Antikriegstages durch die SPD. und den Gewerkschaften.

**Schleswig.** Abschaffung der Heere, Erzeugung durch Polizei-truppen.

## Wahlen des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

**Münster i. W.** Der Parteitag wolle als nächstjährigen Tagungsort Münster, die Hauptstadt Westfalens, bestimmen.

**Hamburg.** Der Parteitag wird ersucht, als Tagungsort für den nächsten Parteitag Hamburg zu wählen.

**Frankfurt a. M.** Der Reichsparteitag wolle beschließen, den nächsten Parteitag in Frankfurt am Main abzuhalten.

**Frankfurt a. M.** Um die Grundlage für einen erneuten Aufstieg und Aufbau der Partei zu schaffen, insbesondere die Mitgliederzahlen in Einklang mit den bei der letzten Wahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bringen zu können, erwarten wir von den Teilnehmern des Parteitages, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben, und deren Vertrauen besitzen. Bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandmitglieder ist dies nicht mehr der Fall.

## Sonstige Anträge.

**Rheinhausen.** Der Parteitag nimmt Stellung zur rheinischen Jahrtausendfeier und verurteilt entschieden, daß namhafte Führer der Partei die Aufrufe hierzu unterschrieben haben.

Der Parteitag sieht die Aufgaben der führenden Genossen darin, die Ideen des Sozialismus zu propagieren und nicht den nationalitätlich-bürgerlichen Kummel der Jahrtausendfeier zu unterstützen.

**Berlin.** Der internationale Frauentag, beschlossen auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910, findet, wie in anderen Ländern, fortan auch in Deutschland statt.

**Altenburg (Thür.).** Der Parteivorstand wird beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Esperanto im internationalen Verkehr einzuführen und auf dem Internationalen Kongress in Marseille zur Annahme zu verhelfen.

**Blankensee.** Wir fordern den Parteitag auf, den Parteivorstand zu beauftragen:

zur Anstellung eines esperantotundigen Genossen beim Zentralvorstand,

zur Einladung an alle sozialistischen Parteien der Welt zur Korrespondenz in Esperanto,

zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes in Esperanto an alle sozialistischen Parteien und die gesamte Arbeiterpresse der Welt, zwecks Aufklärung über die innere und äußere Politik der WSPD. und über deutsche Verhältnisse im allgemeinen,

zur Stellung eines Antrages an die sozialistische Internationale für die gleichen Maßnahmen,

zur Verpflichtung aller Angestellten der Partei zur Erlernung des Esperanto innerhalb einer gewissen Frist (1 Jahr, normale Lernzeit ein Vierteljahr),

zur Einwirkung auf die deutschen und internationalen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften in der unter 1 bis 5 geforderten Richtung.

**Breslau.** Schon mehrfach hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihren Parteitagen und bei anderen Gelegenheiten durch entsprechende Beschlüsse ihr Interesse für die Alkoholfrage öffentlich bekundet.

Die wieder ansteigende Alkoholfut fordert unzählige Opfer aus den Reihen des Proletariats. Als Vertreterin der besetzten Klasse erfüllt die Partei nur ihre Pflicht, wenn sie erneut dafür eintritt, daß durch geeignete Maßnahmen dem steigenden Alkoholkonsum ein wirksamer Damm entgegengesetzt wird.

Deshalb beschließt die Partei, durch Aufklärung mit Unterstützung ihrer Presse in dem Sinne zu wirken; wie sie sich auch weiter dafür einsetzen wird, daß neben einem ausreichenden Jugendschutz auch die Bestrebungen, die beispielsweise im Gemeindebestimmungsrecht zum Ausdruck kommen, in jeder Weise gefördert werden.

**Essen.** Der Parteitag in Heidelberg beschließt, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten.

**Heidelberg.** Der Parteitag wolle beschließen: Es ist Pflicht aller der SPD. angehörigen Beamten, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, sofern eine solche für ihre Sparte besteht.

**München.** Um die Bereitstellung von Geldmitteln für Schaffung von Jugendheimen herbeizuführen und sicher zu stellen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, baldmöglichst mit der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, dem ADGB, und dem AFL-Bund in Verbindung zu treten, um die segensreiche Wirkung des Kinderpennings in Deutschland in die Tat umzusetzen. Die Einhebung des Kinderpennings hätte durch das Umlageverfahren wie bei den freien Gewerkschaften zu geschehen. Die Erstellung von Jugendheimen wäre durch Einführung des allgemeinen Kinderpennings sichergestellt und eine Kulturangelegenheit der deutschen Arbeiterklasse der Verwirklichung näher gebracht.

## Freistaat Lübeck

Montag, 24. August

### Potsdamer Allerlei.

**o Republik, was sagste bloß —?**  
Zu Potsdam war wieder mal etwas los!  
Trommelwirbel und Zapfenstreich  
Kamanten im kleinen Kaiserreiche  
zum Gedächtnis des Sieges von St. Privat!  
St. Privat — ??? — Uha!!!

Es war wieder mal ein Schlagertag,  
der in Doorn (na und ob) gefallen mag!  
Wild wogten die Busen (?) der Hofdamen  
und in Inbrunst dem Herrscherhaus Angehörigen,  
als Kommissärs den Lustgarten kloppte  
und der Yorkmarsch stoppte.

**Uhi Kapellen waren versammelt!**  
Ob da nationale Volkslust nicht rammelt!  
Die Garnisonskirchensoldaten radauten von oben,  
daß sämtliche Wilkens sich gerührt erschoben,  
Und als der Friederichs Reg erst erklang,  
da lag man lang!

Und mancher hat sich dann heiß besuecht,  
als fadelumtanzt und bengalisch beleuchtet  
vom Denkmal besiedericht zusah Friederich,  
wie man um ihn ging auf dem Zapfenstreich.  
Es war bei Wolan ein Bombentheater,  
o Doornenvater!

Was soll man noch sagen —! Als Ehrengäste  
waren besonders geladen zu diesem Feste  
Prinz Oskar, Prinz August, Prinz Wilhelm, Prinz Eitel,  
und Veranstanter war — trag' dir den Scheitel! —  
die Potsdamer — — — Reichswehr!!! (o Republik,  
wahrhaftig, du machst eine feine Musik!!!)  
Josef Maria Franz.

### Neuregelung des Straßenverkehrs.

Eigene Verkehrsabteilung im Polizeiamt. — Besondere Ueberwachung im Stadt- und Landgebiet. — Errichtung eines Verkehrssturms.

Das Polizeiamt schreibt uns:

In zahlreichen Aufschriften an das Polizeiamt wird Abhilfe befehlender Mängel im öffentlichen Verkehrsleben gefordert. Wie ein roter Faden zieht sich durch all die berechtigten Beschwerden das Fehlen fast jeder Fahrdisziplin der Radfahrer. Sie fahren auf den den Fahrzeugen und Fußwegen vorbehaltenen Fahrdamm, anstatt auf den für sie mit großen Kosten angelegten und unterhaltenen Radfahrwegen. Sie benutzen dabei, möglichst noch zu mehreren nebeneinander, grundsätzlich die Fahrdammmitte, anstatt sich an die rechte Seite zu halten. Die Regeln des Ausweichens sind den meisten unbekannt. Mit festem Gesicht weichen sie links aus, während elementarste Verkehrslehre lautet: „Rechtsfahren“.

Die Radfahrer bilden in solcher Form eine Gefahr für den öffentlichen, insbesondere Fahrzeugverkehr. Sie gefährden durch ihre Disziplinlosigkeit Fußgänger, überholende und entgegenkommende Fahrzeuge in gleicher Weise schwer.

Zur Abstellung der der Allgemeinheit wie dem einzelnen drohenden Gefahren infolge Mängel der Ordnungsvorschriften wird das Polizeiamt den Straßenverkehr durch

Motorräder im Stadt- wie im Landgebiet überwachen lassen und mit Strafen gegen alle diejenigen Personen, gleichgültig, ob Radfahrer, Karrenschieber, Fuhrwerklenker u. a., vorgehen, die die allgemein gültigen Ordnungsvorschriften für den Verkehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen übertreten.

Es seien daher alle Erziehungsberechtigten, Fuhrherren, Fahrzeugbesitzer, Radfahrer und vereine eindringlich ersucht, ihren Angehörigen schärfste Fahrdisziplin und Beachtung der Fahrregeln zur obersten Pflicht zu machen.

Die Pflicht zum Innehalten der rechten Fahrbahn besteht auch zur Behebung aller Zweifel, auf allen Chaussees, soweit sie im eingemeindeten Gebiet liegen. Für sie gelten also auch die Bestimmungen der lüb. Straßenordnung. Sache der Fuhrhalter sollte es sein, das ihren Fuhrwerklenkern einschärfen und beim Erlösen einer Hupe zuerst und sofort scharf rechts heranzufahren, falls sie dort verbotsmäßig fahren, und sich danach erst erlaubt umzusehen, wer sie aus ihrer beschaulichen Betrachtung wachgepöpst hat.

Die auch vom Polizeiamt beklagten Zustände in der Israelsdorfer Allee, betr. das Aufhören des Radfahrweges an der Curtiusstraße, werden in Kürze dadurch behoben sein, daß mit der Neuanlage eines Radfahrweges begonnen ist. Er wird sich von der Burgtorbrücke ab auf der westlichen Seite des Burgfeldes und an der Westseite der Israelsdorfer Allee bis zu den Sandbergstannen hinziehen und dort, allerdings die Fahrbahn kreuzend in den dort beginnenden bereits vorhandenen Radfahrweg einmünden. Infolge seiner guten Beschaffenheit, günstigen Lage und hinreichenden Breite wird eine wesentliche Entlastung des so viel benutzten Fahrdammes eintreten und dadurch die Verkehrssicherheit an den genannten Stellen wieder größer werden, so daß eine Ableitung des durchgehenden Kraftfahrzeugverkehrs durch die Seitenburgstraße entbehrlich wird.

Durchgreifende Besserung aller Verkehrsverhältnisse wird aber nur möglich sein, wenn die Mehrzahl der geplanten polizeilichen Maßnahmen durchgeführt ist. Die Errichtung eines Verkehrssturmes an besonders verkehrsreichen und Ueberfüllung erweisender Stelle steht bevor. Ausbau und Verbesserung der Ueberführung „Verkehr“ im Polizeiamt geht seiner Vollendung entgegen. Sie wird dann durch eigene Beamte, die während eines Ausbildungslehrgangs bei der Verkehrsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums besonders vorgebildet sind, den Verkehr regeln und dazu besonders ausgerüstet sein. Besondere Auskunftsstellen werden neben den Verkehrsstellen Ortsfremden Auskunft erteilen. Schließlich werden die mit den Länderregierungen im September zu beratenden Richtlinien, die für den gesamten Radfahr-, Fußgänger- und Fahrzeugverkehr einheitliche Regeln für das ganze Reich bringen werden, die Möglichkeit schaffen, dann die schon lange bearbeitete lüb. Verkehrsordnung zu veröffentlichen.

Ehe aber diese Maßnahmen wirksam werden können, muß das Publikum scharfe Selbstzucht an sich üben, insbesondere bedenken, daß der Fahrdamm dem Fahrzeug, der Bürgersteig dem Fußgänger gehört, daß Fahrdamm rechtswirksam ist und daß Ueberqueren gefährlich ist. Hausenbildungen auf Bürgersteigen, an Straßenecken, noch dazu mit Fahrrädern, Koffern usw. sind geschwehrt, also strafbar. Rechtsgehen und Rechtsausweichen sind unerlässliche Anforderungen an Großstädter.

Wenn in solcher Weise Selbstzucht das Publikum mit den Polizeibehörden in Erkenntnis der Notwendigkeit geordneter Verkehrsverhältnisse in den Straßen Hand in Hand arbeitet, werden die heute noch berechtigten Klagen verkommen. Den Polizeibeamten wird dann ihre schwierige Aufgabe erheblich erleichtert werden.

### Von der Lübecker Gütestelle.

In den Monaten Juni und Juli sind bei der Gütestelle des Wohlfahrtsamtes insgesamt 154 Streitigkeiten zwecks gültiger Schlichtung anhängig gemacht worden, davon 108 Mietstreitigkeiten und 46 Streitigkeiten zwischen Hausfrau und Hausangestellten. Es ist gelungen, von diesen 154 Sachen 89 = 57,8 % durch Vergleich zu schlichten. In zwei Fällen = 1,3 % wurde der Antrag zurückgenommen. 44 Sachen = 28,6 % erledigten sich dadurch,

daß die Parteien sich außeramtlich verständigten oder der Streit sonstwie ohne Tätigkeit der Gütestelle sein Ende fand. In 18 Fällen = 11,7 % scheiterte der Vergleichsversuch, und die Parteien mußten an das Gericht verwiesen werden. 1 Sache = 0,6 % wurde als unerledigt in den Monat August übernommen. Diese Zahlen zeigen, daß die Einrichtung der Gütestelle, die in Lübeck auf Grund der Bestimmungen der neuen Zivilprozessordnung errichtet wurde, beim rechtlichenden Publikum Anklang findet und dazu führt, in einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz der anhängig gemachten Fälle eine gültige Erledigung von Streitigkeiten im beiderseitigen Einverständnis herbeizuführen. Anträge auf Einleitung eines Güteverfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten jeder Art werden entgegengenommen im Zimmer 26 des Wohlfahrtsamtes täglich von 10-12 Uhr vormittags und nachmittags von 4-6 Uhr mit Ausnahme von Mittwochs und Sonnabends nachmittags, in Miete und Pachtfragen können entsprechende Anträge im Zimmer 33 des Wohlfahrtsamtes täglich in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags, außer Sonnabends, in Hausangestelltenfragen vormittags von 12-1 Uhr, außer Sonnabends, im Zimmer 19, ab 1. September im Zimmer 8 des Wohlfahrtsamtes gestellt werden.

### Die neuen Versorgungsgebühren.

Nachdem das dritte Gesetz zur Änderung des Reichsversicherungsgesetzes und anderer Versorgungsgeetze vom 28. Juli 1925 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist, hat das Versorgungsamt Anweisung zur Durchführung des Abänderungsgesetzes erhalten. Die umfangreichen Umrechnungsarbeiten werden von dem Versorgungsamt so beschleunigt werden, daß vom 1. Oktober 1925 ab sämtliche Versorgungsberechtigten laufend ihre neuen Versorgungsgebühren erhalten und daß bis zum 1. Oktober 1925 auch die Nachzahlungen vom 1. April 1925 ab, welche allgemein im Postfachwege zugestellt werden, erledigt sind. Im Interesse der beschleunigten Durchführung des Abänderungsgesetzes sind Nachfragen über die neuen Versorgungsgebühren bei dem Versorgungsamt vor dem 1. Oktober 1925 zu vermeiden.

Gleichzeitig wird hierbei bemerkt, daß die Bearbeitung der Anträge auf Auszahlung des einmaligen Betrages von 50 Mark an solche Beschädigte, die infolge einer 20prozentigen Erwerbsminderung aus der Rentenversicherung ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, bis zur Durchführung der Umrechnung zurückgestellt wird. Der Antrag selbst muß vor dem 1. März 1926 gestellt sein. Derselben ist eine Bescheinigung des Arbeitgebers beizufügen, aus der ersichtlich ist, welchen Verdienst der Antragsteller monatlich hat. Inwieweit der Antragsteller nicht im Gehalts- oder Lohnverhältnis steht, muß er in anderer geeigneter Form den glaubhaften Nachweis über sein Monats Einkommen führen.

Wie groß darf die Postkarte sein? Die Höchstmaße für Postkarten des inneren deutschen Verkehrs und nach dem Auslande betragen vom 1. Oktober 1925 ab 14,3 x 10,5 Zentimeter. Postkarten mit größeren Abmessungen bis zu 15,7 x 10,7 Zentimeter können im inneren deutschen Verkehr bis zum 30. September 1927 aufgebraucht werden.

Beizt das Saatgetreide. Die Beizung des Saatgetreides ist in jeder fortgeschrittenen Wirtschaft heute eine selbstverständliche Maßnahme geworden. Da dadurch aber große Mengen Saatgetreide gespart werden und unsere Volkswirtschaft vor Verlusten durch Krankheiten des Getreides bewahrt wird, ist sie auch von großer allgemeiner Bedeutung. Es gibt heute eine ganze Anzahl Beizmittel (nicht der immer noch manchmal gebrauchte Blausäure), die so wirken, daß vielmehr an Saatgut gespart werden kann, als die Beizung kostet. Bei der Winterfaat kommt die Beizung gegen Weizensteibrand, gegen Gerstenkreuzenkrankheit, Gerstenhartbrand und gegen Schneeschimmel in Frage. Auskunft über Beizmittel, Ausführung der Beizung usw. erteilt kostenlos die Hauptstelle für Pflanzenschutz Lübeck (Museum am Dom, Fernspr. 924).

Alte Steingraber in Mecklenburg. Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde unternahm vorige Woche einen Ausflug nach den Raschendorfer Steingravern im

## Svalbard, das neue Polarland.

Spitzbergens Geschichte und Reichthümer.

ml. Norwegen hat auf friedliche Weise und ohne irgend eine Gegenleistung ein Land erworben, das so groß wie Bayern ist. Es hat in diesen Tagen Spitzbergen übernommen, das bisherige Niemandsland im hohen Norden, dem es gleich dem neuen norwegischen Namen Svalbard beigelegt hat. Die Festlichkeiten, die anlässlich dieser Gebietserwerbung im ganzen Land stattgefunden haben, zeigen, daß man den Erwerb in Norwegen nicht nur als eine Formel, sondern als eine wertvolle Vermehrung des nationalen Besitzes betrachtet, und in der Tat kann sich der skandinavische Staat zu diesem friedlichen Erfolge seiner Politik nur beglückwünschen. Denn Svalbard, oder Spitzbergen, wie man unter Beibehaltung des alten niederdeutschen Namens, wie man wohl auch weiter sagen wird, ist keineswegs eine weltverlassene, wertlose Gegend unter einem Himmelsstrich, unter dem sich die Polarische Gutenacht sagen. Das war einmal. Gemäß ist das bis zu 600 Meter hohe Inlandeis der Inselgruppe auch heute noch unzugänglich, und an irgendeiner noch so bescheidenen Ausbuchtung der Bodenoberfläche ist selbst in den wärmsten Küstenstrichen nie zu denken, weil selbst die höchsten sommerlichen Tagestemperaturen nur höchst selten einmal über 7 bis 8 Grad Wärme steigen. So beträgt auch die monatliche Durchschnittswärme im Juli, dem wärmsten Monat, nicht einmal 5 Grad C, und bei einer solchen Temperatur wächst auch nicht die allerbescheidenste Pflanzflora. Aber der Wert von Spitzbergen liegt nicht auf der Erde; er liegt unter der Erde, wo man neuerdings die Kohlenförderung in großem Umfang aufgenommen hat.

Wie kommen Kohlen in ein Land, das zwischen 76 und 80 Grad nördlicher Breite liegt, und das infolgedessen ausgesprochen arktisches Klima hat? Wegeners neue Theorie von der Wanderung der Kontinente gibt uns darauf eine durchaus befriedigende Antwort. Der Spitzbergen-Archipel hat eben nicht zu allen Zeiten in der Nähe des Pols gelegen, ebenso, wie auch der gewaltige arktische Kontinent nicht immer am Südpol gelegen hat. Vor unzähligen Millionen Jahren, als in der Sekundärzeit der Erde die gewaltigen Farnwälder blühten, deren Versteinern sie allmählich zur Kohle hat werden lassen, auch die Oberfläche unseres Planeten nicht einmal annähernd seiner gegenwärtigen Gestalt mit ihrer Verteilung von Land und Wasser. Da, wo heute die Ozeane endlos sich ausdehnen, mögen dereinst weite Landgebiete gewesen sein; wo sich jetzt Festländer befinden hat früher das Meer gerauscht. So müssen auch die heutigen Polarländer einmal in niederen Breiten der Erde gelegen haben; denn es ist nicht annehmbar, daß sich seit der Erstarrung unseres Planeten zu einem festen, starren Körper das lediglich von der Sonne abhängige Klima in den verschiedenen geographischen Breiten grundlegend geändert hat. Um das anzunehmen, müßte man voraussetzen, daß sich die Ekliptik, die Ebene, in der sich die Erde um

die Sonne dreht, verändert hätte, was aus mathematischen Gründen durchaus von der Hand gewiesen werden muß. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß gerade in den, den Erdpolen am nächsten liegenden Ländern gewaltige, höchst wertvolle Kohlenlager vorhanden sind, und deshalb wird es vermutlich nicht mehr allzu lange dauern, bis alle bisherige Niemandsländer einen Herrn haben werden.

Spitzbergen ist durch den Einfluß der Golfstromtrift von allen arktischen und antarktischen Ländern klimatisch noch am meisten begünstigt. 40 Grad Kälte sind wohl das Äußerste, was in den westlichen Küstengebietern bis nahe an den 80. Breitengrad an Winterfalte zu ertragen ist; ebenso kalt wird es fast jeden Winter im skandinavischen Gebirge, in Nordrußland, in den fruchtbaren Teilen Sibiriens und des nördlichen Kanada, wo Großstädte wie Winnipeg blühen und gedeihen. Freilich wird es in Winnipeg im Sommer heißer als in Mitteleuropa, und auch die Sonne macht sich dort im Winter nicht monatlang unsichtbar wie in der arktischen Ginde Spitzbergens. Aber man sieht, daß die Kälte allein die Besiedelung Spitzbergens nicht unmöglich macht. Viel schlimmer für den Menschen ist die Polarnacht, die allerdings bei wolkenlosem Himmel durch die Pracht der Nordlichter phantastisch erhellt wird. Im übrigen gibt es da, wo Kohle ist, natürlich auch elektrisches Licht, und deshalb läßt es sich in den Grubenarbeiter-Siedlungen auf Spitzbergen auch während des Winters leben, obwohl die ununterbrochene Winternacht im Grubendistrikt vom 26. Oktober bis zum 17. Februar dauert. Dafür herrscht dort auch vom 19. April bis zum 24. August ununterbrochen Tageshelle, und die Winternachtsonne versinkt während dieser mehr als vier Monate nicht unter dem Horizont.

Spitzbergen wurde im Jahre 1596 von dem Holländer Vareny entdeckt und zuerst Neuland (neues Land) genannt. Den Namen Spitzbergen erhielt es erst später, weil aus der Gegend des Inneren schroffe, spitze Berggipfel hervorragten, die aber nicht allzu hoch sind. Die größte Erhebung ist die Neumont-Seige unter 79 Grad nördlicher Breite mit 1750 Meter. Um den Besitz von Spitzbergen wurden schon im 17. und 18. Jahrhundert zwischen Engländern, Holländern, Dänen und Franzosen blutige Kämpfe ausgefochten, die sich gegenseitig das Vorrecht des Walffischfangs und Robbenschlages streitig machten. Diese Kämpfe hörten später von selbst auf, weil die Walffischfänger und Robbenschläger die wertvollen Tiere in diesen Gewässern teils ausgerottet, teils verschleudert hatten. Deshalb ergiebiger Jagdgründe in anderen Meeresgebieten suchten. Damit hatte Spitzbergen aber seinen damaligen Wert für die Kulturwelt eingebüßt und es wurde das Niemandsländ, nach dem keine Nation mehr Verlangen trug. Das änderte sich, als am Ende des 19. Jahrhunderts die von den Norwegern schon früher auf Spitzbergen entdeckten Kohlen durch eigens zu diesem Zweck gegründete Industrie-Gesellschaften abgebaut zu werden begannen. Der erste bescheidene Versuch dazu wurde 1896 von einer Gesellschaft mit dem Sitz in Drontheim gemacht. Zwar richtete ihre Mittel nicht weit, aber es gelang,

in dem kalifornischen Bergwerksbesitzer Edward Longyear einen Kapitalträgen Leihhaber zu finden, der eine rund eine Million Dollars in das Unternehmen steckte. Nun begann der Kohlenabbau sich zu rentieren, und an der Advent-Bay entstand als bald eine kleine Siedlung von Bergarbeitern, die den Namen Longyear-City erhielt. Es ist die nördlichste Stadt der Welt und wird es auch bleiben, weil nirgendwo anders in der Polarzone so nahe dem Pol noch Lebensbedingungen für Menschen gegeben sind. Die kleine Barackenstadt ist sehr regelmäßig gebaut und hat eine breite Hauptstraße, deren Häuser, durchweg zweistöckig, aus größtem norwegischem Bauholz gemauert sind. Daß jeder Raum elektrisch beleuchtet ist, ist selbstverständlich; denn der Strom kostet so gut wie nichts, weil Kohlen ja das Lebenselement in dieser Siedlung sind. Aber es ist auch Wasserleitung und Kanalisation vorhanden und weitere sanitäre Anlagen sind kaum erforderlich, da es auf der Erde wohl kaum noch eine zweite so gesunde menschliche Siedlung gibt. Denn die Luft ist staubfrei, und, was noch wichtiger ist, völlig frei von Bakterien, was mit der niedrigen Temperatur zusammenhängt. Das gilt auch für die Bergwerke selbst, in denen die Temperatur stets 6 Grad unter Null zeigt. Dabei finden die Bakterien keine Lebensmöglichkeit. Für die Bergarbeiter ist diese Temperatur unvergleichlich angenehmer als die 25-30 Grad Hitze, wie sie in den Schächten mitteleuropäischer Bergwerke herrschen. Der Arbeiter vor Ort gerät bei dieser Temperatur auch bei der größten körperlichen Anstrengung nie in Schweiß und fühlt sich, nachdem er sich einmal an die Kälte gewöhnt hat, körperlich dabei außerordentlich wohl. Allerdings gibt es auf den Gruben von Spitzbergen keine Fördertürme wie in den Bergwerken der gemäßigten Zone. Denn die Kohlenzüge liegen so hoch, daß es gar nicht notwendig ist, in das Innere der Erde einzudringen. Man steigt auf bequemem Pfad zu der seitwärts in den Berg führenden Einfahrt, und man findet zu seiner Verwunderung im Innern der Stollen alles schneefrei, weil der Wasserdampf sich überall in Gestalt von Eiskristallen niederschlägt. Das Licht der Bergarbeiter entzündet in diesen Kristallen Myriaden von glühenden Reflexen, und daher gibt es hier auch keine kohlengeschwärzten Bergleute. Die Arbeiter bleiben bei ihrer Tätigkeit sauber; der Abbau ist überdies leicht und ungefährlich; denn es gibt weder schlagende Wetter, weder Wassereinträge noch Einsturzgefahr. Die gefährlichen Gruben-gase sind zwar ebenso wie der nicht minder gefährliche Kohlenstaub auch hier vorhanden; aber man macht beides auf die einfachste Weise von der Welt unschädlich. Wird ein neuer Stollen gegraben, so pumpt man einfach Wasserdampf hinein, der sich in Gestalt von Eis an allen Wänden und in allen Ritzen niederschlägt. Durch diesen Eispangas, der den Kohlenstaub bindet, bringen auch die schlagenden Wetter, sofern solche vorhanden sein sollten, nicht durch.

Auf sechs bis sieben Milliarden Tonnen bester Kohle wird das Vorkommen allein auf der Südwestinsel geschätzt. Das ist für das Kohlenarme Norwegen ein Erwerb, um den es sich wahrlich zu feiern lohnt hat.

# Reichsbezirksvertretertag der Berufsfeuerwehrmänner.

Zweiter Tag.

E. F. Lübeck, 22. August.

Ueber die

## Organisationsfragen

referierte Kollege Müller-Berlin. Er gab einen Bericht der Verhandlungen mit den beteiligten Instanzen, nämlich der Beamtensektion des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes, der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten und des Verbandes der Berufsfeuerwehrmänner. Nach sorgfältigem Erwägen des Für und Wider lehnte er eine Verschmelzung ab.

Die Aussprache verlief sehr bewegt. Für eine Verschmelzung sprachen sich unter Anziehung äußerst interessanter Materials Stetter, Weikmaier, Theel, Grollmus, sämtlich aus Berlin, Schulz und Thiede aus Hamburg aus. Den abweichenden Standpunkt vertraten die Kollegen Lüdtke, Maas, Geierabend, Pittkow, Pfeiffer usw. Die Besorgnis vor Zersplitterung bei einer Umstellung war für die Gegner der Verschmelzung ausschlaggebend. Dagegen ist doch das Spiel der Unternehmer ganz offensichtlich: keine Besoldungserhöhung, Ausbau des Berufsbeamtenums für die unteren Gruppen und verlässlicher Arbeitszeit. Schließlich wurde nach vielstündiger Debatte folgende Entscheidung angenommen:

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft ist unerträglich geworden, nicht zuletzt durch das beamtenspezifische Verhalten der D.B.A.-Vertreter im Deutschen Reichstag und der Untätigkeit des D.B.A.

Der am 21. und 22. August 1925 tagende Reichsbezirksvertretertag des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner stellt daher fest, daß eine wirksame Vertretung und soziale Besserstellung der unteren und mittleren Beamtengruppen nur möglich ist durch den Zusammenschluß des D.B.A. R.D.A. I und Beamtensektion des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu einem selbständigen Verbande und beschließt:

1. Urabstimmung darüber vorzunehmen.
2. Stimmen die Mitglieder für den Zusammenschluß, dann sollen gleichzeitig mit dem nächsten Verbandstage des D.B.A. auch die Vertreter der R.D.A. I und die Beamtensektion des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in demselben Orte zu einer Tagung zusammenzutreten, um den Zusammenschluß zu vollziehen.
3. Um die in den Kreisen der beteiligten Verbände noch vorhandenen Unklarheiten zu beseitigen, die dem Zusammenschluß entgegenstehen, finden im Anschluß an den jetzigen Reichsbezirksvertretertag in allen Bezirken Konferenzen und Versammlungen statt, auf denen die Frage des Zusammenschlusses erörtert wird. Zu diesen Konferenzen und

Versammlungen sind Vertreter der beteiligten Organisationsinstitutionen mit beratender Stimme zuzulassen.

Es soll also versucht werden, eine eigene Organisation der drei beteiligten Verbände zu bilden. Ein Fortschritt ist also doch zu verzeichnen.

Unter den noch vorliegenden

## Anträgen

wurde u. a. die Haftpflicht der Chauffeure bei der Feuerwehr behandelt. Dieser Antrag wurde dem D.B.A. überwiesen.

## Schutzlohn, Löhne und Gehälter.

Unter Verschiedenem wurde als letzter Punkt die Frage der Schutzlöse und ihre Wirkung auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter und Beamten angeschnitten. Der Vertretertag nahm hier zu einstimmig folgende Entscheidung an:

Die am 21. und 22. August 1925 in Lübeck versammelten Vertreter des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner erheben schärfsten Protest gegen die von der Mehrheit der deutschen Volksvertretung unter Vergewaltigung der Minderheit und unter Nichtbeachtung der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen beschlossenen Schutzlöse und Steuern. Sie setzen die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Tatsache, daß durch diese Beschlüsse schon jetzt Löhne und Gehälter entwertet und Gesundheits- und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und unteren Beamten auf das schwerste bedroht sind. Sie erwarten deshalb, daß die Reichsregierung, trotz aller Beeinträchtigungsversuche durch die Arbeitgeberverbände, die Erkenntnis nicht verschließen kann, daß sowohl der Reichsminister der Finanzen möglichst bald eine der Teuerung entsprechende Erhöhung der Beamtengehälter herbeiführen, als auch der Reichsarbeitsminister die Schlichter anweisen muß, daß sie bei den Verhandlungen über Arbeitslöhne ihren Einfluß für eine ausreichende Würdigung der eingetretenen Teuerung geltend machen müssen.

Sodann wurde noch beschlossen, daß die Ausstellung in Düsseldorf im Juni 1926 beschickt werden sollte.

Die Tagesordnung war somit erschöpft. Warme Worte der Anerkennung und des Dankes fanden noch die Kollegen Grollmus als Versammlungsleiter und Frost als Vertreter des D.B.A. Die Tagung wurde gegen 6 1/2 Uhr abends geschlossen.

\*

Druckfehlerberichtigung. Im Bericht vom ersten Verhandlungstag muß es im vorletzten Absatz nicht 5, sondern 50 Pro. heißen.

## Neuerwerbungen der Öffentlichen Bibliothek.

Romane, Erzählungen, Dramen.

- Diers, Marie. Die Patienten des Doktor Ungemach. Klein-  
stadroman.  
— Die Stiefmutter der Sittewind. Roman.  
Dostojewski, F. M. Der Spieler. Roman.  
Elsfeld, S. Der eiserne Wagen. Roman.  
— Tausend Eisen im Feuer. Roman.  
Engel, G. Die Mauer. Roman.  
Fischer, Marie Renate. Das Patentkind. Thüring. Roman.  
Gerhard, Abela. Die Familie Wanderingen. Roman.  
Gothelf, J. Kurt von Koppigen. Erzählung.  
Grautoff, D. Ezentrische Liebes- und Künstlergeschichten.  
Guillaumin, E. Ein Kampf um die Scholle. Roman.  
Halbe, M. Die Insel der Seligen. Komödie.  
Hinrichs, A. Die Harzies. Roman.  
Hofer, C. Der Alte von Mentendorf. Roman von der Water-  
kant.  
Horn, S. Der arme Buchhändler. Roman.  
Huch, R. Max Gehbard. Roman.  
Jegerlehner, J. Marnano. Erzählung.  
— Die Schloßberger. Geschichte einer Jugend.  
Jensen, M. Die Namenlosen. Roman.  
Unter flatternden Fahnen. Deutsche Soldatengeschichten. 2 Bde.

## Reisen und Völkerkunde.

- Lewin-Dorisch, Hannah. Die Technik in der Urzeit und auf pri-  
mitiven Kulturstufen. I. 1: Das Feuer. Der Wohnungsbau. I. 2: Cunow, S. Nahrungsbeschaffung und Er-  
nährung. I. 3: Cunow, S. Entstehung der Waffen.  
Körperkunde. Lewin-Dorisch, S. Die Technik der Be-  
kleidung. 1922.  
Park, M. Vom Gambia zum Niger. 1924. (Mitte Reisen und  
Abenteuer 12.)  
Polo, M. Am Hofe des Großkhans. 1924. (Die 11.)  
Roosdoff, L. Jägerfreuden. 1907.  
Stejanison, R. Jäger des hohen Nordens. 1924. (Reisen und  
Abenteuer 28.)

## Natur und Mensch.

- Bölsje, W. Tierseele und Menschenseele. 1924.  
Grotzer, K. Unter Wald. 1907.  
Gürtner, S. Rassenkunde des deutschen Volkes. 1923.  
Hofmann, C. Der Schmetterlingsfreund. 1892.  
Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften. Hrsrg. v. A.  
Schlatterer. Ja. 32. 1922.  
Lohr, C. Physiologische Weltbilder. 1911.  
Linte, F. Ist die Welt bewohnt? 1910.  
— Kann die Erde untergehen? 1911.  
Pipich, A. Die Arbeit der Muskeln. 1912.  
Reyer, M. W. Auf der Sternwarte.  
Zell, L. Seelenleben unserer Haustiere. 1922. (Kongs Jugend-  
Bücher.)

## Technik.

- Aderer, J. Das Rotorship u. seine physikal. Grundlagen. 1925.  
Barth, M. Ueber den Dieselmotor, seine Erprobung und seine  
Triebmittel. 1915.  
Bauer, S. Katakisimus der Buchbinderei. 1899.  
Behr, H. W. Von der Faser zum Gewand. 1924.  
Bodemüller, A. Schiffsmaschinen, deren Berechnung und Kon-  
struktion. 1923.  
Boehmer, J. Altinge und Weilen. Randsumpfplaudereien. 1924.  
Du Bois-Reymond, A. Erfindung und Erfinder. 1906.  
Görner, H. v. Der allzeit fertige Holzberechner nach Meter-  
Majhoffem. 1891.  
Herrmann, J. Radiotechnik. 1924.  
Korn, A. Bildtelegraphie. 1923. (E. Köhler.)  
Krafft, C. Mägen und Funken. 1924.  
Kriger, K. Die Selbstfertigung von Radioapparaten. 1924.  
Langsdorff, W. v. Das Selbstfertigung für Sport u. Reise. 1924.  
Magnum, C. Schiffs- und Leben. 1924.  
Reyer, C. Der Radio-Amateur. 1924.  
Reumann, S. Die Motoren für Gas u. flüssige Brennstoffe. 1921.  
Scherhag, A. Die Gasmotoren. (Techn. Unterrichtsbriefe.  
Schleicher, F. Einführung in die Lehre von den Gasmotoren.  
(Die 1.)  
Thielmeier, C. Photographie in einer Stunde. 1924.  
Tzara, S. Die Verkehrs- und Nachrichtenmittel im Kriege. 1911.  
Wittmann, A. Die Amerikafahrt der J. K. III. 1925.  
Wolf, G. Dechsaumittelung und Dechsaumittelungen. 1902.

Jamelor Forst bei Grevesmühlen i. Meckl. Von ihnen ist das eine, von dem im Norden Deutschlands vorhandenen, das größte. Ein mächtiger Steinwall umgibt den gut erhaltenen Hügel, der die von riesigen Steinblöcken bedeckte Grabkammer enthält. Selbst wer unser nicht kleines, schönes Waldhüsen Hühnenrad kennt, wird überrascht von dem gewaltigen Eindruck dieses Grabdenkmals der Vorzeit. Der Vereinsvorsitzende Herr Dr. Kerschmar gab erläuternde Mitteilungen über die Steingräber und ihre Geschichte. Ein kurzer Weg führte zu einem anderen von einem einzigen ungeheuren, auf kleineren Steinen ruhenden Steinriesen gebildeten Steingrabe, das rings von Tannen umgeben, einen besonders schönen Anblick gewährte. Dann ging es zurück auf die andere Seite der Chaussee. Auch hier fanden sich Gräber der gleichen Art, leider nicht so gut erhalten. Es ist zu bedauern, daß es eine Zeit gegeben hat, die so wenig Achtung vor diesen gewaltigen Zeugnissen der Kraft und der Totenachtung unserer Vorfahren belassen, daß sie diese Stätten zerstörten, die Steine zertrümmerten und für Chausseebauten verwenden konnten. Durch den Ewerstorfer Forst gelangten die Teilnehmer durch prächtigen Buchenwald zu einem beim Kreuzweg Ewerstorfer-Hoikendorf gelegenen Denkstein vom Jahre 1391, der zur Lühne für den hier gebliebenen Wismarer Bürger Lüdtke Moellenburch gesetzt ist. Der gut erhaltene Stein trägt auf beiden Seiten Reliefs der Kreuzigung und Inschriften über die Ursache der Errichtung des Steins. Zum Schluß führte die Wanderung durch das Dorf Hamberg auf den dabei gelegenen 100 Meter hohen Jersberg. Er gewährt einen prächtigen Blick über die Grundmoränenlandschaft des „Rücker Ortes“. Man sieht eine große Zahl von Driftsteinen, den Santower See, den Ploggen-See bei Grevesmühlen und in der Ferne die Ostsee. In Grevesmühlen fand sich noch die Zeit, die Kirche zu besichtigen. Sie stammt in ihrem ältesten Teil aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, hat aber im Laufe der Zeit durchgreifende Umbauten erlebt und 1870/72 eine Erweiterung des Chorraums erfahren. Bemerkenswert ist eine sonst schmucklose, aber durch ihren gefälligen Aufbau ausgezeichnete Sandsteinfunde (Taufe) und eine Reihe älterer Grabsteine.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr unterhalb der Johannisstraße—St.-Johannis. Dort fuhr ein Kohlenwagen und ein Feuerwehrauto ganz langsam des Weges. Plötzlich kam hinter dem Kohlenwagen der vierjährige Rudi Krakau hervorgelaufen und geriet vor den Räder des Feuerwehrautos, das mit etwa 1 Kilometer Geschwindigkeit fuhr. Der kleine Junge kam zu Fall und erlitt eine kleine Gehirnerschütterung. Er wurde durch das Feuerwehrdienstauto sofort ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. Den Chauffeur trifft keine Schuld.

Immer im Beruf. Als Sonnabend nachmittag ein aller Herr durch einen unglücklichen Fall unter einen der Holstentrape passierenden Straßenbahnwagen zu liegen kam, griff ein Hamburger Feuerwehrmann, der als Gast an der Tagung der Berufsfeuerwehrlente teilnahm und gerade des Weges kam, herzuhaft zu und befreite den Mann aus der Gefahr eines ihm drohenden großen Unglücks.

pb. Als eine mehrfache Haushälterin erwies sich eine 25jähr. Frau von hier. Sie hatte ihrem in Lünenhagen wohnhaften Arbeitgeber verschiedene Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckstücke usw. gestohlen und ist dann flüchtig geworden. Ein 21jähriger Arbeiter von hier, der der Haushälterin wahrscheinlich Beihilfe geleistet und sogar schon einen Teil der gestohlenen Kleidungsstücke auf dem Leibe trug, wurde wegen Begünstigung festgenommen.

Badeanstalt Falkendamm. Die Temperaturen betragen: Wasser 18 1/2, Luft 19 Grad Celsius.

## 100 Prozent Friedensmiete.

Für Räume zu gewerblichen Zwecken 110 Prozent.

Zur allgemeinen Teuerung, die seit Wochen mit aller Heftigkeit einsetzt und die ab 1. September mit Einführung der Zölle sich noch kräftiger auswirken wird, tritt nach einem Senatsbeschluss am 1. September die volle Friedensmiete in Kraft. Begründet wird die 15prozentige Steigerung mit der Aufwertung der Hypotheken und der Steigerung der Kosten der Instandsetzungsarbeiten der Häuser. Nach der Begründung, die das Wohlfahrtsamt dieser Mietzinserhöhung beibringt — wir werden sie morgen im Wortlaut veröffentlichen — können die Mieter noch froh sein, daß der Senat nicht über 100 Prozent hinausgegangen ist. Also tut Geld in den Bente! wenn Ihr welches habt.

## Achtung, Rentner!

Eine Versammlung familiärer Invaliden-, Witwen- und Rentenrentner findet Dienstag abend 8 Uhr im Gemeindefestsaal statt. Gauleiter Kirch-Hamburg spricht über Soziale Fürsorge. Zu dieser Versammlung sind alle Rentner eingeladen. Auch die übrige Arbeitererschaft wird ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. Jeder Berufstätige kann in die Lage kommen, die „Wohltaten“ der Rentnerfürsorge am eigenen Leibe zu verspüren.

## Die Maul- und Klauenseuche und deren Bekämpfung.

Man schreibt uns:

Nachdem alle Mittel, selbst die Professor Löffler'sche Impfung, sowie alle Abwehrmaßnahmen und viehseuchenpolizeilichen Anordnungen gegen die Seuche verjagt, scheint der Staat endlich der Theorie des Direktors Ernst Albert, die er schon 1911 nach seiner Entdeckung in Klantenje aufgestellt, Gehör spenden zu wollen. Die Theorie beruht bekanntlich darauf, daß eine Fliege Hematobia stimulans, von ihm „Spaltinsekten“ benannt, der hauptsächlichste Überträger des Erregers ist. Trotz vielerlei Anfeindungen blieb Ernst Albert in all den Jahren durch Wort und Schrift und durch seine Erfahrungen bei seiner Behauptung und experimentierte sogar durch Einimpfung der Seuche am eigenen Leibe unermüdet weiter, wodurch er der Wissenschaft endlich den rechten Weg zur Bekämpfung und Heilung der Seuche zeigen konnte. Wie im Bacteriologischen Institut in Berlin von Dr. Kirstein, durch Professor Stauffer in Traunfeld, vom Pasteurischen Institut in Paris, in Keunort usw. festgestellt, wird die Seuche, ebenso wie bei den Krankheiten in Arisa, nicht durch Bazillen, sondern durch Urinieren (Protozoen) veranlaßt, wobei die Fliegen, vor allem die Albersche Spaltinsektenfliege, die Überträger sind. Durch seine Fliegenimpfungen hat Ernst Albert stets die Seuche vorausgesagt, auch jetzt, wo sie wieder ausbricht und katastrophale Folgen haben kann.

Sein Verfahren der Bekämpfung beruht nun darauf, daß er die Fliegenbrut vernichten will. Durch jahrelanges Ausprobieren hat er die Zusammenfassung des sofort wirkenden Lösungsmittels der Fliegenbrut gefunden und bedarf es nur der radikalen Einführung dieser Methode, verbunden mit der Hygiene aller Viehhäute, um die Seuche auszurotten.

Kampagne Entomologen, u. a. Dr. Danneel, Dr. Haniß-Hamburg, sind von seiner Theorie überzeugt und die Staatl. Forstverwaltung auf der Insel Riems und das Ausland, vor allem Amerika, Schweden, Rußland, verfolgen mit Spannung die weitere Entwicklung, und wird Ernst Albert demüßigt den Beweis seiner Theorie dem Staat durch das Experiment der Heilung zeigen, nachdem er in einer biologischen Studie bereits die wissenschaftliche unumgängliche Tatsache festgestellt. Leider haben sich die Verhandlungen bisher immer verzögert, aber jetzt sind sie wieder eingeleitet. Mögen sie zum Ziele führen!

## „Die Gefahren der Zugaben.“

Das Lockmittel der Zugaben, die auf Gutshöhe „geschenkt“ werden, ist im Grunde genommen nur ein Mittel zur Preisverschleierung und muß im Interesse aller Konsumenten wie des realen Handels außer schärfste bekämpft werden. Und wenn auch bei uns in Deutschland der Zugabeunfug noch nicht wie in Oesterreich bis zur Trübungsbildung „gebildet“ ist, so müssen auch unsere Konsumenten sich gegen den Kampf gegen die Zugaben energisch führen. Die Gründe hierfür legt sehr klar ein Flugblatt der schweizerischen Konsumentenvereine, die erfolgreich gegen das Zugabe, bei ihnen Prämienscheinwesen, ankämpfen. Es heißt in diesem Flugblatt:

„Warum sind wir Gegner der Geschenkartikel? Prämien und Geschenke werden nur verabsolgt, um die Interessen der Lieferanten zu fördern. Durch die Geschenkbefragungen soll der Käufer an die betreffende Marke gefesselt werden; er opfert also einen Teil seiner Kaufkraft. Konsumentenvereinigungen und Händler werden bei allfälligen Anfeindungen mit den Lieferanten von Geschenkartikeln der Wechsel erschwert, weil die Konsumenten auf die Fortsetzung der Geschenkartikel rechnen. Da die Konsumentenvereinigungen zum Zwecke haben, den Mitgliedern das zum Leben Notwendige in guter Qualität zum gerechten Preise zu beschaffen, müssen sie sich aber jederzeit die Freiheit wahren, den Lieferanten zu wechseln, wenn dieser den gestellten Anforderungen nicht entspricht. Der Wert der Zugaben ist im Warenpreis gut kalkuliert. Der Konsument muß demnach eine Ware bezahlen, die er nur in den seltensten Fällen nötig hat und die er bei Bedarf lieber nach seinem Geschmack austauschen würde. Die Geschenkbefragungen veranlassen also die Konsumenten zu unnützen Geldausgaben. Bei den Geschenkartikeln läuft man Gefahr, daß nicht die benötigte Ware, sondern das beilege Geschenkbefragungen der Auswahl ausschlaggebend wird. Das schließt die Gefahr der Qualitätsverschlechterung in sich. Eine Ware, die zu ihrer Empfehlung die Zugabe von Geschenken nötig hat, eignet sich nicht für sorgfältig rechnende Haushaltungen.“

Die österreichische Konsumpresse stimmt diesen schweizerischen Ausführungen durchaus zu. Die deutschen Konsumvereine werden auch ihrerseits sich anschließen, da das Zugabewesen je länger, je mehr auch sie gefährdet. Es versteht sich übrigens von selbst, daß der real Handel, der den Zugabeunfug nicht oder höchstens unter dem Druck der Konkurrenz mitmacht, von diesen Geschäftsmethoden ebenso geschädigt wird wie die Konsumentenvereine. Auch er sollte sich deshalb dagegen zur Wehr setzen. Der Verband Lübecker Einzelhandelsvereine hat sich, wie gemeldet, gegen das Zugabewesen ausgesprochen.

## Die Reaktion in der deutschen Schule.

Daß unter den beamteten „Erziehern“ deutscher Jugend manchher Republikaner wider Willen ist, wissen wir. Trotzdem muß man sich wundern, bis zu welcher Unvorsichtigkeit sich diese Egoisten republikanischer Staatsordnung versteigern. Die beiden folgenden Beispiele aus dem Jahre 1925 zeigen, daß wir leider immer noch ein wachstames Auge in der Schule haben müssen, damit im Sinne unserer Reichsverfassung unterrichtet wird. Ein kaum glaublicher Fall von zeitgemäßem (!) Unterricht wird aus Schlesien berichtet: Der Breslauer Lehrer Siekmann diktierte seinen Kindern (1925!) folgenden:

„Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, zu dem 26 Staaten gehören. Das Oberhaupt ist der König von Preußen. Er gibt Befehle für Meer und Marine. Er ernannt Beamte, eröffnet und schließt den Reichstag. Er kann Krieg führen und Frieden schließen. Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der deutschen Bundesfürsten. Der Reichstag wird in gleicher Abstimmung vom Volke gewählt. Es gibt 397 Abgeordnete. Jeder, der 25 Jahre alt ist, kann wählen und gewählt werden. Sind die Befehle angenommen, so verkündet sie der Kaiser. Der höchste Beamte ist der Reichkanzler.“

Ein Kommentar ist wohl überflüssig; man hat das Empfinden, der Fall ist hoffnungslos. Man spürt etwas von der Macht, gegen die die Götter selbst vergebens kämpfen. Bekannt ist auch das bereits im Volksboten gebrachte Vorkommnis in Oerach in Baden, wo der Lehrstufenreferent Buchenmüller die Reichsverfassung als Machwerk der Schieber und Juden hinstellte und die Reichsärzten verächtlich machte. Der famose Jugenderzieher wurde sofort seines Amtes enthoben. Ich glaube, man hat alle Veranlassung, solche symptomatischen Fälle der Defizienten zu unterbreiten. Solche zurückgebliebenen „Jugenderzieher“ müssen

Knackstern eines besseren belehrt werden, am richtigsten in der Art, wie es beim Fall Buchenmüller geschehen ist.

Die wirkungsvollste Waffe im Kampf gegen die Reaktion in der Schule: Die Vertretung der Eltern in Elternräten ist ja leider, trotz des Drängens unserer Mitglieder in Senat und Bürgerchaft, hier in Lübeck noch nicht wirksam.

Ein republikanischer Schulfreund.



Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannstraße 18, 1. Telefon 2443.

Druckstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr Sonntags nachmittags geschlossen.

Donnerstag, den 27. August, abends 7 Uhr Vorstandssitzung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Jugendchor. Montag, 24. August, abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Königstr. 97.

Sterbetafel des Sozialdemokratischen Vereins

Gestorben ist am 21. August der Genosse Schneider Heinrich Göllnik.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Bauerehrliche! Umgeben für die Fahrt nach Püschow bis Spät-

polgarbeiter-Verein (Jugend). Versammlung am Donnerstag, dem 27. ds. Mts.,

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

H. Eutin, Arbeiterwohlfahrtskonferenz. Am Sonntag tagte hier eine vom 3. Partei-Unterbezirk einberufene Konferenz, die sich mit der Bildung von örtlichen und Kreis-

Schleswig-Holstein

Holtenau. Neun Schiffbrüchige gelandet. Am Sonnabend früh trafen in Holtenau an Bord des deutschen Dampfers „Amalia“ Kapitän Schulz, der Kapitän Bard und acht Mann der Besatzung, darunter die Stewardess der finnischen Bark „Elna“, beheimatet in Nyköt (Finnland) ein.

Dannover

Wilsede. Mord und Selbstmord. Sonnabend erlösch ein junger Mann aus Hamburg in einem Walde bei Ehrhorn (in der Nähe von Wilsede) seine 18jährige Geliebte.

Der Staffellauf der bürgerlichen Turner zum Hermannsdenkmal.

Eine schwarz-weiß-rote Demonstration.

Der „Staffellauf der deutschen Turnerschaft“ zum Hermannsdenkmal bei Detmold, an und für sich eine rein sportliche Veranstaltung eines bürgerlichen Turnerbundes, ist nun glücklicherweise, wie so viele andere Turner- und Sängerveranstaltungen der letzten Zeit, von dem nationalitätlichen Teil der Arrangements zu einem großen schwarz-weiß-roten Nummel umgebogen worden.

Die sportliche Leistung des Staffellaufes ist aller Ehren wert. 120 000 Turner und Turnerinnen trugen auf 16 Haupt- und zahllosen Nebenläufen von mehr als 18 000 Kilometern Urkunden nach Detmold, die von Persönlichkeiten, die dem deutschen Spießbürger besonders verehrt sind, erscheinen, von Städten und Vereinen gestiftet waren.

Am Sonnabend fand in Detmold zu Ehren des Staffellaufes ein halbes Dutzend Begrüßungsfeiern statt, denen sich am Sonntag die große Feier am Hermannsdenkmal anschloß. Sie wurde eingeleitet, wie das so üblich ist, durch eine große Morgenandacht. Die Hauptstadt des Freistaates Lippe-Detmold hatte zu Ehren des Staffellaufes eine Ernst- und Wandel-Stiftung errichtet, die dem merkwürdigen Zweck dienen soll, bedürftige Hinterbliebene des Erbauers des Hermannsdenkmals mit dem bescheidenen Betrag von 1500 Mark jährlich zu unterstützen.

Neues Eisenbahnunglück in Frankreich.

7 Tote, 20 Schwerverletzte.

Paris, 24. August (Radio).

Ein neues schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag, nachts gegen 1/10 Uhr, auf der Strecke Paris - Lyon. An den letzten Katastrophen scheint nach den bisherigen Feststellungen die bestehende Desorganisation des französischen Eisenbahnwesens die Ursache zu sein.

Eisenbahnunglück in Colorado.

2 Tote, 75 Verletzte.

In der Nähe von Granite, Colorado, stießen zwei Touristenzüge aufeinander, wobei zwei Zugbeamte getötet und etwa 75 Passagiere, darunter fünfzehn Lebensgefährlich verletzt wurden. Als der Beamte des Stellwerks bemerkte, daß der eine der Lokomotivführer das Haltesignal nicht beachtet hatte, und daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war, telegraphierte er sofort um Abwendung eines Rettungsanges.

Eine neue deutsche Millionenstadt.

Die neue deutsche Millionenstadt, die bald in Erscheinung treten wird, ist - Frankfurt am Main. Seit einiger Zeit schweben bereits Verhandlungen, die eine Eingemeindung einer ganzen Reihe von Vororten zum Gegenstand haben.

St. Bureaucratismus in Uniform.

In der „Papier-Welt“ (Hildburghausen) wird folgende „Submissions“-Blüte mitgeteilt: Den Schreibwarengeschäften der Stadt Schleswig ging kürzlich das folgende handschriftliche Schreiben zu: „Heeresverpflegungsamt in Schleswig. Die Geschäftszimmer der Heeresverwaltung hier haben Bedarf für die Zeit vom ... bis ... ungefähr an: 1 Liter Tinte, 100 Bogen Kanzelepapier, 46, liniert, 100 Bogen Konzeptpapier, 46, liniert, 100 Bogen Durchschlagpapier, 46, liniert, 100 Bogen Durchschlagpapier, 3a, 1 Duzend Angelphäfedern, 1 Duzend Bremer Börsenfedern, 6 Stück Bleistifte, 3 Stück Kopierstifte, 1 Kilogramm Dextrin, 6 Rollen Häftgarn, 1 Stück Radiergummi, 30 Stück Aktenordner, blau, 200 Stück kleine Briefumschläge, 10 Bogen Löschpapier. Angebote sind mit 14tägiger Gültigkeit zum ... vorm. 10 Uhr, in verschlossenem Briefumschlag beim Heeresverpflegungsamt, hier, Heltberg 42, einzureichen.

überreichte einer der Staffellaufer eine junge Eiche aus Wittstock, dem Geburtsort Ludwig Jahns, dem Mann, der die Worte gesprochen hatte: „Mein Schild ist Schwarz-Rot-Gold, und er heißt: Einheit, Freiheit, Vaterland!“

Das alles genügt aber nicht, um die schwarz-rot-goldenen Fahnenbänder am Banner der deutschen Turnerschaft umzuwickeln, die ein lebendiges Erinnerungszeichen an die großdeutsche Einheits- und Freiheitsbewegung darstellen. So zeigt auch dieser Staffellauf der deutschen Turnerschaft zum Hermannsdenkmal einen neuen Auschnitt aus dem Kampf zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold. Als in Dresden bei dem jährlichen Sängerbundestag im Juli d. J. die sächsische Hauptstadt von einem Meer schwarz-weiß-roter Fahnen der bürgerlichen Sänger überflutet war, da waren es die Hölzer von der sächsischen Schweiz und von Nordböhmen, die auf der kurzen Schiffsfahrt durch Dresden ihre schwarz-rot-goldene Fahne zeigten.

Durch die Zollvorlage steigt der Preis für

Table with 2 columns: Butter, Margarine, Schweinefleisch, Gemüse, Zucker. Prices listed in percentages.

Schiffsnachrichten

Eingekommene Schiffe.

22. August. Schwed. D. Altana, Kpt. Saalberg, von Hamburg, leer, 1 Tg. - Finn. D. Sjörnberg, Kpt. Vindin, von Liverpool, Erz, 6 1/2 Tg. - Schwed. D. Trane, Kpt. Jalk, von Strömstad, Erz, 3 Tg. - Deutsch. S. Amazona, Kpt. Rauermann, von Jacobshod, Holz, 14 Tg. - Deutsch. S. Maritza, Kpt. Jennig, von Kiel, leer, 1 Tg. - Deutsch. S. Fuggermeister, Kpt. Hammer, von Burghafen, 4 Tg. - Deutsch. S. Hojanna, Kpt. Behrens, von Halmstad, Kalkstein, 3 Tg. - Schwed. S. Helga, Kpt. Lundberg, von Halmstad, Kalkstein, 2 Tg. - Dän. S. Emma, Kpt. Hansen, von Kjöbenhavn, Erz, 2 Tg. - Deutsch. S. Aara, Kpt. Saggge, von Kopenhagen, leer, 3 Tg.

Abgegangene Schiffe.

22. August. Schwed. S. Woffi, Kpt. Nilsson, nach Walmö, Salz. - Schwed. D. Danja, Kpt. Kullij, nach Gothenburg, Südgut. - Finn. S. Anders Claudius, Kpt. Kullanen, nach Hertsö, Salz. - Deutsch. D. Otto Toppen 29, Kpt. Hansen nach

nimmt, sofern man es nämlich nicht vorzieht, das Schreiben des Heeresverpflegungsamtes im Papierkorb niederzuliegen. Ferner werden wegen dieses Objektes wenigstens zwei Tausend Schreibben verfaßt, die handschriftlich von einem Beamten abgeschrieben wurden, da das Heeresverpflegungsamt anscheinend keine Schreibmaschine besitzt.

Ein Mord wegen 130 Mark. Vor einigen Tagen wurde ein 60 Jahre alter Händler Lohmeyer in Gernsleben bei Drauzenburger ermordet. Wie sich jetzt herausstellt, haben zwei 19 bzw. 17 Jahre alte frühere Kuriere gegen die Tat begangen.

Flugzeugabsturz. Auf dem Flughafen Straaten stürzte ein Flugzeug aus einer Höhe von etwa 100 Metern ab. Beim Aufschlagen der Maschine auf den Erdboden lag der Motor Feuer. Führer und Maschine verbrannten.

Typhusverbreitung auch im Harz. In Gattorf ist der Typhus ausgebrochen. Es sind bisher neun Fälle von Boratyphus festgestellt. Die Kranken wurden größtenteils in die Göttinger Klinik gebracht. Außerdem herrscht in der Gegend unter den Kindern eine Masernepidemie.

Töblicher Absturz eines Bergführers in den Alpen. In den Alpen stürzte der 60jährige Bergführer Martin Brugger aus Sölden ab. Der 2 Frauen aus der Fuderkühlgänge die Tat begangen. Stein getroffen wurde und betäubt abstürzte, wobei er eine der Touristinnen mit sich riß. Das Seil verlor sie, jedoch an einem Felsblock, so daß die Touristin von dem weiteren Absturz bewahrt blieb. Dem Führer selbst wurde die Hinterhalswirbelsäule eingedrückt.

Das Explosionsunglück von Newport. Nach den letzten Nachrichten über das Explosionsunglück auf dem Dampfer „Madinat“, das bei Newport erfolgte, beträgt die Zahl der Getöteten 56, 27 Personen liegen, zum Teil schwer verletzt, im Hospital. Bei 6 Personen besteht Lebensgefahr.

Schiffsbrand auf hoher See. Ein Zusammenstoß des deutschen Dampfers „Emil Kirdorf“, der sich auf der Reise von Yokohama nach Hamburg befindet, besaß, daß im Indischen Ozean auf dem Dampfer Feuer ausgebrochen ist. - An der Küste der Bretagne hat ein schwerer Sturm gewütet. Zahlreiche Fischerboote, die Freitag im Laufe des Tages ausgefahren waren, konnten nicht mehr in ihren Heimatshäfen zurückkehren. Man ist über das Schicksal dieser Boote außerordentlich beunruhigt. Im Lande erstitt die Ernte schweren Schaden durch den Sturm.

Rettung aus Seenot durch Flugzeuge. In der St. Cyprienne-Bay überlebte ein Schlepper. Fünf Mann der Besatzung retteten sich nach Port Etienne. Auf ihre Mitteilungen, daß noch vier Mann an Bord des getrandeten Schiffes seien, wurden zwei Flugzeuge entsandt, denen es gelang, die Schiffbrüchigen zu bergen.

Mutache im Hunstüdt. Ein Frauenmord, den kürzlich in dem Hunstüdt Steinberg ein 19jähriger Bursche als Rache für die Ermordung seines Vaters beging, hat jetzt eine weitere Mutation im Gefolge gehabt. Ein hunger Verwandler der erschlagenen Frau hat aus Mutache einen Verwandten des 19jährigen Burschen gleichfalls ums Leben gebracht.

Köln, Stuttgart. - Deutsch. D. Herm. Otto Toppen 14, Kpt. Aliehn, nach Köln, leer. - Deutsch. S. Auguste, Kpt. Baurlein, nach Wilmor, Südgut. - Schwed. S. Lom Höglund, Kpt. Olsson, nach Kalla, Salz. - Deutsch. S. Voreien, Kpt. Jürgens, nach Danzig, Salz. - Deutsch. D. Helgoland, Kpt. Brindmann, nach Wismar, Südgut. - Deutsch. S. Irene, Kpt. Festschloß, nach Wied, Salz. - Schwed. S. Gledon, Kpt. Johansson, nach Kollna, Salz. - Deutsch. D. Astania, Kpt. Sege, nach Kolding, leer. - Schwed. D. Alona, Kpt. Solberg, nach Gothenburg, Südgut. - Finn. D. Niinland, Kpt. Helberg, nach Åbo, Südgut. - Finn. D. Reiger, Kpt. Solberg, nach Helsinki, Südgut. - Deutsch. D. J. J. K. Keller, nach Bremer, leer. - Deutsch. D. Johann, Kpt. Dabbert, nach Oslo, Südgut. - Deutsch. Meteorisch, Kpt. Schöler, nach Heimbach, Südgut.



Rundfunk-Programm

Gamburger Sender - Wellenlänge 295 Meter. Dienstag, 25. August. 5.45 Uhr norm. Uhrzeitpunkt. - 5.50 Uhr norm. Wetterfunk. - 6.50 Uhr norm. Landwirtschaftliche Meldungen. - 6.59 Uhr norm. Erste Trauermeldungen. - 7 Uhr norm. fünf Minuten Redn und Anst. - 12.15 Uhr norm. Junferboje der Noroa. - 12.55 Uhr norm. Neuere Zeitzeichen. - 1.10 Uhr norm. Schiffsverkehr. - 2.15 Uhr norm. Auslässe der Noroa. - 3.10 Uhr norm. Die Wirtschaft im Juni. Die Auslässe der Noroa. - 4 Uhr norm. Die Schiffsfahr im Juni. Lauter Meldungen. - 5.05 Uhr norm. Hamburg. Antreibung. - 6 Uhr abends. Einberufung der Noroa Regierung. - 7.15 Uhr abends. Schiffsverkehr und endgültige Einberufung. - 7.20 Uhr abends. Deutsche Städtebilder von Kurt Siemers. XVIII. Heite. - 8.15 Uhr abends. Schule der Landwirtschaft. - 10 Uhr abends. Zeitung. - 10.15 Uhr abends. Die Landwirtschaft. Industrie und Landwirtschaft als Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft. - 7.30 Uhr abends. Schule der Sozialen. - 7.45 Uhr abends. Wetterfunk. 8.20 Uhr abends. Friedrich Nietzsche zum 100. Geburtstag.

Verantwortlich für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Feuilleton, Lübeck und Prellkette: Hermann Bauer. Für Anzeigen: Carl Ullrichardt. Verleger: Carl Ullrichardt. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Smith in Lübeck.

25. (251.) Preussisch-Südd. Klassen-Lotterie

5. Klasse Täglich Ziehung vom 11.-31. August. Am 11. Ziehungstage fielen laut eingegang. Telegramm je 10000 Mark auf die Nr. 218300 } der je 5000 " " " 11775, 29448 } Abt. 91506, 160454 } l.u.l.

Die Telegramme und täglichen Gewinnlisten zur Schlussziehung liegen in meinem Geschäftslokal zur allgemeinen Einsicht aus. Es sei hiermit besonders darauf hingewiesen, daß nach dem neuem Reichseinkommensteuergesetz vom 10. August 1925 (R. G. Bl. 1925 Nr. 39) die

Lotteriegewinne einkommensteuerfrei sind.

Staatliche Lotterie-Einnahme Jansen Fernruf 3859 Johannsstraße 18

**Ämtlicher Teil**

Die auf den 29. September 1925 anberaumte Versteigerung des Grundstücks Drögestraße Nr. 20 findet nicht statt.

Lübeck, den 21. August 1925.  
2220) Das Amtsgericht Aötlg. III.

In dem Pferdebestande des Pferdehändlers Wilhelm Friedrich Hedder in Lübeck, Beckersgrube 57 ist Ross amtstierärztlich festgestellt.

Der Stall des F. W. Hedder, Blumenstr. 7 a, ist unter Sperre gestellt.  
Lübeck, den 24. August 1925.  
2235) Das Gesundheitsamt.

**Wiesenverpachtung**

Die Wiesenparzellen Nr. 1 (bisher Kleinparzellen 1 und 18-46) und Nr. 2-17 im Forstort Schellbruch des Bracksdorfer Revieres gelangen am Donnerstag, dem 27. ds. Mts., ab 10 Uhr vorm., an Ort und Stelle zur öffentlichen Verpachtung an die Höchstbietenden.

Zreffpunkt: 9.45 Uhr, Medebachbrücke am Schwarzen Dam im Schellbruch. Bedingungen und Lageplan können am 25. und 26. ds. Mts. im Bureau der Revierverwaltung zu Waldhusen eingesehen werden. Die Parzellen haben eine Gesamtgröße von 11 ha 39 ar 94 qm. Die Pacht-dauer beträgt fünf Jahre.  
Waldhusen, im August 1925. Der Revierförster.

**Nichtamtlicher Teil**

Verlobte  
**Helene Kahl**  
geb. **Maler**  
**Paul Schlichting**  
Lübeck, 23. 8. 1925.

**Anna Schulte**  
**Heinrich Deichmann**  
Verlobte  
Kirchberg (Gar.) Lübeck

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu meinem Jubiläum herzlichen Dank.  
H. Levernann und Fran.

Am Freitag verschied sanft nach schwerem Leiden unfr. Liebling  
**Heinrich**  
im Alter von fast 5 Monaten.

In tiefer Trauer  
**Franz Legatzki**  
und Frau  
geb. Gründert.  
Lübeck, d. 22. 8. 1925.  
Arminstraße 24a.

Trauerfeier Dienstag, d. 25. 8., 2 1/2 Uhr nachm. v. d. Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes. (2217)

Am Sonnabend entschließ nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger, Groß- und Urgroßvater  
**Heinrich Puls**  
im 84. Lebensjahre.

In tiefer Trauer  
**Christine Puls**  
geb. Lender  
u. alle Angehörigen.  
Sichte Querstr. 10.

Beerdigung Donnerstag, d. 27. Aug., 4 Uhr, Kap. Vorwerk

Deutscher Bekleidungsarb.-Verband Ortsgruppe Lübeck  
Am 21. d. Mts. hat nach länger Krankheit verstorben  
**Heinrich Gölnitz**  
im 71. Lebensjahre.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 23. August, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle Vorwerk statt. (2225)

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten  
Die Filialleitung.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschieß am Sonntag früh meine liebe, gute Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, meine gute Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Karoline Hamann**  
geb. Voß  
im 32. Lebensjahre, tief betrauert und schmerzhaft vermisst.

**Ludwig Hamann**  
und Kinder sowie alle Angehörigen.  
Lübeck, 24. 8. 1925  
Margarethenstr. 18.

Beerdigung Donnerstag, 27. August, 3 1/4 Uhr, Kapelle Vorwerk. (2243)

**Arbeiterinnen** gesucht  
**Paul Lohmann m. b. H.**  
L. meld. Wafenigsmuer 172

Zu tauschen gesucht eine 3-Z. Wohnung gen. 2-Z.-Wohn. Weithoffstr. 29

Al. Zimmer zu verm.  
2226) Georgstr. 15 a, II.

**Ein Kinderwagen** zu verkaufen  
Reißerstraße 42

Guterhaltene Bettstelle mit Sprungfedern z. off. Weidstr. 29 III r.

Große Brennpere mit Bratofen billig zu verk. Lohre Querstr. 24. (2224)

Eine fast neue Gasung-lampe zu verk. (2225) Bujekstr. 35, str.

2 reich. Wiener Bildg. zu verk. Ringstr. 70 I

**Turnschuhe Sportschuhe Turngürtel**  
empfehl (2215)

**Wessel's** Gummi-Spezialgeschäft Breite Straße 58a Sport-Artikel!

Jeden Dienstag und Freitag von 2-6 Uhr:  
**Emmerbier**  
H. Bade

**Wie koche, brate, backe ?  
Nur mit Gas!**

Kostenlose Vorführungen

Dienstag, den 25. August  
Donnerstag, den 27. August  
nachmittags 4 1/2 Uhr

Werbestelle G. M. Breite Str. 21

Tüchtige  
**Böttcher**

stellen sofort ein  
**Schwartauer Honigwerke AG.**  
Schwartau (2246)

**Der billigste Brennstoff**

Wir stellen zum Verkauf ab unserem Kokswerk Geniner Ufer:  
**prima kleinen Gaskoks**  
in der Körnung ca. 10/20 mm  
**zu nur Mk. 0.90 per Ztr.**  
Bei frei Haus Lieferung 10 Pfg. Fuhrlohn mehr  
Obiger Koks wird rein gesiebt und eignet sich auch zum Mischen zwischen größeren Körnungen. (2229)

**Posschl's Kohlenhandel**

Abt. Mühlenstraße 62. Fernsprecher 8720-23.

Billiger Verkauf von:  
**Kunstblättern** (gerahmt u. ungerahmt)  
Große Schlafstudenbilder von 26 RM. an  
**Photo-Atelier Ries**  
Breite Straße 53 (2215)



JOSEF MARIA FRANK:  
**UNUS MULTORUM**  
(Einer von Vielen)  
EINE LEIDENSCHAFTLICHE ANKLAGE GEGEN DIE GELDARISTOKRATIE  
Preis: Mark 1.70

Buchhandlung „Lübeder Volksbote“  
Johannisstraße 46

Ba. kleines Sünderer ..... bl. Bld. 60.4  
Ba. frisch Gulaßn. 50.4 Ba. weiß Schmalz 100.4  
Ba. frisch Gehacktes 50.4 Ba. Bratenfett . . 60.4  
Ba. ger. Mettwort, jeweils Barak. bl. Bld. 120.4  
**Karl Lahrtz**, Fernspr. 1874 (2222)  
Böttcherstraße 16

**Republikanisches Liederbuch**

Eine Sammlung von ernstem und heiteren Liedertexten für waterländische Feiern und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben

**Schwarz, Rot, Gold**  
stattfinden.  
— Preis 30.4 —  
Desgleichen mit Noten 70.4

Buchhandlung  
**Lübeder Volksbote**  
Johannisstraße 46.

**Das Fahrrad**

sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Obergeringenieur  
G. A. Krumm u. R. Burget

Mit 110 Abbildungen und einigen Tabellen

Preis 1.20 Mark  
Buchhandlung  
„Lübeder Volksbote“  
Johannisstr. 46

**Zigaretten Zigarren**

C. Wittfoot  
Ob. Nüzstr. 18.

**Knaben-Anzüge**

vorteilhaft (2042)  
**EG-Bekleidungs-werkstätten**  
Engelsgrube Nr. 44

**Dr Geenij**

in memoriam  
Friedr. August v. Sachsen  
Anecdoten  
Preis M. 1.50

**Sächj. Miniaturen**

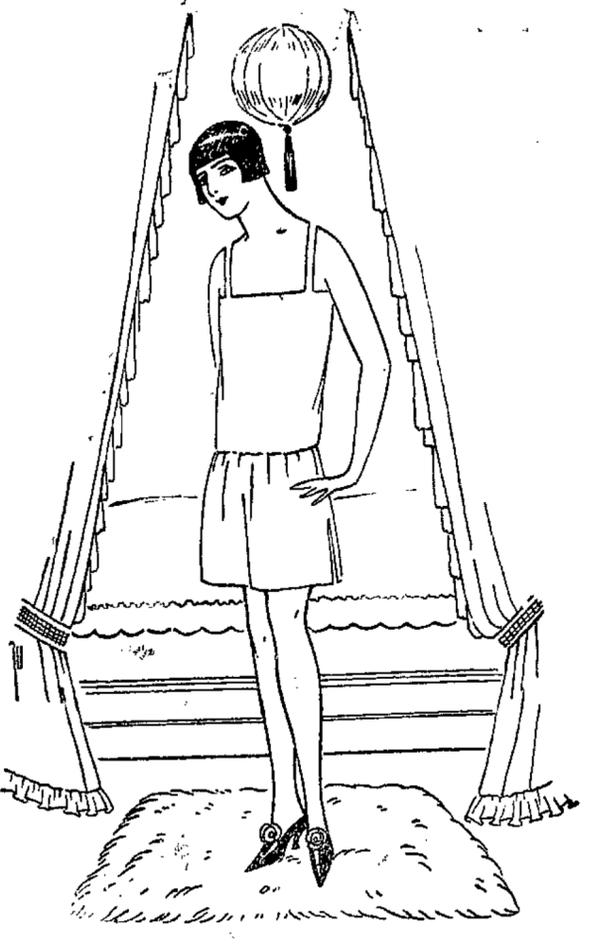
Band 1 und 2  
je M. 1.50  
Artur Sünder  
Die Dinte  
wider das Blut

39. wibgewordene und vermaßelte Auflage  
Preis M. 1.—  
Buchhandlung  
**Lübeder Volksbote**  
Johannisstr. 46.

**Lubeca-Fahrräder**

Herrn-, Damen-, Mäd-chen- u. Knaben-Räder von 90.— bis 105.— M. 1 Jahr rechte Garantie.  
Emsanfertigungen, Ver-nichtungen sowie alle Reparaturen zu billi-gen Preisen. (2035)

**Heim. Körner**  
St. Georgstr. 23. J. 1855



**Damen-Wäsche**

- Damen-Hemden** Trägerform, mit Languetteband, gute Qualität..... 1.25
- Damen-Hemden** Achselschluß, mit Languetteband..... 1.65
- Damen-Hemden** Trägerform, ringsherum Stickerei..... 1.95
- Damen-Beinkleider** seitwärts geschlitzt, mit Languette..... 1.95
- Damen-Beinkleider** mit gutem Stickerei-Volant..... 2.50
- Damen-Beinkleider** mit Stickerei-Volant und Bändchen, gutes Hemdentuch..... 3.40
- Damen-Nachthemden** mit vier-eckigem Ausschnitt und Hohlsaum garniert.... 4.45
- Damen-Nachthemden** Kimono, mit breiter Stickerei und Hohlsaum..... 4.75
- Damen-Prinzebröcke** oben und unten mit reicher Stickerei und Stick.-Trägern 5.95
- Damen-Hemdhosens** la. Trikot, in allen Farben und Größen..... 6.95

**Korsette**

- Büstenhalter** aus gutem Wäsche-tuch..... 85.4
- Büstenhalter** Hemdentuch mit Spitze, gutschitzende Form..... 1.50
- Strumpfbandgürtel** Satin-Drell, mit Schnalle und 2 Haltern..... 1.10
- Strumpfbandgürtel** prima Satin-Drell, mit Schließer und 2 Haltern..... 1.95
- Hüfthalter** weiß und grau Drell, oben mit Gummi, 2 Halter..... 2.50

**Spezial-Korsette und Büstenhalter für starke Damen**  
In allen Größen vorrätig.

**Schürzen**

- Damen-Jumperschürzen** Kretonne, bunt gemustert..... 1.25
- Damen-Jumperschürzen** Kretonne, hüschle Dessins..... 1.95
- Damen-Jumperschürzen** Water, mit Volant..... 1.95
- Damen-Jumperschürzen** Satin, blau/weiß, mit farbiger Paspel..... 2.50
- Damen-Jumperschürzen** Water, mit Volant, reich garniert..... 2.50
- Damen-Kleiderschürzen** Kretonne, buntfarbig..... 3.75

**Karstadt**